Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V.

1/08

März 2008 · 61. Jahrgang
Einzelverkauf 6,– €

CuS
CHRISTIN CHRIST UND SOZIALISTIN SOZIALIST

Arbeit – ein Menschenrecht

Reinhard Gaede
Gottes Schöpfung und des Menschen Verantwortung

Paul Schobel
Gute Arbeit – menschlich – sozial – gerecht

Dietrich von Bodelschwingh
Bauen, Fördern, Versöhnen

Susanne Thurn
Welche Schule braucht die Demokratie?

Heinrich Bedford-Strohm
Diakonie in der Perspektive „öffentlicher Theologie“

Ulrich Peter
Hans Francke (1864–1938)
August Bleier (1882–1958)

Rezensionen

Bundesnachrichten

KREUZ UND ROSE

IMPRESSUM

CuS. Christin und Sozialistin/ Christ und Sozialist. Kreuz und Rose. Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:
Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:
Michael Bschorr, Reinhard Gaede, Christian Gösling, Berthold Scharf, Robert Wollborn

Redaktion:
Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:
Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Klaus Schmidt, Köln
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Wieland Zademach, Unkel

CuS/BRSD im Internet:
www.BRSD.de

Webmaster:
Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:
BRSD-Sekretariat, Michael Bschorr
Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe
Tel. 0 52 02/884 883, Fax 884 884
sekretariat@brsd.de, MBschorr @t-online.de

Preise:
Einzelheft €6,–, Doppelnummer €8,–, Abo Inland €20,– pro Jahr, Abo Ausland €23,–, Förderabo €25,– oder mehr. Kündigungen werden zum Jahresende wirksam.
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350 601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:
Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:
Duckerei Hans Gieselmann, Bielefeld

ISSN 0945-828-X

INHALT

Aus der Redaktion **3**

Reinhard Gaede
Gottes Schöpfung und des Menschen Verantwortung **6**

Paul Schobel
Gute Arbeit – menschlich – sozial – gerecht **17**

Dietrich von Bodelschwingh
Bauen, Fördern, Versöhnen **24**

Susanne Thurn
Welche Schule braucht die Demokratie? **28**

Heinrich Bedford-Strohm
Diakonie in der Perspektive „öffentlicher Theologie“ **39**

Ulrich Peter
Hans Francke (1864–1938) **49**
August Bleier (1882–1958) **55**

Rezensionen

Jürgen Schübelin
EMD, Jahrbuch Mission 2006 ..... **61**

Wieland Zademach
Axel Töllner, Eine Frage der Rasse? **62**

Lothar Bratfisch
C. Butterwegge, B. Lösch, R. Ptak, Kritik des Neoliberalismus **65**

Helmut Pfaff
M. Hawel, G. Kritidis (Hrsg.), Aufschrei der Utopie **67**

Bundesnachrichten

Konsultation 10 Jahre Sozialwort **69**

Presseerklärung zum Scheitern einer Koalition der Parteien SPD, Grüne, Die Linke in Hessen **72**

Pressenachricht Die Linke, Jürgen Klute, Stoppt Enteignung der Geschenke **73**

Fotonachweis **75**

Autorenverzeichnis **75**

Aus der Redaktion

60 Jahre ist *CuS* alt geworden. Im September 1948 erschien eine Probenummer, noch mit dem aus der Weimarer Zeit bekannten Titel „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“ und dem Zusatz „Für religiöse und gesellschaftliche Erneuerung“. Die Schriftzüge hatten die Form eines Kreuzes. Der Bund nannte sich damals „Arbeitsgemeinschaft für Christentum und Sozialismus (Bund der religiösen Sozialisten)“. Der Leitartikel „Was wollen wir mit unserm Sonntagsblatt?“ bezog sich auf das Jubiläumsdatum der bürgerlichen Revolution und des Kommunistischen Manifests im Jahr 1848. „Brecht einen Neubruch und sät nicht inmitten alter Dornen!“ hieß die Losung aus Jeremia 4,2. Das Grußwort hatte Wilhelm Kell, Präsident des „Würtembergisch-Badischen Landtags“, geschrieben. Im Frühjahr 1949 wechselte dann der Titel zu „Christ und Sozialist. Mitteilungsblatt der Religiösen Sozialisten“. Ulrich Peter hat die Geschichte des Bundes zu seinem 75. Jubiläum in CuS 1 –2/2001 geschrieben, nachzulesen auch auf der Homepage des Bundes. Die Probenummer 1948 machte Kapitalismus und Militarismus, Mammons- und Molochdienst für den Weltkrieg und das Massenelend verantwortlich. Gegen diese Mächte streiten wir noch immer. Allen danken wir, die uns die Treue gehalten haben im Suchen nach Gottes Reich der Gerechtigkeit. In unserm Haus befindet sich das Archiv von CuS. Wer uns besucht, darf sich ältere Hefte der Jahrgänge ab 1977 aussuchen, die für ihn oder sie interessant sind.

Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach

„Arbeit – ein Menschenrecht“ ist ein Leit-Thema dieses Heftes. Sozialethisch gesehen, ist Arbeit keine Ware, sondern gehört zur Verwirklichung menschlichen Lebens. Davon handelt mein Artikel über Gottes Schöpfung und des Menschen Verantwortung. Die Schöpfungsberichte sehen den Menschen in seiner Arbeit als Bundespartner Gottes, der „Ver-Antwortung“ für die Bewahrung der Schöpfung hat. Kriege und Umweltzerstörung sowie vom Menschen gemachte Naturkatastrophen – der Klimawandel ist jetzt in aller Munde – sind Ausdruck der Entfremdung des Menschen von Gott, vom Mitmenschen und von der eigenen Bestimmung.

In unserm Land hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur wenig verbessert. Im letzten Jahr schrieb die *Solidarische Kirche Westfalen und Lippe*: „Die Hartz-Reformen sollten eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen bewirken. Das ist trotz eines wirtschaftlichen Aufschwungs in den letzten beiden Jahren bei weitem nicht gelungen. Damit haben die ‚Hartz-Reformen‘ das von der rot-grünen Bundesregierung 2002 proklamierte Ziel nicht erreicht. Stattdessen haben die entsprechenden Gesetze in einschneidender Weise zu negativen Veränderungen des Sozialsystems geführt: Problematische Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Zeitarbeitsverträge), verstärkte Leiharbeit, verschärfte Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose. Damit wird den gesellschaftlich Schwächsten in besonderer Weise eine

Last auferlegt. Dieses ist mit der kirchlich-biblisch begründeten Forderung einer vorrangigen ‚Option für die Armen' nicht zu vereinbaren." Vgl. www.SolidarischeKirche.de, Westfalen und Lippe. Arbeitsgemeinschaft in der Tradition der Kirchlichen Bruderschaften. Auch in CuS waren seit 2005 diese so genannten Reformen immer wieder kritisiert worden. *Paul Schobel*, Leiter des Fachbereichs Betriebsseelsorge in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, sieht in seinem Artikel „Gute Arbeit" Recht und Würde menschlicher Arbeit gefährdet, weil prekäre Arbeitsformen ständig zunehmen. Weder existenz-sichernde Einkommen noch soziale Sicherung werden erreicht. Wir können uns darüber freuen, dass die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung die Thesen unseres Mitglieds übernommen hat.

Der Gruppe der Langzeit-Arbeitslosen und leistungs-geminderten Menschen hat sich ein soziales Programm zugewandt. *Dietrich von Bodelschwingh*, Pfarrer „in Ruhe", heißt für ihn „in Rufbereitschaft", stellt die Heimstätte Dünne in Vergangenheit und Gegenwart vor. Diese Baumaßnahmen sind ein Zeichen gegen soziale Ausgrenzung und die Folgen von Umweltkatastrophen. Der Verein „Heim-statt Tschernobyl" hat ein großes Umsiedlungs-Programm für Familien in Weißrussland, die von der atomaren Katastrophe 1986 betroffen sind, verwirklicht. Außerdem sollt man noch wissen: Zwei Windkrafträder wurden mit Spendenmitteln durch die Vermittlung des Vereins dort aufgestellt, ein Zeichen für die notwendige Wahl umweltfreundlicher Energien gegenüber der Atomenergie, die nach der Katastrophe so vielen Menschen Krankheit und Tod brachte. Die Versöhnungsarbeit dort durch Jugendliche unter Leitung von Ulrike Jäger, über die in CuS 1/2006 berichtet worden ist, geschieht gleichermaßen unter Verantwortung des Vereins. Auch in Tschechien wird zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher gebaut.

Voraussetzung für das Erreichen eines den Menschen befriedigenden Berufs ist eine gute Ausbildung. *Susanne Thurn*, Professorin und leitende Direktorin der Laborschule Bielefeld, schreibt über das Thema „Welche Schule braucht die Demokratie?" Sie klagt die beschämende Ungerechtigkeit an, dass Kinder schon in frühem Alter gnadenlos aussortiert, von einander getrennt werden. Fast die Hälfte der Jugendlichen über 15 Jahren wird durch sozialen Abstieg gedemütigt, Hartz IV bleibt ihnen als Zukunftsmöglichkeit. Dagegen tritt sie für eine Schule ein, die chancengerecht Beteiligung in der Gesellschaft ermöglicht, für eine Gemeinschaft, in der Demokratie gelernt und gelebt wird. „Wir dürfen kein Kind mehr verloren geben." Möge dieser Ruf gehört werden in einer Gesellschaft, die sich entsprechend den Schul-Typen in Richtung auf die preußische Drei-Klassen-Gesellschaft zurückentwickelt!

Zu den Kennzeichen der Kirche gehört außer der Verkündigung der Liebe Gottes, der brüderlichen und schwesterlichen Gemeinschaft die Diakonie als tätige Nächstenliebe. Wie aber soll sie sich orientieren, seitdem sie sich als eine Institution neben privaten Anbietern auf dem Markt behaupten soll? Dieser Frage geht *Heinrich Bedfort-Strohm*, Dekan und Prof. für Systematische Theologie an der Universität Bamberg, in seinem Artikel nach. In unserer pluralistischen Gesellschaft ist weder religiöse noch genuin christliche Orientierung selbstverständlich. Diakonie muss deshalb „zweisprachig" zeigen, woher sie kommt und warum ihre Dienste auch für Menschen mit anderem weltanschaulichen Hintergrund gut sind. Unter dem Kreuz Christi Leiden wahrnehmen, zum Anwalt derer werden, die keine Stimme haben und mit unternehmerischem Geschick ihre Lage verbessern helfen, ist Diakonie.

Zwei folgende Lebensbilder von *Ulrich Peter* erinnern an Menschen aus dem Religiösen Sozialismus, die prophetisch wirkten in ihren Zeitansagen. Sie sahen Chancen ihrer Generation, sagten die Wahrheit und wiesen den Weg, fanden aber zu wenig Anerkennung. Der 12. Januar 2008 war der 50. Todestag von *August Bleier*. Weithin unbekannt ist er geblieben, zu Unrecht. Mit ihm verbindet sich „sozialistische Feierstunde" als eine Form des religiös-sozialen Gottesdienstes. Arbeiter und kirchenferne Menschen in Berlin nahmen daran teil. Er gehörte zu den Mitbegründern des Berliner BRS, kämpfte gegen den Antisemitismus. Die SPD, die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), die Religiösen Sozialisten und die Trinitatis-Gemeinde hat er geprägt. Am 31. August jährt sich der 70. Todestag von *Hans Francke*. Der religiös-sozialistische Pfarrer wirkte in der Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin-Kreuzberg. Als Pazifist und Sozialist wurde er von der politischen Polizei im Kaiserreich überwacht, auch er gehört zu den Mitbegründern des Berliner BRS, hielt religiös-sozialistische Maifeiern und Gottesdienste. Als verfolgter Antifaschist hat er leider das Ende des Regimes nicht mehr erlebt. Wir würden uns wünschen, dass die Gemeinden und die Sozialisten und Sozialistinnen in Berlin dieser beiden Pfarrer gedächten und in ihrem Sinne weiter aktiv wären.

Reinhard Gaede

zum Kopieren und Versenden

RESOCOUPON

Ich will kein Heft verpassen...

☐ Ich möchte *Christ und Sozialist – Christin und Sozialistin (CuS)* abonnieren. Und zwar:
☐ als **Inlands-Abo** zu 20 € pro Jahr inkl. Versand.
☐ als **Auslands-Abo** zu 23 € pro Jahr inkl. Versand.
☐ als **Förder-Abo** zu _____ € pro Jahr inkl. Versand.
Kündigungen sind jeweils zum Jahresende möglich.

☐ Das oben angekreuzte Abonnement soll ein **Geschenk** sein. Bitte sendet die Hefte abweichend von der unten genannten Rechnungsanschrift an folgende Adresse:

Vorname: _____ Nachname: _____

Straße Nr.: _____

PLZ Ort: _____ Land: _____

Das Geschenk-Abo soll laufen: ☐ nur für ein Jahr. ☐ unbefristet.

Lesen genügt mir nicht. Ich will Mitglied werden!

☐ Ich möchte **Mitglied** werden im *Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e.V.*.
☐ mit normalem Beitrag von 46 € pro Jahr inkl. *CuS*-Abo.
☐ mit ermäßigtem Beitrag von 25 € pro Jahr inkl. *CuS*-Abo.
(Der ermäßigte Beitrag gilt für Personen ohne oder mit nur geringfügigem Einkommen.)
☐ mit Förderbeitrag von _____ € (mind. 50 €) pro Jahr inkl. *CuS*-Abo.

Das bin ich:

Vorname: _____ Nachname: _____

Straße Nr.: _____

PLZ Ort: _____ Land: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte für Rückfragen angeben: Telefon: _____ Fax: _____

Bitte bei Mitgliedschaftsantrag angeben: Geburtstag: _____

Ich bin Mitglied in folgender Partei/Gewerkschaft/Initiative: _____ (freiwillige Angabe)

☐ Ich möchte von Zeit zu Zeit Infos erhalten an E-Mail: _____

Bitte einsenden an: BRSD e.V., Bundessekretär Michael Bischorr, Bobes Feld 14, 33818 Leopoldshöhe, oder per Fax an 05202-884 884 • Infos unter www.brsd.de

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) e.V.

Gottes Schöpfung und des Menschen Verantwortung

Von Reinhard Gaede

„Auf einem ganz kleinen Planeten, am Rand einer der vielleicht 100 Milliarden Galaxien, deren jede in der Regel mehr als 10 Milliarden Sterne enthält, lebt seit erst zweihunderttausend Jahren die Menschheit.“ So fasst der Theologe Hans Küng die naturwissenschaftlichen Ergebnisse der Neuzeit über die Entstehung der Welt zusammen, deren Alter die Astrophysik auf 13, 7 Milliarden Jahre schätzt. (Der Anfang aller Dinge. Naturwissenschaft und Religion, München Zürich 2005, 4. Aufl., S. 59, vgl. S, 25) Sie sieht den Anfang in einem Ur-Feuerball, der nach einer gigantischen Explosion, im so genannten Urknall, sich schnell ausdehnte und allmählich kühler wurde. Was dann das Zusammenballen der Materie in Galaxien verursacht hat, ist nach wie vor ungeklärt, ebenso die Frage, was vor dem Ur-Feuerball war bzw. wie er entstand. Die Entstehung und Entwicklung des Lebens beschreibt die Wissenschaft in der Evolutionslehre so: „In der Weltgeschichte von 13, 7 Milliarden Jahren gibt es seit etwa 4, 5 Milliarden Jahren unsern Planeten Erde, schon seit etwa 3, 5 Milliarden Jahren komplexe Lebensformen, aber erst vor etwa anderthalb Millionen Jahren zeigten sich die ersten Frühmenschen, Menschen mit aufrechtem Gang (homo erectus) und erst seit zweihunderttausend Jahren Menschen, die uns heutigen gleichen.“ (Küng, 102) „Die Abstammung des Menschen“ wird seit Charles Darwin (1809-1882) mit dem Tierreich in Verbindung gebracht, wobei die moderne Forschung von einem tierisch-menschlichen Übergangsfeld spricht.

Offen bleiben aber diese Fragen: Warum gibt es überhaupt einen lebens-freundlichen Kosmos? Warum konnte sich auf dem Planteten Erde im Gegensatz zu anderen Planeten Leben entwickeln? Warum konnte sich Leben mit Geist, nämlich der Mensch entwickeln? Warum hat dieses Lebewesen, der Mensch, sich physisch und psychisch so weit entwickelt, dass er die Herrschaft über andere Lebewesen errang, eine herausragende Stellung im Kosmos einnahm und sogar ethische Maßstäbe entwickelte? Je mehr Einzelheiten über das Werden des Lebens und den Zusammenhang aller Lebensformen entdeckt werden, desto größer werden die Rätsel: Warum wirkten millionen- und milliardenfach Faktoren so zusammen, dass sie der Entfaltung des Lebens dienten? So ist die heutige Menschheit einig mit der früher Zeiten in der Suche nach der Herkunft: Woher komme ich? Woher kommen wir? Warum gibt es Leben? Was war am Anfang? Und mit der Frage nach dem Anfang verbindet sich die Frage nach der Zukunft: Was wird aus mir, aus uns: In der nächsten Zeit, nach unserm Tod, in den nächsten Generationen, am Ende der Weltzeit? Offenbar ist die Welt endlich wie der Mensch auch. Fragen über Fragen. Der Mensch ist ein „lebendiges Fragezeichen“. (Paul Tillich)

Die biblische Botschaft, in ihrem Gefolge die jüdische und christliche Theologie, gibt Antwort auf diese Fragen. Nicht in der Weise der Naturwissenschaften, dass sie nach so genannten Naturgesetzen sucht, die die beweisbar sein mögen in Katego-

rien, mit denen menschlicher Geist die Wirklichkeit umgreift, nämlich Zeit und Raum, Kausalität und Substanz. Vergleichbar sind religiöse Reden eher mit der Poesie, die von der Schönheit der Welt, aber auch von ihren Abgründen spricht. In der religiösen Rede deutet der Mensch die Wirklichkeit, wie er sie erlebt, deutet sein Leben wie das seiner Gruppe, seines Volkes, der Menschheit, deutet die Geschichte allen Lebens. Diese Art des Redens nennen wir auch Glaube. In der griechischen Sprache des Neuen Testaments ist Glaube dasselbe Wort wie das Wort Vertrauen. Menschen haben das Vertrauen, dass ihr Leben seinen Anfang wie sein Ende hat in der Geborgenheit einer unendlichen Macht, der Macht des Lebens, der Macht der Liebe. Der Glaube an den Schöpfer ist also nicht beweisbar. Er ist aber auch nicht zu widerlegen. Die Annahme, der Kosmos wie die Welt sei zufällig entstanden und zufällig habe sich Leben weiterentwickelt, widerspricht allen Regeln der Wahrscheinlichkeits-Rechnung. Der Glaube an Gott den Schöpfer ist sich dessen gewiss, dass die Macht des Lebens und der Liebe die Welt trägt und erhält .

Der ältere Schöpfungsbericht

Sprechen wir vom Glauben an Gott, den Schöpfer, ist die Möglichkeit des Nicht-Glaubens vorausgesetzt. Diese Alternative gibt es aber für die Menschen der Hebräischen Bibel nicht. Hierin gehören sie mit der ganzen antiken Welt zusammen, von den ältesten Kulturen an bis zu den Hochreligionen der großen orientalischen Reiche. Dass Welt und Mensch erschaffen sind, ist eine Voraussetzung des Weltverständnisses. (Claus Westermann, Genesis Kommentar, Neukirchen-Vluyn 1981) Im Buch Genesis (1. Mose) bekennt Israel, dass sein Gott nicht nur die Geschichte seines Volkes und seiner Vorfahren in der Hand hat – davon erzählen die 5 Bücher Mose – sondern die ganze Menschheits-Geschichte. Die Urgeschichte meint nicht einen datierbaren Zeitraum, sondern deutet die ganze menschliche Geschichte: Ha Adam (hebr.) heißt der Mensch, er kommt von der Erde, hebr. Ha adamah, und kehrt zur Erde zurück. Eva, hebr. Chawa, repräsentiert das Leben, gibt im Auftrag Gottes Leben weiter; ein Hoheitstitel, der sonst den Göttinnen anderer orientalischer Religionen vorbehalten war, ist jetzt der Name des Menschen, der Frau. Der größte Teil der Urgeschichte gehört zur jahwistischen Überlieferung. Ihren Namen hat sie nach dem Gebrauch des Gottesnamens bekommen. Allerdings ersetzt die jüdische Gemeinde aus Ehrfurcht den Gottesnamen Jahwe durch den Würdenamen Adonai, mein Herr. Entstanden zur Zeit der Könige David und Salomo zwischen 1004 und 926 v. Chr., möchte sie betonen: Der Gott, dem Israel Leben und Geschichte verdankt, ist zugleich der Schöpfer und Erhalter der Welt. Trotz des Anwachsens menschlicher Schuld ist Gottes Gnade größer. So reagiert der gnädige Gott merkwürdig flexibel, was wir sonst „inkonsequent“ nennen. Aus der im Paradies angedrohten Todesstrafe (2,17) für Übertretung des göttlichen Gebots wird nur eine Vertreibung (3, 23) mit geschenkter Ausrüstung des Menschen (3,21) und – das Leben geht weiter. (4, 1 ff). Das todeswürdige Verbrechen des Kain wird „nur“ mit einem Fluch geahndet (4,11); der schutzlos Gewordene wird von Gott selbst geschützt (4,15) und – das Leben geht weiter. Das Böse in der Welt wächst noch weiter und ergreift auch überirdische Wesen (6, 1 ff), so dass Gott in tiefem Schmerz die Schöpfung im Gericht rückgängig machen will (6, 5-7), zugleich aber betreibt er fürsorglich die Rettung des gottesfürchtigen

Menschen, seiner Familie und der Tiere (6, 8; 7, 16; 7, 23) und – das Leben geht weiter (8, 21 f) unter dem Bundeszeichen des Regenbogens. Selbst bei der Hybris, dem Größenwahnsinn der Menschheit, die den Turm zum Himmel bauen will (11, ff), findet Gott einen Rettungsweg, den Bund mit Abraham, dessen Namen zum Segen für die Welt werden soll. Paulus fasst Jahrtausende später die rettende „Inkonsequenz" Gottes in den kurzen Satz: „Wo aber die Sünde mächtig geworden ist, ist die Gnade viel mächtiger geworden. (Rm 5, 20)

Der Auftrag des Menschen nach den Schöpfungsberichten

Die ältesten Bekenntnisse zu Gott, dem Schöpfer, folgen auf die Bekenntnisse der Rettungstaten Gottes: Die Befreiung aus Ägypten, der Lebensbund am Sinai, die Gabe des verheißenen Landes. Die Bekenntnisse zu Gott, dem Schöpfer, stehen in den Psalmen, z.B. 89, 74, 104, 148 als spontanes Gotteslob. Im älteren Schöpfungsbericht Gen. 2,4 – 3, 24 bekennt Israel in Auseinandersetzung mit den kanaanäischen Naturkulten:

1. Der Mensch, von Gott erschaffen, empfängt die Fülle des Lebens von Gott allein, nicht etwa von Fruchtbarkeitsgöttern, die an „heiligen" Bäumen verehrt wurden.

2. Der Mensch erliegt immer wieder der Versuchung, sich den Segen des Lebens ohne Gott eigenmächtig anzueignen; er misstraut Gott und sucht eigene Sicherungen. Eden, Name einer fernen Landschaft, zugleich Symbol des schönsten Gartens, ist der Ort, für den der Mensch seinen Auftrag bekommt: Gott setzt ihn in den Garten, „dass er ihn bebaute und bewahrte". (3,15) Im Auftrag des Schöpfers liegt also beides: Die Früchte, die Schätze der Erde darf der Mensch nutzen, Ackerbau und Viehzucht werden als erste Wirtschafts-Formen genannt. (Gen. 4, 2) Aber zugleich steht da die Aufgabe der Bewahrung, der Schutz vor Verwüstung und Zerstörung, das Hegen und Pflegen des Lebens und seiner Umwelt, von der es abhängig ist. Der Mensch, Mann und Frau, sind eine Einheit. Die Frau ist dem Mann „eine Hilfe ihm gegenüber", die der Mann mit einem Jubelruf begrüßt; die eheliche Liebe erweist sich als stärker als die Bindung an die Eltern. Die ganzheitliche Gemeinschaft der Ehe in allen Lebensbereichen, genannt „ein Fleisch" (3, 24), ist die Gabe des Schöpfers.

Auf die Geschichte von der Schöpfung folgt die vom Sündenfall. Ein Bekenntnis menschlicher Schuld in Form einer feinsinnigen Gleichniserzählung. Schlangen waren immer unheimlich, man befürchtete Unheil durch übernatürliche Kräfte. Aber hier ist die Schlange das Geschöpf. Der Mensch soll über sie herrschen, doch er unterliegt der Versuchung, dass er auf andere Stimmen mehr hört als auf Gottes Stimme und auf Grund subtiler Unterstellung (3, 1.4) sich zum Misstrauen gegenüber Gott verführen lässt. Der Kirchenvater Augustin spricht über die Störung der göttlichen Ordnung so: Jede Kreatur kann „gut und schlecht geliebt werden: gut, wenn die Ordnung gewahrt, schlecht, wenn sie gestört wird." Und er sagt dann im „Loblied auf die Osterkerze":

„Alles ist dein und ist gut, weil Du, der Gute, es schufst./ Wir aber können nur sündigen, wenn wir die Ordnung verletzen, / Wenn wir statt Deiner das von Dir Geschaffne zu lieben begehren." (Civitas Dei, der Gottesstaat, Übersetzung Carl Johann Perl, Bd II, Salzburg 1952, S. 440). Versuchung und Abfall Israels werden dargestellt. (3, 2-6) Der Mensch will sich dessen, was er für die Fülle des Lebens hält, selbst bemächtigen, statt darauf zu vertrauen, dass Gott ihm die Fülle des Lebens schenkt.

„Sein werden wie Gott“ (3,4), Größenwahn, Hybris ist Schuld, die zum Abfall von Gott führt. Nun steht der schuldige Mensch seinem Richter gegenüber. Gott sucht den schuldigen Menschen, der sich in Furcht versteckt hat: „Wo bist du?“ (3,9) Der Mensch darf sich verteidigen, gibt auch seine Schuld zu, nicht ohne sie zu beschönigen. Aus den Strafsprüchen lassen sich Grund-Fragen des menschlichen Lebens ablesen: Warum kann die Schlange so bedrohlich sein? Warum entsteht neues Leben so unter Schmerzen? Warum der Misserfolg trotz mühevoller Arbeit? Für Israel ist es klar. Das Gericht Gottes hat dem Menschen in seiner Hybris die Grenzen gezeigt. Wegen seiner Auflehnung gegen Gott, wegen seines Misstrauens und Ungehorsams war das nötig. Der Schuldige weiß: Das Leben auf der Erde ist mühsam, und am Ende ist Tod und Rückkehr zur Erde, von der er genommen ist. Adama- Erde, Adam -Mensch, ein „Erdling“ ist der Mensch. Doch dann die überraschende Erfahrung: Gott lässt Gnade vor Recht ergehen. Keine Todesstrafe folgt, das Leben geht weiter. Das Geschenk der Kleidung ist Sinnbild der Fürsorge Gottes (3, 21) Allerdings lebt jetzt der Mensch vor dem Garten Eden. Bauer und Gärtner ist er. Der Weg zum Paradies ist versperrt durch den himmlischen Wächter. Erst muss Jesus kommen, der neue Mensch, der zweite Adam, wie Paulus sagt, wie Nikolaus Herman singt (EG 27) „Heut schleußt er wieder auf die Tür/ zum schönen Paradeis;/ der Cherub steht nicht mehr dafür./Gott sei Lob Ehr und Preis!“

Die christliche Dogmatik hat mit der Augsburger Konfession Sünde beschrieben als Zustand des Menschen „sine fide erga deum et cum concupiscentia“ (ohne Glauben an Gott und mit Begehren). Paul Tillich hat den Begriff Sünde neu interpretiert als Entfremdung. Der Mensch wird seinem Schöpfer fremd, seinem Mitmenschen, sogar sich selbst, da er seine Bestimmung verliert. Entfremdung ist Sünde, sich Wegwenden von Gott, ist Unglaube, abgefallene Liebe von Gott, Hinwendung zu sich selbst, ist hybris, Gott gleich sein zu wollen, ist Begierde, unbegrenzten Überfluss zu erstreben. Dafür gibt die Literatur symbolische Figuren: Kaiser Nero verkörpert die Gier nach unbegrenzter Macht, Don Juan, der Verführer, verkörpert die Leere und Verzweiflung unbegrenzten sexuellen Strebens, Doktor Faustus das grenzenlose Streben nach Erkenntnis, auch um den Preis des Paktes mit dem Teufel. Die Sozialethik spricht hier von Wissenschaft ohne Verantwortung für die Folgen, z.B. die atomare Zerstörung. Gegenüber der Entfremdung des Menschen ist die Erlösung zum Neuen Sein zu verkündigen, (Paul Tillich, Systematische Theologie II, Stuttgart 1958) mit Paulus: „Ist jemand in Christus, so ist er eine neue Kreatur. Das Alte ist vergangen, siehe, es ist alles neu geworden.“ (2. Kor. 5, 17)

Der jüngere Schöpfungsbericht

Der ältere Schöpfungsbericht in jahwistischer Tradition sieht das Land, den Garten, noch in der Perspektive von Nomaden, die die Wüste kennen. Wo Wasser ist, gedeiht Leben. Der jüngere Schöpfungsbericht sieht das Wasser als Chaosmacht, die durch den Schöpfer zurückgedrängt wird, damit Leben möglich ist. Dieses jüngere Glaubensbekenntnis ist im babylonischen Exil nach der Eroberung Jerusalems 587 – 538 v. Chr. entstanden. Priester setzten sich mit babylonischen Astral -Kulten auseinander, indem sie die als Götter verehrten Gestirne entmythologisieren. Gestirne werden reduziert auf ihre Funktion: Sie sind Lichter am Himmelsgewölbe für die Erde (1, 15). Das damalige Weltbild sah die Erde als Scheibe,

ringsum vom Urmeer umgeben, über ihr das Firmament mit den Gestirnen. Gegenüber babylonischen Schöpfungsmythen bekennt die Geschichte: Die Entstehung der Welt ist nicht ein Ergebnis von Kämpfen zwischen Göttern. Elohim, Gott, bringt das Licht in die Welt, auf dem alles Leben beruht, nimmt das Wasser als Grundstoff, bändigt seine chaotische Gewalt und benutzt es so: Unter der Feste, dem Himmelsgewölbe, ist das Meer, über der Feste ist ein Vorrat an Regen. (1, 2-10) Die Tierwelt wird nach den Lebensräumen Wasser, Luft, Erde geordnet. Sie erhält den gleichen Segen wie die Menschheit, nämlich die Fähigkeit, Leben weiterzugeben. Segen ist keine Zugabe für besondere Leistungen, sondern ist in der Schöpfung eingeschlossen. (1,20-25) Der Mensch wird am gleichen Tag wie die Landtiere erschaffen, so wird deutlich: 1. Er ist Kreatur, d.h. Geschöpf, unter anderen Kreaturen. 2. Er ist aber besonders ausgezeichnet unter den Kreaturen, dadurch dass er „zum Bilde Gottes geschaffen" ist. (1, 27) Für die Babylonier waren Standbilder, die in großen Prozessionen herumgetragen wurden, Hoheitszeichen ihrer Götter. Israel bekennt: Gott will keine anderen Hoheitszeichen haben als den Menschen, sein Geschöpf, seinen Partner. Die Hoheit des Menschen zeigt sich so, dass er gewürdigt wird, die Welt im Sinne Gottes zu beherrschen. Er soll Leben beschützen, bewahren und weitergeben. (1, 28) Der Mensch soll also ein Bild der Güte Gottes werden. Diese hohe Bestimmung erfüllt vollkommen der zweite Adam, Jesus, der deshalb der Christus wird. Er ist das Ebenbild Gottes (2.Kor. 4, 4), er ist die „göttliche Gestalt". (Phil. 2, 6ff) An ihm ist zu erkennen, in welcher Gestalt der Mensch als Gottes Ebenbild bestimmt ist. 3. Wenn der Mensch Hoheitszeichen Gottes ist, ist zugleich vorausgesetzt: Mann und Frau sind beide gleichwertige Partner für Gott und für einander. In Israels Umwelt dagegen hatte die Frau mindere Rechte. Entsprechend betont der Apostel für die christliche Gemeinde: „Hier ist nicht … Mann noch Frau, denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus." (Gal. 3, 28) Das Glaubensbekenntnis spricht zum Schluss von der Ruhe Gottes. Das Ruhen Gottes vollendet die Schöpfung, die Schöpfungswerke kommen hier zu ihrem Ziel. Neben den Rhythmus von Tag und Nacht gehört der Rhythmus von Schaffen und Ruhen. Ruhezeit wird geheiligt, d.h. mit Frucht bringender Kraft ausgestattet. So ist die Ordnung des Schabbat die Gabe des Schöpfers an die Menschheit. Im Exil ist die Feiertagsordnung für Israel das Zeichen, dass Gott an seinem Bund mit ihm festhält und dass Israel so mit Treue – Bekundung antwortet. (2, 1-4a; Kommentar Ex 31, 13) Die Priesterschrift bringt durch das Sieben-Tage-Schema zugleich zum Ausdruck: Gottes Wirken bezieht sich auf die Schöpfung ebenso wie auf die weitere Geschichte des Lebens. Zeit verläuft hin zu einem Ziel: In der Schöpfung hin zum Ruhen Gottes, in der Geschichte ist das Ruhen vor Gott mit Gott erfüllte, gesegnete Zeit.

Somit wird klar, dass die theologischen und Recht setzenden Aussagen der Priesterschrift nicht mit naturwissenschaftlichen Angaben über das Alter der Welt verwechselt werden dürfen, wie das fundamentalistische Gruppen, besonders in den USA, aber auch in unserm Land oft tun. Zwar hat Jesus eine rigoristische, menschen-unwürdige Starrheit des Sabbat-Gebotes kritisiert, hat aber an dem ursprünglichen Sinn des Feiertags festgehalten. Die Urgemeinde feierte den Sabbat und den ersten Tag der Woche, den Tag der Auferstehung Jesu. Martin Luther hat in der Erklärung des – nach seiner Zählung – dritten Gebotes den einen Sinn des Feiertags fest-

gehalten: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir die Predigt und sein Wort nicht verachten, sondern es heilig halten, gerne hören und lernen.“ Leider fehlt hier der ausführliche Hinweis auf das Ruhen von der Arbeit, auch wenn es im Wort „Feiertag“ anklingt. Die Erklärung im Heidelberger Katechismus sieht im Feiertag deutlicher die Ordnung, die das Leben gestaltet: „Was will Gott im vierten Gebot? Gott will zum einen, / dass das Predigtamt und die christliche Unterweisung erhalten bleiben / und dass ich, besonders am Feiertag, / zu der Gemeinde Gottes fleißig komme. / Dort soll ich Gottes Wort lernen; / die heiligen Sakramente gebrauchen; / den Herrn öffentlich anrufen / und in christlicher Nächstenliebe für Bedürftige spenden. // Zum andern soll ich an allen Tagen meines Lebens / von meinen bösen Werken feiern (d.h. ablassen) / und den Herrn durch seinen Geist / in mir wirken lassen. / So fange ich den ewigen Sabbat / schon in diesem Leben an.“

Die Erde erbebt

Ich blicke auf die Erde – siehe, alles ist Chaos; / ich schaue gen Himmel – sein Licht ist geschwunden. – Ich sehe die Berge an – sie schwanken; / und alle Hügel beben!/ Ich schaue aus – siehe, kein Mensch ist zu sehen; / alle Vögel sind davon geflogen! / Ich schaue aus – siehe, das Fruchtland ist eine Wüste. / Und die Städte sind weggefegt durch des Herrn Zorn./ Denn so hat der Herr gesprochen: / Das ganze Land soll wüst liegen./ Und die Erde soll darum trauern; / und der Himmel darüber soll schwarz sein./ Ich habe es beschlossen und werde es nicht bereuen / und will nicht davon ablassen./ Vor dem Tosen der Reiter und der Schützen / ist das ganze Land auf der Flucht./ Die Menschen suchen eine Zuflucht in Wäldern und Höhlen. / Sie klettern an den Felsen empor./ Jede Stadt soll verlassen sein, / und nicht ein Mensch soll darin wohnen.

Zerstörtes Volk, was willst du tun?

Jer. 4, 23–30.

Denn es sollen wohl Berge weichen / Und Hügel hinfallen./ Aber meine Gnade soll nicht von dir weichen, / Und der Bund meines Friedens soll nicht hinfallen,/ spricht der Herr, dein Erbarmer.

Jes. 54, 10

Die Grundfesten der Erde beben. / Die Erde zerbricht in Stücke, /die Erde ist in Stücke zerspalten, / die Erde ist in Stücke geborsten./ Die Erde taumelt wie ein Trunkener, / die Erde wird hin und her geworfen wie eine Hängematte./Unter dem Gewicht ihrer Missetat fällt die Erde zusammen, / um sich nie wieder zu erheben.

Jes. 24, 18–20

Hebet eure Augen auf gen Himmel und schauet unten auf die Erde;/ denn der Himmel wird wie ein Rauch vergehen, / Und die Erde wird wie ein Kleid veralten./ Die Welt selber soll vergehen. / Aber meine Gerechtigkeit soll ewig bleiben,/und mein Heil kennt kein Ende.

Jes. 51, 6

„Es ist schwer zu sprechen, nachdem die Propheten gesprochen haben, so wie sie es in diesen Sätzen getan haben. Jedes Wort ist ein Hammerschlag. Es gab eine Zeit, in der wir solchen Worten ohne Gemütsbewegung, ohne Verständnis zuhören konnten. Es gab Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte, in denen wir sie nicht ernst nahmen. Doch jene Zeiten sind vorbei. Heute müssen wir sie ernst nehmen. Denn sie beschreiben mit visionärer Gewalt, was die Mehrzahl der Menschen unserer Zeit erfahren hat und was, vielleicht in einer nicht allzu fernen Zukunft, die gesamte Menschheit erfahren wird. Die Erde erbebt! Die Visionen der

Propheten sind zu einer physikalischen Möglichkeit geworden und können bald geschichtliche Wirklichkeit werden. Der Satz: ‚Die Erde zerbricht in Stücke' ist für uns nicht mehr eine bloß poetische Metapher, sondern harte Realität. Das ist der religiöse Sinn des Zeitalters, in das wir eingetreten sind. Die Bibel hat immer vom Anfang und vom Ende der Welt gesprochen. Sie spricht von der Ewigkeit, bevor die Welt geschaffen war; sie spricht von der Zeit, als Gott die Grundfesten der Erde legte, sie spricht von der Erschütterung dieses Grundes und vom Zerfall dieser Erde. In einer der späteren Schriften, dem 2. Petrusbrief, sagt sie, ‚dass die Himmel mit großem Krachen vergehen und die Elemente vor Hitze schmelzen werden und auch die Erde und die Werke auf ihr verbrennen werden'. Das ist keine Vision mehr, es ist eine physikalische Möglichkeit geworden. Wir wissen, dass im Grunde unserer Erde, im Grunde von allem, was zu unserer Welt gehört und was Form und Struktur hat, zerstörerische Kräfte gebunden sind. Als die ungezügelte Kraft der kleinsten Teilchen unserer materiellen Welt durch bindende Kräfte eingedämmt worden war, gab es einen Ort, auf dem Leben wachsen und Geschichte sich entwickeln konnte, in dem Worte gehört und Liebe gefühlt, auf dem Wahrheit entdeckt und das Ewige angebetet werden konnte. Alles das war möglich, weil das feurige Chaos des Anfangs in fruchtbares Erdreich verwandelt worden war.

Aber auf dem fruchtbaren Erdreich erwuchs ein Wesen, das fähig war, den Schlüssel für die Fundamente alles Seins zu finden. Dieses Wesen ist der Mensch. Er hat den Schlüssel gefunden, der die Kräfte des Grundes erschließen kann, jener Kräfte, die gebunden wurden, als der Grund der Erde gelegt wurde. Er hat angefangen, diesen Schlüssel zu gebrauchen. Er hat die Grundlagen des Lebens, des Denkens und Wollens seinem Willen unterworfen. Und er wollte Zerstörung. Zur Zerstörung gebrauchte er die Kräfte des Grundes. Durch sein Denken und Wirken erschloss und entfesselte er sie. Darum wanken und beben heute die Grundfesten der Erde.

In der Sprache des Propheten ist es der Herr, der die Berge erbeben lässt und die Felsen zerschmilzt. Das ist eine Sprache, die der moderne Mensch nicht verstehen konnte. Und deshalb sprach Gott, der nicht an eine besondere Sprache gebunden ist, auch nicht an die der Propheten, durch den Mund der größten Wissenschaftler zu den Menschen von heute. Und er sagte ihnen: ‚Ihr habt die Möglichkeit, euren eigenen Untergang herbeizuführen. Ich verleihe euch die Macht, die Fundamente zu erschüttern. Ihr könnt diese Macht schöpferisch oder zerstörerisch gebrauchen. Wie wollt ihr sie gebrauchen?' So sprach Gott zur Menschheit durch das Werk der Wissenschaftler und durch ihre Entdeckung des Schlüssels zum Grunde des Seins. Aber er tat durch sie noch mehr. Er zwang ihnen sein Wort auf, wie er es den Propheten auferlegt hatte, trotz ihres ständigen Versuchs, Widerstand zu leisten, denn kein Prophet möchte das sagen, was er zu sagen hat. Und kein Wissenschaftler, der an der großen und furchtbaren Entdeckung teilnahm, wollte das sagen, was er sagen musste." (Paul Tillich: Die Erde erbebt, In der Tiefe ist Wahrheit, Religiöse Reden I, Stuttgart 1952, S. 7ff.)

Nach dem Zweiten Weltkrieg mit seinen furchtbaren Massenvernichtungswaffen, mit den Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki bringt Paul Tillich die Worte der Propheten in Erinnerung und sieht große Wissenschaftler in der Nachfolge der Propheten. Sie können ihre Formeln nicht der

Politik anbieten wie die Marktfrauen ihre Eier verkaufen. Sie müssen sich über die Folgen ihrer Entdeckungen klar werden und mithelfen zu verhindern, dass Massen-Vernichtungsmittel hergestellt werden und zum Einsatz kommen. Er öffnet seinen Zeitgenossen die Augen, dass Wissenschaft zum Götzendienst geworden war, als sie den Menschen die Macht gab, Menschen und Welt zu vernichten. Wie früher die wahren Propheten warnten, so warnen heutzutage die verantwortungs-bewussten Wissenschaftler: Es ist kein Fortschritt da, sondern Rückkehr zum Chaos, kein Frieden sondern Zerrissenheit, kein Glück sondern Möglichkeit des Untergangs. „Wenn wir einige Prophetenstellen lesen, können wir uns vorstellen, dass es Augen-Zeugenberichte von Warschau, Hiroshima oder Berlin seien." (Tillich, 12) Und das Erschütternde: Es hat Warnungen vorher gegeben. Hier spricht Tillich als einer der religiösen Sozialisten, der zu den Warnern gehörte. Schließlich noch die rätselhafte Frage: Warum konnten die Propheten „diese furchtbaren Bilder des Untergangs und der Zerstörung ohne Zynismus oder Verzweiflung entwerfen? Sie konnten es, weil sie jenseits der Zerstörung das Heil erblickten; weil sie im Untergang des Zeitlichen die Offenbarung des Ewigen sahen." (Tillich, 15) So sollen wir auch ihr Erbe bewahren: „in unsern Tagen wanken die Grundfesten der Erde, wirklich. Wenden wir unsere Augen nicht ab! Schließen wir nicht unsere Ohren und unsern Mund! Sondern lasst uns, durch die zerfallende Welt hindurch, blicken auf den Fels der Ewigkeit und das Heil, das kein Ende hat." ((Tillich, 16)

Was bedeutet die Natur für uns?

So fragen Menschen, so fragt die christliche Gemeinde. Die Bibel hat uns in der Geschichte ihrer Entstehung in einer Reihe von Worten drei Antworten gegeben. Uns, die wir schon längst wissen, was Natur ist, aus der Naturwissenschaft und Technik, aus Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaft, aus der Philosophie und der Alltags-Erfahrung, uns, die wir es längst zu wissen meinen, hat die Bibel in einer ganzen Reihe von Worten drei Antworten gegeben. Der Psalmist preist die Herrlichkeit der Schöpfung, der Apostel weist auf Tragik und Trauer in der Schöpfung. Der Prophet sieht die kommende Erlösung und das Heil des Kosmos.

„Die Himmel erzählen die Ehre Gottes" (Ps. 19 u.ö.)

Wir lesen zuerst die Worte des Psalmisten über die Herrlichkeit der Schöpfung und ihren göttlichen Grund: „Die Himmel erzählen die Ehre Gottes, und die Feste verkündigt seiner Hände Werk. Ein Tag sagt's dem andern und eine Nacht tut's kund der andern. Es ist keine Sprache noch Rede, da man nicht ihre Stimme höre. Ihre Schnur geht aus in alle Lande und ihre Rede an der Welt Ende. Er hat der Sonne ein Zelt an ihnen gemacht. Sie geht heraus wie ein Bräutigam aus seiner Kammer und freut sich wie ein Held, zu laufen ihre Bahn." (Ps. 19,1–6)

Der Psalmist hört die verborgene Stimme, die Stimme im Schweigen. Sie preist die Herrlichkeit Gottes, erzählt von der Ehre des Schöpfers. In alle Länder dringt die Kunde der göttlichen Weltordnung als eine Richtschnur; die Bahnen der Himmelskörper, der Wechsel von Tag und Nacht sind sprechend für diese Ordnung, aufrufend zum Lob des Schöpfers. Nicht stumm ist die Materie. Der Gang der Sonne spiegelt Situationen menschlicher Lebensfreude, so belebend, wie sie ist.

Verstehen wir noch diese Stimme aus der Schöpfung oder sehen wir nur noch stumme Natur? Einige werden sagen: In keinem Zeitalter ist die Natur dem Menschen so zugänglich geworden wie heute. Was vergangenen Generationen ein Geheimnis war, ist heute jedem Kind bekannt. Die Technik hat sich der Natur bemächtigt und sie gezwungen, ihre Geheimnisse herzugeben. Die Wissenschaft hat die Stimme der Natur gehört, und ihre Antwort war die Ausbeutung der Bodenschätze, die Nutzung ihrer Energien, die Nutzung der Biosphäre. Aber hat der Mensch wirklich die Stimme zum Lob des Schöpfers aus dessen Werk gehört? Die technische Zivilisation, der Stolz vieler Jahrhunderte, hat eine furchtbare Verwüstung der ursprünglichen Natur zur Folge gehabt, eine Zerstörung der Landschaft, ihrer Böden, Pflanzen und Tiere, eine Verschmutzung und Vergiftung der Gewässer, eine Belastung der Luft. Unvorstellbar haben die Ergebnisse der Atomphysik das Leben aller Lebewesen verändert, ihre militärische Anwendung könnte heute die Vernichtungs-Kraft des Zweiten Weltkrieges 6.000-fach steigern, dazu reicht das angehäufte Nuklearpotential. Katastrophen in Kernkraftwerken haben das Fürchten gelehrt. Im Jahr 1979, als in Harrisburg 200.000 Menschen auf der Flucht waren, im Jahr 1986, als in Tschernobyl eine große Zahl von Menschen starb und ein Gebiet von der Größe Bayerns belastet wurde, sodass die Menschen heute noch an den Folgen leiden Mit einem alarmierenden Bericht über die Erd-Erwärmung hat der Weltklimarat Anfang Februar die Politik aufgerüttelt. Die UN-Forscher prognostizieren einen Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 59 Zentimeter sowie um 6,4 Grad höhere Temperaturen bis 2100. Selbst bei einem sofortigen Stopp der CO2-Emissionen würde sich die Atmosphäre Jahrhunderte später weiter aufheizen, heißt es in der Studie. Dem IPCC-Bericht zufolge müssen die Treibhausgasemissionen bis 2050 um mehr als 50 Prozent reduziert werden, wenn die Erderwärmung auf rund zwei Grad begrenzt werden soll. Auch sollen die Emissionen nur noch bis 2015 ansteigen und danach zurückgehen. Für die Industrieländer wird in diesem Szenario für 2020 eine Reduzierung um 25 bis 40 Prozent für erforderlich gehalten.

Eine Gefährdung der Welt ist aus dem Machtwahn des Menschen entstanden, alle und alles beherrschen zu wollen.

Und so fragen wir wieder: Verstehen wir noch die Stimme aus der Schöpfung? Verstehen wir was der Psalmist sagen will? „Die Himmel erzählen die Ehre Gottes … Ihre Schnur geht aus in alle Lande“ singt der Psalmist in begeisterter Ergriffenheit, in großer Dichtung. Aus Bethel kommt eine Karte. Behinderte Mitarbeiter der Therapeutischen Werkstatt Spielkiste haben ein Holzrelief gestaltet, Titel „Die Schöpfung.“

Dieses Bild will auch die Ehre des Schöpfers verkünden. Sonne und Mond,

Bethel, Therapeutische Werkstatt Spielkiste, Die Schöpfung

Sterne, Tag und Nacht, Wasser und Land, Fische, Vögel und Tiere. Und das Menschenpaar, im Schnitt-Punkt der Linien fast, nicht ganz. In der Mitte eigentlich der Baum der Erkenntnis, des Wissens um das Förderliche und Schädliche. Vor dem Baum die Schlange, noch in sich gekrümmt. Wird sie Macht über den Menschen gewinnen? Dann ist die Ordnung, dass der Mensch über die Tiere herrschen soll, gestört. Und das Tier herrscht über den Menschen. – Wie sagt Ps. 8 über den Menschen: „Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt, du hast ihn zum Herrn gemacht über deiner Hände Werk." (V.6.7). Keine Zeit hat mehr die Herrschaft des Menschen gefühlt und gefeiert als unser Zeitalter. Aber der Psalmist sagt nicht, der Mensch sei Herrscher, er sagt: Du hast ihn gekrönt, du hast ihn zum Herrn gemacht. Das heißt doch: der Mensch kommt aus demselben Grunde, aus dem auch die Erde und das Universum hervorgeht. Es gibt dem Menschen unvergleichliche Würde, dass er Gottes Ebenbild ist. Dass er Geschöpf ist, bringt ihn aber auch zusammen mit allen Tieren und Pflanzen. „Ich glaube, dass mich Gott geschaffen hat samt allen Kreaturen." (Luther) Bebauen und bewahren soll der Mensch den Garten Gottes. Zum Bund, den Gott mit Noah macht, zur Erhaltung der Schöpfung, gehören auch die Tiere. Nachdem die Naturwissenschaften gezeigt haben, wie Schöpfung als Natur zu sehen ist, müssen Kirche und Theologie heute neu begreifen und ansagen, wie Natur als Schöpfung Gottes zu verstehen ist. Wir sollen die Schönheit der Schöpfung bemerken, Ehrfurcht vor dem Leben empfinden und eben darin den Schöpfer loben. Das Lob Gottes zieht in die Dankbarkeit über die Gabe des Lebens, in die Freude am Leben. Aber ebenso in die Erkenntnis der Einheit der Schöpfung. Diese Erkenntnis will das Erkannte nicht besitzen und ausbeuten, sondern Gemeinschaft mit ihm finden. Das Lob Gottes über den Werken seiner Schöpfung befreit zur teilnehmenden Erkenntnis. Erkenntnis in Gemeinschaft, in Teilnahme, eben diese ist in dem Bild aus Bethel zu spüren. Der Mensch ist Teil der Schöpfung. So gibt Gott Raum zum Wohnen und zum Arbeiten. Die Schönheit der Schöpfung verweist auf die Herrlichkeit des Schöpfers.

„Das ängstliche Harren der Kreatur" (Rm 8, 19)

Und doch gibt es Tragik und Traurigkeit. Davon spricht der Apostel: „ Denn das ängstliche Harren der Kreatur wartet darauf, dass die Kinder Gottes offenbar werden. Die Schöpfung ist ja unterworfen der Vergänglichkeit – ohne deren Willen, sondern durch den, der sie unterworfen hat – doch auf Hoffnung; denn auch die Schöpfung wird frei werden von der Knechtschaft der Vergänglichkeit zur herrlichen Freiheit der Kinder Gottes. Denn wir wissen, dass die ganze Schöpfung bis zu diesem Augenblick mit uns seufzt und sich ängstet." (Römer 8,19-22)

Von Hoffnung spricht der Apostel, aber inmitten der Anfechtung. Die Seligpreisungen gleichsam aufnehmend und umkehrend, sieht er in denen, die Gottes Kinder sein dürfen, die einen Vorgeschmack himmlischer Herrlichkeit bekommen, zugleich die Seufzenden, sich Ängstenden, zusammen mit aller Kreatur. Gnade bezieht tief ins Irdische ein bis zum Kreuz, wo zugleich äußerste Anfechtung und Überwindung zusammenfallen. Mensch und Kreatur sind miteinander verbunden zur Gemeinschaft der Hoffnung, aber auch zur Gemeinschaft des Leidens. Das Gesetz der Endlichkeit und des Vergehens ist wie eine

schwermütige Melodie. Neben jubelndem Leben stummer Tod. „Das Gras verdorrt, die Blume verwelkt“, Ewigkeit hat allein Gott und sein Wort (Js 40,8). Und doch preist Jesus die Lilien auf dem Feld und sagt: Nicht einmal Salomo in aller seiner Herrlichkeit war gekleidet wie sie. So sind die Blumen Symbole für beides: Für die Vergänglichkeit und Herrlichkeit des Lebens in der Schöpfung, Grenzen des Geschöpfes, das zwischen Angst und Mut auf seinen Schöpfer angewiesen bleibt. So führt auch der Hinweis Jesu auf die Lilien weiter zu dem auf die Fürsorge des himmlischen Vaters. Durch die ganze Schöpfung geht ein Seufzen, sagt der Apostel. Und er fragt auch, wer ist verantwortlich für den Missklang in der Schöpfung, in der Menschen und Tiere leiden? Wie kommt es, dass das Schicksal des Todes in Angst und Verzweiflung erlebt wird? Biblische Geschichten antworten: Eigentlich war die Schöpfung harmonisch. Aber der Mensch ist verantwortlich für den Missklang. Statt des Schöpfers ehrte er sein Geschöpf, das Geschaffene, dargestellt in der Schlange, ein endliches Wesen oder gar ein Ding wie das Tauschmittel Gold statt des unendlichen Gottes. Seit der Entfremdung des Menschen vom Schöpfer ist auch die Natur fremd. Dornen und Disteln auf dem Acker, wie mühsam ist die Arbeit geworden! Und immer wieder zeigt sich in der Arbeit: Der Mensch ist sich und seinem eigenen Werk fremd geworden.

1986 nach der Katastrophe von Tschernobyl hat die *Evangelische Kirche von Westfalen* stellvertretend für alle ein Schuldbekenntnis abgelegt:

„1. Als Christen und als Kirche bekennen wir unsere Schuld, die Bewahrung der Schöpfung in Frieden und Gerechtigkeit oft nicht ausreichend wahrgenommen zu haben: Wir haben aus der Gottesebenbildlichkeit des Menschen eine Überlegenheit abgeleitet, die das Leiden der außermenschlichen Natur nicht wahrnimmt. Wir haben den biblischen Herrschaftsauftrag als Recht zur Ausbeutung der Natur missverstanden und die Erde rücksichtslos zu unseren eigenen Zwecken ausgenutzt. Wir haben die Erlösung und die Versöhnung durch Jesus Christus weithin ausschließlich auf uns Menschen bezogen und dabei die Hoffnung für die gequälte und seufzende Kreatur vergessen. Wir haben den Geist Gottes nur im Menschen wirken gesehen. Dadurch ist die Natur für uns geistlos geworden und die „Ehrfurcht vor dem Leben“ verloren gegangen.

Wir haben die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik zu sehr sich selbst und ihren angeblichen Eigengesetzlichkeiten überlassen. Dadurch wurde die Frage der ethischen Verantwortbarkeit und die Frage nach den Grenzen der Machbarkeit vernachlässigt. Wir haben den Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung oft nicht gesehen und durch unsere partiellen Interessen das Gleichgewicht der Natur gestört.

2. „Gottes Güte will uns zur Umkehr leiten.“ (Röm. 2, 4). Wir haben uns gegenüber Gott versündigt, indem wir an seiner Schöpfung schuldig wurden. Wir erkennen heute klarer die falschen Wege, die in der Überheblichkeit und Eigenmächtigkeit des Menschen gründen.

Noch können wir umkehren. Von uns ist die Umkehr im Bewusstsein, im Verhalten und in den Strukturen gefordert.“

In ihrem Seufzen wartet die Kreatur auf die Erlösung des von ihr entfremdeten Menschen. In ihrem Seufzen wartet die Kreatur mit dem Menschen auf Erlösung von dem Gesetz der Vergänglichkeit.

Die vollendete Erlösung der Schöpfung (Offb. 22, 1–5)

Die Erlösung wird Mensch und Natur betreffen, den ganzen Kosmos. Davon spricht der Prophet: „Und ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, und das Meer ist nicht mehr … Und er zeigte mir einen Strom lebendigen Wassers, klar wie Kristall … und auf beiden Seiten des Stromes Holz des Lebens, das trägt zwölf mal Früchte, jeden Monat bringt es seine Frucht, und die Blätter des Holzes dienten zur Heilung der Völker.“ (Offb. 22, 1–2)

Mensch und Natur werden von Vergänglichkeit und Verderbtheit erlöst. Die durch die Sünde des Menschen verderbte Schöpfung ist nun durch die neue Schöpfung überboten. Das Meer, Symbol des Chaos, hat aufgehört zu sein. An Stelle der bösen Stadt tritt die heilige ewige Gottesstadt. Sie bringt den Himmel auf die Erde. In ihr erlöst Gott von Tod und Schmerz. Die ursprüngliche Herrlichkeit der Schöpfung strahlt auf: Kristallklares Wasser, Fülle der Früchte für alle Zeit, heilende Blätter. Die Erlösung zeigt eine Heilung der verdorbenen und zerstörten Natur und lässt die neue Schöpfung Quelle der Heilung für den Menschen sein. Weil im Kommen Christi das Reich Gottes beginnt, sprechen die Geschichten über Jesus von einer Teilnahme der Schöpfungselemente und Kreaturen an seinem Weg. Löwen und Schafe, Kinder und Schlangen sieht der Prophet Jesaja in Frieden beieinander wohnen, Engel und Sterne, Menschen und Tiere sind bei dem Kind. Die Erde erbebt, als Jesus stirbt, sie erbebt wieder, als Christus aufersteht. Die Sonne verfinstert sich, als er seine Augen schließt, sie geht auf, als er aus dem Grab steigt. Erlösung ist Erlösung der Welt, nicht nur des Menschen. Und jetzt in den Sakramenten werden Gaben der Schöpfung Brot und Wein, Wasser und Licht Träger erlösender Kraft, Wahrzeichen der Erlösung.

Was bedeutet die Natur für uns? Wenn wir Gott in seinem Wort hören, hören wir auch wieder seine Schöpfung reden. Sie wird von der Herrlichkeit des Schöpfers erzählen. Sie wird mit uns seufzen unter dem Gesetz der Vergänglichkeit. Sie wird reden von der unzerstörbaren Hoffnung auf seine Erlösung.

„Gute Arbeit“* menschlich – sozial – gerecht

Von Paul Schobel

Vor über 25 Jahren veröffentlichte Papst Johannes Paul II. sein Rundschreiben über die menschliche Arbeit „Laborem exercens“. Darin entfaltet er ein großartiges Bild menschlichen Schaffens bis hin zu einer „Spiritualität der Arbeit“. In der Arbeit nimmt der Mensch „am Wirken Gottes“ teil und erfährt in ihr „einen kleinen Teil des Kreuzes Christi“, aber auch schon „den Schimmer eines neuen Lebens“.[1]

Die Erwerbsarbeit von heute wird diesem Entwurf nicht gerecht. Bedingt durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit und

das globale Überangebot an Arbeitskräften verliert die Arbeit immer mehr an Recht und Würde:

3, 6 Millionen Vollerwerbstätige erzielen mit ihren Niedriglöhnen allenfalls noch 40 % des durchschnittlichen Arbeitseinkommens in Deutschland. 1 Million bezieht ergänzend „Arbeitslosengeld II“. Als einziges Land in Europa verzeichnet Deutschland eine negative Einkommensentwicklung. Seit über zehn Jahren haben die Erwerbstätigen Reallohn-Verluste hinzunehmen.

Der Normalarbeitsvertrag wird immer mehr zur Ausnahmeerscheinung. Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu: Leih- und Zeitarbeit, geringfügige Beschäftigung, befristete Arbeitsverträge, Schein-Selbständigkeit. All diesen Arbeitsformen ist gemeinsam, dass sie kaum existenz-sichernde Einkommen erbringen, keine ausreichende soziale Sicherung erwerben, von großer Arbeitsplatzunsicherheit gekennzeichnet und rechtlich kaum geschützt sind. Junge Menschen finden – wenn überhaupt – oft nur noch durch diese „Hintertür“ Zugang zur Erwerbsarbeit. Prekäre Arbeitsverhältnisse erlauben keine Lebensplanung. Dies erschwert die Gründung einer Familie mit allen persönlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen.

Eine immense Leistungsverdichtung belastet alle Erwerbstätigen. Zwar ist die Arbeit körperlich leichter geworden. Doch die Belastungen verschieben sich immer mehr in den Bereich der Sinne und Nerven. Allgegenwärtig ist die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder seinen Anforderungen nicht mehr gewachsen zu sein. Dies erklärt einerseits den niedrigsten Krankenstand der Nachkriegsgeschichte und andererseits den dramatischen Anstieg arbeitsbedingter psychischer Erkrankungen.

Der anhaltende Druck entlädt sich oft im kollegialen Miteinander. „Mobbing“, Psychoterror im Betrieb nehmen zu. Nicht selten wird dies von der Führungsebene her geduldet oder gar bewusst inszeniert, um über Eigenkündigung Personalabbau zu betreiben. Die menschlichen Folgen sind entsetzlich. Neben dem Verlust des Arbeitsplatzes angesichts von Massenarbeitslosigkeit bleiben oft schwere seelische und gesundheitliche Schäden zurück.

Die Entdeckung der unteren Schicht. ZEICHNUNG: HORST HAITZINGER

Flexibler Arbeitseinsatz und eine hohe räumliche und berufliche Mobilität kosten vielen Erwerbstätigen immer mehr soziale Zeit für Familie, Freundschaften, Beziehungen, Kultur und Politik. Projekt-Arbeit und neue Arbeitszeitmodelle wie etwa die „Vertrauensarbeitszeit“ führen zu „Arbeit ohne Maß“ und lassen kaum noch Zeit und Raum für die „andere“ Seite des Lebens. Das ganze Leben muss vielmehr um die Erwerbsarbeit herum organisiert werden. Sie

ist die einzige Stellgröße, nach der sich in einer Familie alle zu richten haben. Gegen den Widerstand der Gewerkschaften, der KAB und der Betriebsseelsorge wird nun auch die Ladenöffnung an drei Sonntagen im Jahr und werktags rund um die Uhr erlaubt. Das kostet vielen Beschäftigten im Einzelhandel den gemeinsamen Feierabend und gefährdet den arbeits- und verkaufsfreien Sonntag.

Die Arbeitslosigkeit mit ihren schwerwiegenden seelischen und materiellen Folgen ständig vor Augen, nehmen Erwerbstätige diese Erschwernisse ihrer Arbeit fast klaglos hin: „Besser diese Arbeit als gar keine“, denken sich viele. Oder: „Hauptsache Arbeit – frag nicht welche …“.

Infolge der Massenarbeitslosigkeit hat auch die Politik die humane Ausgestaltung der Arbeit aus dem Blick verloren. Auch in den Betrieben selbst werden wieder Fertigungstakte verringert und arbeitsteilige Verfahren eingeführt. Sie begrenzen die (Teil-)Autonomie der Beschäftigten und gefährden Arbeitszufriedenheit und –motivation.

2. „Gute Arbeit“ – ökonomisch notwendig und ethisch geboten

Die „Soziale Marktwirtschaft“ hat sich in den vergangenen Jahren immer mehr auf ein neo-liberales, kapitalistisches System hin entwickelt. In ihm steht nicht mehr wertschöpfende Arbeit im Mittelpunkt, sondern Geldschöpfung nach den ehernen Gesetzen der Kapital-Vermehrung („Shareholder value“).

Dabei wird die Arbeit nach Markt-Gesetzlichkeit als Ware gehandelt und als Kostenfaktor bekämpft. Wo man sie überhaupt noch braucht, presst man sie aus wie eine Zitrone, wo man sie nicht mehr braucht, wird sie achtlos weggeworfen. Sie wird ihrer Würde und ihrer Rechte beraubt, bedrückt und gedemütigt.

Globalisierung und internationale Arbeitsteilung setzen die Arbeit in Deutschland zusätzlich unter Druck. Mangels internationaler Standards wird Arbeit im Ausland zu Billigstpreisen angeboten und führt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen, Produktionen und Dienstleistungen. Umgekehrt strömen billige Arbeitskräfte ins Land, verdrängen einheimische ArbeitnehmerInnen und drücken die Löhne nach unten. Im Unterschied zu vielen anderen europäischen Ländern kennt Deutschland kein Mindestlohngesetz, und die bisher gültigen Entsenderichtlinien gelten nur für wenige Branchen.

Als KAB müssen wir gegen diesen Zerfall Einspruch erheben. „Arbeit ist eine Grundbestimmung menschlichen Lebens“, heißt es im Grundsatz-Programm, denn „Arbeit gehört zum Menschen …“. In ihr „verwirklichen Frauen und Männer ihre unvergleichbare Würde als Abbild Gottes“. Doch „die Totalität des Marktes degradiert alles, sogar die menschliche Arbeit, zur bloßen Ware. Der Mensch wird herabgesetzt, wenn er als ‚Arbeitskraft‘ benannt und behandelt wird.“

2. 1 „GUTE ARBEIT“ – ein Standortfaktor

Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist auf Zukunft nur über „GUTE ARBEIT“ zu sichern: Unser Land verfügt weder über Rohstoffe in nennenswertem Umfang, noch als eine der dicht besiedeltsten Regionen der Welt über umfangreiche Flächen, die entsprechend nutzbar wären. Wir sind nur über „GUTE ARBEIT“ zu einer der führenden Industrienationen geworden und können dies nur über „GUTE ARBEIT“ auch zukünftig bleiben. Unsere Stärke liegt

– neben einer intakten Infra-Struktur – in einer hoch qualifizierten und hoch motivierten Facharbeiterschaft, in Grundlagen- und Anwendungs-Forschung, in qualifizierten Dienst-Leistungen, in ausreichenden Einkommen, im „Sozialen Frieden". Wer „GUTE ARBEIT" demontiert, beschädigt die wirtschaftliche Zukunft. Mit noch mehr billigen Jobs, nach denen manche Politiker rufen, wird der Industriestandort Deutschland nicht überleben können.

2. 2 „GUTE ARBEIT" hat Rechte und Würde

Für die Bibel ist Erwerbsarbeit kein (eigenes) Thema, sie gehört vielmehr zum Leben dazu: „Und Gott nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, damit er ihn bebaue und bewahre …" (Genesis 2,15). Arbeit ist Teil des Menschseins.

Jede Arbeit aber mündet hinein in die Ruhe des Sabbats: „Und Gott segnete den siebten Tag und heiligte ihn, weil er an ihm ruhte von all seinen Werken …" (Genesis 2,3). Der Sabbat, für uns der Sonntag, bildet ein Bollwerk gegen die drohende Versklavung an die Arbeit, gegen heimliche oder offene Selbstausbeutung. Nicht jeder Tag muss sich ökonomisch rechnen. Man braucht nicht das Letzte aus sich, aus andern, aus der Schöpfung herauszuholen. GUTE ARBEIT respektiert das Bedürfnis nach Regeneration, Rekreation, Gemeinschaft, respektiert die Begrenztheit des Menschen und der Schöpfung, relativiert die Arbeit und die Ökonomie.

Die Lohngerechtigkeit findet in beiden Testamenten eine starke Resonanz: „Wer arbeitet, hat Recht auf seinen Lohn …" (Lukas 10,7). Vorenthaltener Lohn „schreit zum Himmel …" (Jakobus 5,4). Lohn ist vor allem „Bedarfs"- und weniger „Leistungs-" Lohn (Matthäus 20). GUTE ARBEIT erbringt existenz-sichernde Einkommen und orientiert sich eher am Bedarf und weniger an (fragwürdigen) Leistungskriterien.

Die Kath. Soziallehre erklärt ausdrücklich: „Arbeit ist keine Ware …" („Quadragesimo anno", 83). Sie hat vielmehr „Vorrang gegenüber dem Kapital …" („Gaudium et spes", 67). Ihr subjektiv-personaler Charakter ist wichtiger als der objektiv ökonomische, denn Kapital ist nur werkzeuglicher Art, Arbeit aber ist „Ausfluss der Person".

Daraus leiten die Kirchen ab: „Arbeit ist ein Menschenrecht …" („Gemeinsames Wort", 151). Das bedeutet einen moralischen Rechtsanspruch an Wirtschaft und Politik (direkte und indirekte Arbeitgeber), möglichst alle Menschen über Arbeit und Einkommen zu beteiligen.

Erwerbsarbeit aber begründet ein Rechtsverhältnis: „Arbeit ist eine Quelle von Rechten" („Laborem exercens", 16), so zum Beispiel das Versammlungs- und Koalitionsrecht, gewerkschaftlicher Zusammenschluss, Tarifverträge, Recht auf Mitbestimmung und Mitbeteiligung, Recht auf Arbeitsschutz, Ruhe, soziale Sicherung usw.

„GUTE ARBEIT" ist daher tariflich ausgestaltet und geschützt. Sie ist bewehrt durch das Recht auf Streik als „ultima ratio", letztes Mittel zur Durchsetzung legitimer Forderungen und Rechte. Sie garantiert ein Recht auf Mitbestimmung und Mitbeteiligung. Sie hat Anspruch auf „gerechten Lohn", definiert als „Familienlohn": Ein Einkommen muss ausreichen für das (sozio-kulturelle) Auskommen einer Familie. Der „freie" Arbeitsvertrag mit Löhnen unterhalb des Existenzminimums ist ein Unrecht. Arbeit begründet darüber hinaus ein Recht auf soziale Sicherheit im Alter, bei Krankheit und Unfall, Pflegebe-

dürftigkeit und Arbeitslosigkeit. Prekäre Arbeit ohne ausreichenden sozialen Schutz ist keine „gute" Arbeit. Die Erwerbsarbeit ist stets neu als „humane" Arbeit mit sozial- und familienverträglichen Arbeitszeiten auszugestalten.

2. 3 „GUTE ARBEIT" – die Erwartungen der Menschen

Gefragt nach dem, was „GUTE ARBEIT" heute ausmacht, reagieren viele Beschäftigte mit Verwunderung. Sie sind froh, überhaupt Arbeit zu haben. Wer Hunger hat, denkt eher an Schwarzbrot als an Sahnetorte.

Wenn sie aber nachdenklich werden, kommen Aussagen, die sich mit den Zielvorgaben der Bibel und der Kath. Soziallehre decken, und die man nach folgenden Kriterien einordnen kann (Originalzitate kursiv):

Ein festes, verlässliches Einkommen, *„eine anständige Bezahlung, ein gerechtes Einkommen, um den Unterhalt meiner Familie zu sichern"*.

Unbefristete Beschäftigung und Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Kreative Arbeit: *„Ich will stolz sein können auf meine Arbeit, weil ich was kann …" „Will meine Fähigkeiten einbringen und entwickeln." „Spaß an der Arbeit …" „Arbeit, die meinen Fähigkeiten entspricht." „Regelmäßige Fortbildungen."*

Sinn in der Arbeit: *„Arbeit, die mir Freude und Zufriedenheit schenkt." „Ich will etwas Sinnvolles tun …"*

Anerkennung: *„Ich will für meine Arbeit anerkannt und gelobt werden". „Ich trage viel Verantwortung, dafür möchte ich Wertschätzung und Achtung."*

Soziale Beziehungen: *„Ein gutes Miteinander, menschlicher Umgang". „Freundliche Kollegen, gutes Betriebsklima". „Kein Mobbing!" „Eine vertrauensvolle Atmosphäre". „Gutes Teamwork".*

Familien- und sozialverträgliche Arbeitszeiten: *„Feierabend und Wochenende für meine Familie". „Keine Sonntagsarbeit". „Arbeit und Familie müssen vereinbar sein."*

Achtung und Schutz der Gesundheit: *„Ich will Arbeit, die nicht krank macht." „Arbeit, in der man seine Gesundheit nicht ruinieren muss."*[2]

3. Die Forderungen der KAB

3. 1 Arbeit für alle

Bevor wir unsere Forderungen nach „Guter Arbeit" stellen, müssen wir uns bewusst werden, dass immer noch vier Millionen Menschen gar keine Erwerbsarbeit haben. In unserem „Schwäbisch-Gmünder-Appell" aus dem Jahre 2003 haben wir Vorschläge zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit gemacht, die bisher nicht eingelöst worden sind. Stattdessen wurde nur der Druck auf die Arbeitslosen verstärkt, Arbeit anzunehmen, die es aber gar nicht gibt.

Daher bekräftigen wir erneut:

„Arbeit ist ein Menschenrecht": Wo der Markt dieses Recht nicht für alle realisiert, muss die Politik lebensnotwendige Arbeitsfelder erkennen und erschließen. Es gibt in unserer Gesellschaft alle Hände voll zu tun. Die größten, immer noch ungenutzten Potentiale für die Arbeit von heute und morgen liegen im sozialen Ausbau der Gesellschaft, im ökologischen Umbau und in der Entwicklung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft, sowie in einer groß angelegten Bildungs-Offensive.

Arbeitslose, insbesondere Jugendliche, müssen einen Rechtsanspruch auf berufliche Qualifizierung bekommen.

Die Erwerbsarbeit muss neu und gerechter verteilt werden, um mehr Frauen

und Männer über Arbeit und Einkommen an der Gesellschaft zu beteiligen.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit: über die Bereitstellung eines Grundeinkommens muss Familien- und Erziehungsarbeit sowie das „Ehrenamt" aufgewertet und sozial abgesichert werden. Ein Grundeinkommen ermöglicht, dass sich Arbeit über Erwerbsarbeit hinaus als sozial und ökologisch sinnvolles und notwendiges Tätigsein entfalten kann.

3. 2 „GUTE ARBEIT" für alle – menschlich, sozial, gerecht

3. 2. 1 „GUTE ARBEIT" ist als „menschliche" Arbeit auszugestalten – die KAB fordert:

Die Leistungsanforderungen müssen den Menschen angepasst werden und nicht umgekehrt. Denn im Mittelpunkt der Arbeit steht der Mensch. Ständige Leistungsverdichtung schädigt die ArbeitnehmerInnen an Leib und Seele.

Den Verzicht auf jede Verlängerung der täglichen, wöchentlichen und der Lebensarbeitszeit sowie eine spürbare Verkürzung der regelmäßigen Arbeitszeit. Arbeitszeitverlängerung belastet die Beschäftigten noch mehr und verschärft gleichzeitig die Arbeitslosigkeit.

Familien- und sozialverträgliche Arbeitszeiten: Familien, aber auch Gesellschaft brauchen gemeinsame Zeit. Die KAB kämpft daher weiter um den Erhalt des Feierabends und vor allem des arbeitsfreien Wochenendes, für beschäftigtenfreundliche Arbeitszeiten im Handel und vor allem um den Sonntag als kollektiven Ruhetag.

Mehr qualifizierte Teilzeitarbeit für Frauen und Männer, ohne dass ihnen dadurch berufliche Nachteile entstehen. Den Abbau der Überstunden, Freistellung für berufliche, politische und kulturelle Bildungsmaßnahmen, gleitende Einstiege ins Arbeitsleben und in den Ruhestand, gleitende Ausstiege aus der Elternzeit, Freistellung für Pflege- wie für Erziehungszeiten, mit qualifiziertem beruflichem Wiedereinstieg, Zeit für gesellschaftliches Engagement.

Die Ausgestaltung von „alternsgerechter" Arbeit und Arbeitsplatzangebote für leistungsgeminderte Personen. Heute müssen viele Erwerbstätige erfahren, dass man in der realen Arbeitswelt nicht alt werden kann. Sie scheiden vorzeitig infolge Krankheit aus oder werden „sozialverträglich" rausgedrückt.

Einen ausreichenden Gesundheitsschutz, die betriebliche Gesundheitsförderung und eine wirksame Gewerbeaufsicht. Arbeit darf nicht krank machen.

Eine außer- und innerbetriebliche Bildungs- und Qualifizierungsoffensive für alle Beschäftigten. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf berufliche Bildung und Weiterbildung, um seine Kreativität, sein Können und seine Fähigkeiten zu wecken, zu entfalten und weiter zu entwickeln.

Modelle für die berufliche Weiterentwicklung der Frauen während der Familienphase.

Ein Anti-Mobbinggesetz, das Mobbing zum Straftatbestand erklärt und Arbeitgeber haftbar macht, wenn sie Mobbingsituationen nicht unterbinden.

3. 2. 2 „GUTE ARBEIT" ist „sozial" auszugestalten – die KAB fordert:

Die Beibehaltung des Kündigungsschutzes als Zeichen für verlässliche Arbeitsbeziehungen.

Die gesetzliche oder tarifliche Begrenzung prekärer Arbeitsverhältnisse.

Die Beibehaltung des bisherigen Renteneintrittsalters mit 65 Jahren sowie den gesetzlichen Anspruch auf Altersteilzeit.

Mehr Rechte für Betriebs- und Personalräte, z. B. bei Betriebsübergang und Veräußerung, Mobbing.

Den Erhalt und den Ausbau der betrieblichen und wirtschaftlichen Mitbestimmung und eine neue, partnerschaftliche Unternehmensverfassung. ArbeitnehmerInnen müssen zu vollwertigen Mitgliedern des Unternehmens und an den wichtigen Entscheidungen zu Standorten, Investitionen, Produkten und Produktionssystemen beteiligt werden.

3. 2. 3 „GUTE ARBEIT“ ist „gerecht“ auszugestalten – die KAB fordert:

Einen gesetzlichen, existenz- und altersichernden Mindest-Nettolohn in Höhe der Pfändungsfreigrenzen in Deutschland.

Eine angemessene Lohnentwicklung, die sich stärker am Bedarf der Menschen orientiert, die Kaufkraft der Einkommensschwachen erhöht und damit die Binnennachfrage stärkt.

Den Erhalt und den Ausbau der Tarifautonomie und des Flächentarifvertrages. Beides sind soziale Errungenschaften, die sozialen Frieden garantierten und eine soziale Spaltung der Gesellschaft verhinderten.

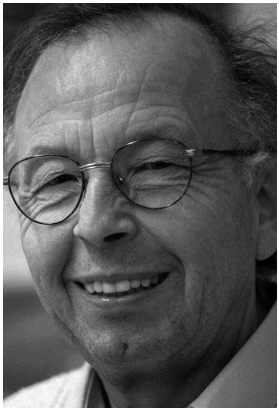
Ausgleichszahlungen, sofern deutsche Unternehmen bei Produktionsverlagerungen ins Ausland Umweltstandards umgehen oder nach Erhalt von Subventionen Arbeitsplätze vernichten bzw. verlagern.

Die Einführung bzw. gesetzliche Verankerung internationaler Mindeststandards für Arbeit, wie z. B. das Verbot der Kinderarbeit, die Gleichstellung der Frau, das Koalitions- und Tarifvertragsrecht, Mindestentlohnung, Streikrecht usw., um damit den ruinösen Wettbewerb ausschalten zu können.

Schöpfungsgerechte, nachhaltige Arbeit, die Rücksicht nimmt auf Ressourcen und die Belastungen der Umwelt.

**Formulierter Leitantrag zum Diözesanverbandstag der Katholische Arbeitnehmer-Bewegung der Diözese Stuttgart-Rottenburg (KAB) (Dort am 22. Juni 2007 einstimmig angenommen).*

1 „Laborem exercens“, 27
2 Das Inifes-Institut Starnberg kommt in seinen Untersuchungen zu fast identischen Ergebnissen.



Paul Schobel

Paul Schobel, 1939 in Rottweil geboren, Studium der Theologie und Philosophie in Tübingen und Innsbruck. 1963 Priesterweihe, Vikarsjahre in Böblingen und Wasseralfingen. Von 1966 bis 1972 Diözesankaplan der CAJ – Christliche Arbeiterjugend. 1973 bis 1993 Industriepfarrer im Raum Böblingen/Sindelfingen. Seit 1993 Leiter des Fachbereichs „Betriebsseelsorge“ in der Diözese Rottenburg-Stuttgart.

Eine alte Projektidee eröffnet neue Lebenschancen

Bauen, fördern und versöhnen

Von Dietrich von Bodelschwingh

Die hundertjährige, gemeinnützige Baugesellschaft „Heimstätte Dünne GmbH“ und die vor 16 Jahren gegründete Tochter „Heim-statt Tschernobyl e.V.“ verfolgen vom ostwestfälischen Bünde, Kreis Herford, aus eine alte und zugleich zukunftsträchtige, gesellschaftliche Aufgabenstellung.

Sie verstehen ihre Bautätigkeit als soziales Programm – orientiert an den Schwächeren in der Gesellschaft, als konkrete individuelle und strukturelle Förderung, als Selbsthilfe in gemeinschaftlicher Arbeit.

Die Heimstätte Dünne ist entstanden nach afrikanischen Erfahrungen des Missionars Gustav von Bodelschwingh. Ausgehend von Lehmbau-Traditionen in Afrika, wo sich Wohnungsbau in Selbsthilfe und durch Nachbarschaftsarbeit mit dem vorhandene Baustoff Lehm vollzog, hat Gustav von Bodelschwingh in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts diesen Ansatz in Deutschland zur Anwendung gebracht, insbesondere dort, wo Menschen in Notzeiten durch Arbeits- und Wohnungslosigkeit in soziale Schwierigkeiten geraten waren.

Hilfe (nicht: zur), sondern durch unmittelbare Selbsthilfe – ganzheitliches Bauen und Gestalten in handwerklicher, gemeinschaftlicher Arbeit: das wurden die Leitbilder der Heimstätte Dünne.

So entstanden durch die Heimstätte in der Zeit von 1923 bis 1935 auf dem Hintergrund von Inflation, Arbeits- und Wohnungslosigkeit 500 Eigenheime durch Selbsthilfe und Nachbarschafts-Unterstützung.

Unmittelbar nach dem Zeiten Weltkrieg wurden im Rahmen der Flüchtlingsansiedlung wiederum Häuser nach dieser Technik und Grundausrichtung gebaut, bis das „Wirtschaftswunder“ mit seinem Bauboom und der Anwendung von Beton solche heute z.T. noch bewohnten „Arme-Leute-Häuser“ in Vergessenheit geraten ließ.

Seit den neunziger Jahren – geprägt von ökologischen und sozialen Herausforderungen – entstehen neue soziale Gemeinschafts- Baumaßnahmen, orientiert an der Situation langzeitarbeitsloser, leistungsgeminderter Menschen, aber auch auf dem Hintergrund von Umweltkatastrophen und gesellschaftlichen Behinderungen.

Über einige dieser Projekte soll hier kurz berichtet werden.

Hilfe für leistungsgeminderte und langzeitarbeitslose Menschen in Deutschland

In Ost-Westfalen und Niedersachsen hat die Heimstätte in den neunziger Jahren besondere einzelne, zeichenhafte Wohnbauprojekte als sozialen Wohnungsbau realisiert. Auf dem Hintergrund struktureller Massenarbeitslosigkeit wurden von den Arbeitsämtern langzeitarbeitslose, leistungsgeminderte Menschen, die zudem oft in instabilen persönlichen Verhältnissen und unzulänglichen Wohnungen lebten, in einen solchen Bauprozess vermittelt. Unter unmittelbarer Anleitung einer Baufachkraft erstellten sie im Rahmen einer kontinuierlich zusammenarbeitenden Baugruppe komplett einen Gebäudekomplex.

Durch die spezielle Baugestaltung konnte die Ausführung weitgehend in Handarbeit

durchgeführt werden. In einem solchen sozialen Zusammenhang der gemeinsamen Arbeit erwächst eine gesundende Entwicklungschance für Menschen, die mit sozialen Problemen zu kämpfen haben, bzw. die sich eine neue Lebensexistenz aufbauen möchten. Nicht zuletzt werden bei den Beteiligten hohe bautechnische und gestalterische Qualitäten freigesetzt.

Die Heimstätte Dünne übernimmt bei solchen Bauvorhaben in der Regel die Funktion einer Bauunternehmerin, die vom Arbeitsamt arbeitslose Menschen vermittelt bekommt und die Bauausführung unter der Anleitung einer pädagogisch und technisch versierten Fachkraft mit diesem Personenkreis umfassend ausführt. Entscheidend ist, dass diese Fachkraft sich voll fachlich und kontinuierlich in das Vorhaben einbringt, mitten drin ist, und sich persönlich mit dem Projekt und den Beteiligten identifiziert. So verstehen sich auch die Beteiligten als Subjekte, d.h. als die eigentlichen „Bauherren".

Es wird in der Zusammensetzung der Baugruppe Wert darauf gelegt, dass junge und alte Menschen, Frauen und Männer, Fachleute und Laien, Einheimische und Eingewanderte beteiligt werden. Nach den Erfahrungen verflachen bei gemeinsamen Bauen unterschiedliche, trennende Strukturen. Segregation wird im gemeinsamen, zielgerichteten Tun überwunden.

„Wir wollen nicht nur Häuser erstellen, wir wollen Menschen helfen, sich wieder aufzurichten und ihre Gemeinschaft zu festigen. Dafür bietet das Bauen eine wunderbare Gelegenheit. Denn nichts verbindet Menschen so sehr wie das gemeinsame Tun. Und ein Haus, das kraft der eigenen Hände entsteht, weckt Stotz, Selbstbewusstsein und auch Tatkraft, um andere Dinge in Angriff zu nehmen", sagt Hubert Heinrichs, technischer Leiter der Heimstätte.

Ingesamt entstanden während der Jahre 1995 bis 2002 zwei Wohnhäuser mit vier, bzw. sechs Wohneinheiten, eine Altenbegegnungsstätte, die aus einem alten, stark baufälligen, translozierten Fachwerk-Bauernhaus neu errichtet wurde, und schließlich der Umbau einer alten Fachwerkscheune zu einer „Kulturwerkstatt".

Nach der Streichung der AB-Maßnahmen mussten solche Aufgaben eingestellt werden, da sie nur bei Übernahme der Personalkosten realisierbar waren.

Heim-statt Tschernobyl e.V.: Umsiedlungsprogramm für Tschernobyl-Familien in Belarus

Ausgelöst durch eine Radtour durch Weißrussland im Jahre 1990, schlossen sich Handwerker und Vertreter unterschiedlicher Berufsgruppen auf der Grundlage der Ideen der Heimstätte zu dem gemeinnützigen Verein „Heim-statt Tschernobyl e.V." zusammen, mit dem Ziel, jungen Familien, die noch in der Tschernobyl-Zone der tödlichen Verstrahlung ausgesetzt waren, durch Häuserbau in Selbsthilfe und Gemeinschaftsarbeit zu einer neuen Existenzgrundlage in nichtverstrahlter Umgebung zu verhelfen.

Seit 1991 bis heute läuft das Umsiedlungsprogramm. Für den Bau eines jeden Hauses

Workcamp Belarus

werden Baugruppen gebildet, zusammengesetzt aus Vertretern der betroffenen Familien, deutschen Fachanleitern und jeweils einer Workcampgruppe freiwilliger Helfer aus Deutschland und Weißrussland. Jeweils in einem dreiwöchigen Workcamp wird ein Haus im Rohbau erstellt.

Die beteiligten Umsiedler als „Bauherren" qualifizieren sich durch die Fachanleitung im Baubereich. Durch sie konnte 1999 ein weißrussisches Bauunternehmen gegründet werden, das u.a. für den weiteren Innenausbau der Häuser sorgte.

Werkstattgebäude in Caslav, Tschechien

Auf diese Weise sind seit 1992 bis Ende 2007 insgesamt 52 Wohnhäuser in zwei Siedlungen entstanden, dazu ein Gemeinschaftshaus, Werkstattgebäude, Arztzentrum, Kirche – und fortführend als strukturelle Hilfen „Leuchtturm-Projekte" als Zeichen gegen die Tschernobyl-Atomnutzung – für eine andere Energiegewinnung: So u.a. die ersten beiden Windkraftwerke in Belarus mit einer Leistung von 1.3 Mill. kWh.

Bauen mit und für Behinderte in Tschechien

Eine ganz anderes und doch ähnliches Projekt entsteht z.Z. Zeit in Tschechien aus einer konkreten Notlage heraus:

Die „Diakonie der evangelischen Kirche der Böhmischen Brüder" hat unter der Verantwortung eines engagierten Leiters eine Einrichtung für geistig und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche in der Nähe Prags aufgebaut, muss aber jetzt die volljährig gewordenen jungen Menschen mangels weiterführender Angebote als einzige Möglichkeit in Altersheime unterbringen.

Durch persönlichen Kontakt mit der Heimstätte Dünne entstand der Plan, dass die Jugendlichen nach dem Muster der Tschernobyl-Umsiedlung sich selbst in Verbindung mit deutschen Fachleuten und einer freiwilligen Bauhelfergruppe ihre Wohngruppe errichten und sich damit eine neue Lebensperspektive schaffen.

Bereits 2005 hatten die jungen Bewohner probeweise gemeinsam mit deutschen Zimmerern auf dem Heimgelände ein Werkstattgebäude errichtet und dabei bewiesen, dass sie sich imstande sehen, solch ein Vorhaben zu realisieren. Der Heimleiter berichtet dazu: „Die beteiligten fünf Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren verfügten über große körperliche Kräfte, die sie sonst gar nicht in diesem Maße einsetzen konnten. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten schleppten sie begeistert die schweren, mit Lehmmischung gefüllten Eimer, kippten sie in die Schalung und stampften, was das Zeug hielt. Innerhalb von nur 14 Tagen stand der Bau. Und als sie fertig waren, fragten sie gleich, wann sie das nächste Haus bauen können."

Inzwischen konnte ein Baugrundstück in einem benachbarten Dorf erworben werden, um neben einem Gartenbaubetrieb als Werkstatt für Behinderte hier zwei Wohngruppen-Häuser zu errichten. Der Baubeginn ist wegen des komplizierten Planungsprozesses für Mai nächsten Jahres vorgesehen. Die Wohngruppen-Häuser sollen in der Trägerschaft der Diakonie ver-

bleiben und damit den betroffenen Menschen eine gesicherte Lebensgrundlage, schaffen.

Auch hier gilt, dass ausschließlich ökologische Baumaterialien eingesetzt werden. Die Häuser werden so entworfen und konstruiert, dass eine Vielzahl von einfachen Arbeiten zur ihrer Errichtung notwendig ist. Auch hier gilt das Prinzip: einfach statt kompliziert, und mehr Mensch statt Maschine.

Nach solchen und anderen Erfahrungen haben die Heimstätte und Heim-statt Tschernobyl sich unter das gemeinsame Motto gestellt: „ Bauen, fördern und versöhnen“. Denn für die Teilnehmenden, wo

Jugendliche in Caslav

und wie immer sie sich bei einem Projekt mit einbringen, wird das Bauen zu einem großen Erlebnis – zu einem Fest der Versöhnung.

Dietrich von Bodelschwingh
Geboren 1939 in Weddinghofen, Kreis Unna (Urenkel des Betheler Gründers).
1960–66 Theologiestudium in Bethel, Tübingen, Heidelberg und Münster.
1966–67 Studium Gemeinwesenarbeit in London
1968–85 Pfarrer im Amt für Sozialarbeit und Diakonischem Werk Dortmund-Lünen
1985–90 Beurlaubung zum Aufbau der Dünner Wohngemeinschaft u. der Heimstätte Dünne
1990–99 Leitung der Diakonie Freistatt (Niedersachsen)
1990 Gründung der Tschernobyl-Initiative und seither Vorsitzender von Heim-statt Tschernobyl e.V. und Heimstätte Dünne GmbH.
Verheiratet mit Irmgard von Bodelschwingh, 3 erwachsene Kinder

Dietrich von Bodelschwingh

Über bleibende und zukünftige Schwerpunkt-Aufgaben berichtet die Homepage www.heimstatt-tschernobyl.com

Historische Aufarbeitung beider Weltkriege
Seit Anfang 2001 arbeiten Mitglieder von Heim-statt Tschernobyl die Ereignisse und Folgen aus dem I. und II. Weltkrieg für den Bereich der Narotsch-Region und den Bezirk um Lepel in Belarus auf.

Das Dorf Drushnaja am Narotsch-See befindet sich auf der alten Kampfeslinie des I. Weltkrieges. Während der „Märzoffensive 1916“ kamen dort 100.000 Menschen ums Leben. Die deutsche Heeresleitung setzte erstmals in der Kriegsgeschichte Giftgas ein.

In dem neuen Dorf wurden die Kriegsereignisse und die Lage der Kriegsgräber dokumentiert.

Gute Gründe für eine Schule in der Demokratie, in der Kinder und Jugendliche miteinander leben und lernen*

Welche Schule braucht die Demokratie?

Von Suanne Thurn

Die Klage zuerst, ich verspreche, dass sie kurz sein wird – leider aber auch hart.

Die erste und wichtigste Bestimmung in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948 verabschiedet wurde, lautet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ Allein: in Deutschland sind die Menschen nicht gleich, vor allem nicht die kleinen. Die international vergleichenden Analysen des Bildungssystems haben es erschreckend und leider auch unmissverständlich klar an den Tag gebracht. Deutschland ist Weltmeister – WELTMEISTER – geworden in der beschämendsten Ungerechtigkeit, die ich mir vorstellen kann. Nirgends in der Welt ist der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg so eindeutig wie bei uns, kein Land der Welt sortiert Kinder bereits in so frühem Alter so gnadenlos, separiert sie voneinander und lässt sie getrennt voneinander aufwachsen, kaum mit Chancen, von dem mit zehn Jahren, demnächst mit 9 Jahren, zugewiesenen Platz in dieser unserer Gesellschaft auf einen nächst höheren aufzusteigen. Der Aufstieg gelingt knapp 10%, aber 40% aller 15- Jährigen sind im Laufe ihrer Schulzeit gedemütigt worden durch einen immer schwer zu verkraftenden Abstieg. Das stärkt nicht, auch wenn wir genau wissen, dass wir nichts so sehr für die Zukunft unserer Demokratie brauchen wie gestärkte, selbstbewusste junge Menschen, die voller Zutrauen in sich die neuen Herausforderungen einer Zukunft annehmen, die wir doch alle noch nicht kennen. Die inzwischen über eine Million Jugendlicher unter 30 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung tragen sicherlich nicht zur notwendigen Weiterentwicklung und zur Verteidigung unserer Demokratie bei: Warum und wofür sollten sie, die Ausgelesenen und Überflüssigen, gerade mal für ein Überleben gesellschaftlich Alimentierten, sich denn einsetzen? Sieben Zehnjährige wurden im vergangenen Schuljahr an einer großen städtischen Hauptschule in Bielefeld angemeldet – zu Schuljahresbeginn war dennoch bereits eine Klasse voll von Kindern, die an anderen Schulen keinen Platz fanden – im 7. Schuljahr ist diese Schule dreizügig – im 10. verlassen weit über 100 junge Menschen sie. Wenn Sie dort in einer 9. Klasse fragen, „Was wollt ihr mal werden?“ erhalten sie die die zynische, aber äußerst realistische Antwort: „Hartz IV, wat denn sonst?“. Was den bildungspolitisch Verantwortlichen bundesweit dazu einfällt, zementiert Auslese und Sortierung, produziert noch mehr Gewinner und Verlierer, will das nachweislich gescheiterte System mit Macht bewahren mit eben jenen Mitteln und Methoden, die ebenso nachweisliche zu seinem Scheitern geführt haben: die Perfektionierung von Auslese und Sortierung, die systemische Produktion von Gewinnern und Verlierern.

Die Hoffnungsschimmer als Ermutigung nach der Klage:

Es gibt ermutigende Ansätze, Bewegungen, Veranstaltungen jenseits der offiziellen Politik – vielleicht ist diese ja eine davon –, die in eine andere Richtung weisen und so etwas wie Aufbruch signalisieren für jene, die wie ich immer optimistisch bleiben wollen, wenn es um unsere demokratische Zukunft geht. Von dreien möchte ich Ihnen berichten:

Im November 2006 haben sich 54 Schulen aus dem ganzen Land getroffen, die einem „Aufruf für einen Verbund reformpädagogisch engagierter Schulen" gefolgt sind und sich zu dem Arbeitskreis „Blick über den Zaun" zusammengeschlossen haben, der seit 1989 arbeitet. Sie teilen gemeinsame Überzeugungen, was Schule in der Demokratie zu leisten hat. Eine solche Schule muss diesen Überzeugungen folgend: 1. Den Einzelnen gerecht werden – individuell fördern und herausfordern; 2. „Das andere Lernen" wollen, erziehenden Unterricht, Wissensvermittlung und Bildung verbinden; 3. Schule als Gemeinschaft ansehen, in der Demokratie gelernt und gelebt wird; 4. Schule als lernende Institution begreifen, in der Reformen „von innen" und „von unten" stattfinden. Sie prüfen die eigenen Schulen anhand von gemeinsam entwickelten und verabschiedeten Standards, die diese 4 Grundüberzeugungen an Merkmalen festmachen. Sie lassen die Qualität ihrer Schule anhand dieser Standards zugleich durch andere Schulen aus dem Arbeitskreis evaluieren. 54 Schulen haben ihr Treffen mit einer am 14. November 2006 einstimmig verabschiedeten „Erklärung von Hofgeismar" beendet. „Schule ist unsere Sache – ein Appell an die Öffentlichkeit", so der leidenschaftliche Versuch, für eine andersgeartete Schule zu kämpfen, die ihren Auftrag als Schule in der Demokratie wirklich erfüllen kann. Vom 25.-27. Mai 2008 findet das nächste Treffen dieser dann mehr als 54 Schulen wieder in Hofgeismar statt. (Sie finden diese Erklärung, eine ihr zugrunde liegende „Denkschrift", den Aufruf mit den Grundüberzeugungen sowie die ausführlichen Standards unter www.BlickUeber DenZaun.de im internet.)

Dies mein erster Hoffnungsschimmer – eine zweite Ermutigung war für mich der große Fachkongress „Schule in der Gesellschaft" der Bertelsmann Stiftung am 30. November 2006 in Hannover. Die Einführungsrede hielt Bischof Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und sicherlich unverdächtig bildungspolitischer Revolutionsgelüste. Dennoch hat er mit seiner Rede eine spürbare Aufbruchstimmung unter den über 600 geladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmern erzeugt, die bildungspolitisch revolutionären Charakter hatte. „Gerechtigkeit" – so Bischof Huber dort – „bezieht sich immer auf Gemeinschaft. Beteiligungsgerechtigkeit ist ein Maßstab für Beziehungsqualität." (Huber, S. 24) Demokratie ist lebendig, wenn sie allen Menschen die Möglichkeit der Beteiligung in der Gemeinschaft schafft, aber: „Solange unser Schulsystem um einer angestrebten Homogenität willen wie eine Kombination von Hackbrett und Presse funktioniert, das unten abschneidet und oben deckelt, werden viele Kinder und Jugendliche zum bloßen Rest. Ihre Bildungsgänge haben den Charakter von Verlustgeschäften. Ohne Chance auf Entfaltung ihrer Talente reicht man sie weiter, genauer gesagt, man reicht sie tiefer. Die Abgeschnittenen werden zur gesellschaftlichen Resteverwertung vorzugsweise in Restschulen komprimiert." (Huber, S. 23). Auf den Fluren des Kongresses war die Schule der Zukunft als eine Schule für alle ohne Aussonderung und Sortierung wichtigstes Gesprächsthema – und so stimmten schließlich bei einer Abfrage weit mehr als die

Hälfte ohne alle Einschränkung zu, dass Kinder und Jugendliche bis zum Ende des 9. Schuljahres gemeinsam in einer Schule lernen und leben müssten. Eine solche Frage war von den Veranstaltern nicht einmal vorgesehen, sie wagten – so ihre Vorbereitung – nur abzufragen, ob Haupt- und Realschulen zusammengelegt werden sollten. Die Rückweisung dieser Frage als eine grundfalsche und die Aufnahme der weitergehenden zeugt von der Aufbruchstimmung: kein Zweisäulenmodell, mit dem die Spaltung unserer Gesellschaft weiterhin zementiert wird, statt wirkliche Chancengerechtigkeit zu wagen. Ein wenig entmutigend war für mich die große „ZEIT"-Anzeige bildungspolitisch engagierter Persönlichkeiten, die das zweigliedrige Schulsystem forderten – viele, die ich kenne, taten es politisch halbherzig, weil „anderes ja doch in Deutschland nicht durchsetzbar ist". Aber ist das ein guter Grund, die Standesgesellschaft weiter und dann wohl für unabsehbare Zeiten zu zementieren? Immerhin gab es eine Gegenanzeige: es gibt Bewegung in der für unsere Zukunft entscheidenden Frage! (Die Rede von Bischof Huber sowie alle anderen Tagungsdokumentationen sind unter der Adresse www.bertelsmann-stiftung.de unter dem Link „Bildung" nachzulesen.)

Eine dritte Ermutigung: Am 11. Dezember 2006 wurde der deutsche Schulpreis zum ersten Mal vergeben von einer sicherlich ebenfalls unverdächtigen Jury. Der erste Preis ging dabei an eine Grundschule in Dortmund, die unter schwierigsten Bedingungen mit den „Mühseligen und Beladenen" unserer Gesellschaft, den Kindern der „Überflüssigen" in unserer Demokratie, einen Schulalltag gestaltet, der diesen Kindern Zuversicht schenkt, den Zipfel einer besseren Welt zeigt und sie gestärkt in die Welt schickt. Die nächsten vier Preise gingen an integrierte Gesamtschulen, die das gute Leben in ihre Schule holen, das andere Lernen inszenieren und zum Teil sogar gewagt haben, äußere Leistungsdifferenzierung und Noten abzuschaffen, um damit Kinder für Leistung zu ermutigen über das, was sie können, statt sie zu entmutigen oder gar zu strafen für das, was wir ihnen noch nicht oder nicht richtig beigebracht haben. Der Trend hält an: auch bei der zweiten Preisverleihung ein Jahr später hatten Schulen des traditionellen Schulsystems keine Chancen. Und es verwundert nicht, dass sich fast alle Preisträgerschulen zu den Grundüberzeugungen des Verbundes „Blick über den Zaun" bekennen und sich täglich bemühen, den dort formulierten Standards für eine gute Schule gerecht zu werden.

Welche Schule also braucht die Demokratie? Sicherlich eine, die Chancengerechtigkeit in der Schule für eine Beteiligungsgerechtigkeit in der demokratischen Gesellschaft schafft. Das kann meiner festen Überzeugung nach nur eine Schule ohne alle Auslese sein, eine Schule, in der Kinder so angenommen werden, wie sie sind, in der sie ihr Höchstmöglichstes leisten können, in der sie in einer Gemeinschaft aufwachsen, die sich die Regeln ihres Zusammenlebens selbst gibt und diese auch verantwortet – „Schule als polis", wie Hartmut von Hentig es entwickelt hat – in der also Demokratie jeden Tage gelebt und gelernt werden kann. Für eine solche Schule gibt es ethische – oder, wenn Sie so wollen: christliche – Gründe; pädagogisch-didaktische und neurobiologische Gründe; historisch-politische und wirtschaftliche Gründe und schließlich gesellschaftlich-kulturelle Gründe.

Die fünf ethischen Gründe stelle ich an den Anfang:

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

- weil die Verschiedenheit von Kindern und Jugendlichen ein Reichtum ist, den man keinem Kind und keinem Jugendlichen vorenthalten darf.
  Noch sind wir in den deutschsprachigen Ländern weit davon entfernt, die „Anderen", auch nur wahrzunehmen, geschweige denn ihr Anderssein zuzulassen, es neugierig daraufhin zu betrachten, ob es für unsere Begrenzungen nicht Öffnendes bergen könnte.
- weil wir in einer Schule, die ganztägig Lebens- und Erfahrungsraum sein will (und muss!), die ganze Vielfalt an Lebens- und Erfahrungsmöglichkeiten brauchen, um diesen Reichtum wahrnehmbar, begreifbar und nachhaltig bereichernd für alle werden zu lassen.
  In der deutschsprachigen Schultradition haben wir den entscheidenden Absprung verpasst: Immer noch tun wir so, als würden unsere Kinder nachmittags in liebevollen Elternhäusern optimal betreut und vorzüglich in den Bereichen gefördert, für die die Schulen sich nicht mehr zuständig fühlen, sowie mit reichen freien Spielmöglichkeiten auf Straßen, Wiesen, Wäldern und Feldern mit vielen anderen Nachbarkindern ausgestattet. Auf wie viele Kinder trifft das denn noch zu? Und sind es wirklich die Hausfrauenmütter, die die fehlende Betreuung und Bildung am besten nachbessern können?
- weil jedes Kind und jeder Jugendliche das Recht hat, verschieden zu sein, ohne ausgegrenzt zu werden – wir sie so annehmen sollten, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten.
  Ist das nicht ein Grundrecht von Kindern – und: wird ihnen das nicht immer wieder ungestraft verwehrt?
  Muss nicht die Schule für die Kinder da sein und nicht umgekehrt? Für alle Kinder, so, wie sie uns anvertraut wurden?
- weil Kinder und Jugendliche nicht beschämt oder gar gedemütigt werden dürfen durch Rückweisung von gewählten Schulen, Sitzenbleiben, Abschulen, Ausgrenzen irgendwelcher Art – und ich finde, auch nicht durch äußere Leistungsdifferenzierung innerhalb einer Schule.
  Bei uns gibt es im Unterschied zu anderen Ländern immer wieder viel zu viele „falsche" Kinder, die „hier" nicht hin gehören: nicht in diese Klasse, nicht in dieses Gymnasium. Macht sie das stark für ihr Leben? Nirgends wird so viel selektiert wie bei uns – und nirgends klagen so viele Lehrkräfte über die unzumutbare Heterogenität in ihren Gruppen!
  Ich bin mir sicher, dass die Ergebnisse von Gesamtschule bei internationalen Vergleichstests und auch in der gerade angekündigten Fend-Studie (Zeit, Dezember 2007) deutlich überzeugender ausgefallen wären, wenn sie der Versuchung widerstanden hätten, das mehrgliedrige Schulsystem weiter innerhalb der Gesamtschulmauern abzubilden, also dort ebenfalls „Gewinner" und „Verlierer" zu ermitteln. Viele Gesamtschulen sind auf dem Weg, diesen Fehler so gut es geht zu korrigieren, was ich ermutigend finde. Die Preisträgerschulen sind hier neben weiteren Schulen aus dem Arbeitskreis „Blick über den Zaun" Vorreiter.
- weil Kinder und Jugendliche Erwachsene brauchen, die ihnen beim Aufwachsen helfen, ihnen eindrückliche Vorbilder sind, Verschiedenes darstellen, Unterschiedliches können und wollen. Sie brauchen keine Oberstudienräte oder Sonderpädagogen oder Erzieher mit ab-

gestuft anerkannten, bewerteten und alimentierten Ausbildungen, sondern Pädagogen, erwachsene Menschen, die Kinder und Jugendliche aufregend interessant finden, denen sie wirklich wichtig sind und die selbst von ihrer Sache begeistert sind, andere damit „anstecken" können.

Die fünf pädagogisch-didaktischen und neurobiologischen Gründe:

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

- weil Kinder und Jugendliche so viel mehr „Intelligenzen" in sich tragen, als wir in unseren Schulen ansprechen oder fördern. Erst ihre Verschiedenheit in einer Lerngruppe öffnet den Blick für vernachlässigte Möglichkeiten, nicht zuletzt, weil wir ihnen sonst in den heterogenen Gruppen nicht gerecht werden können.
  Dass sich unser Unterricht ändern muss, haben wir oft genug nun gehört und wissen wir zudem schon lange. Wie aber soll das gehen, so lange das System den lehrerzentrierten Unterricht geradezu verlangt, weil nur durch ihn straff und effektiv die Mengen der vorgegebenen Stoffe zu den verordneten und immer weiter gleich geschalteten Prüfungszielen und -zeiten hin bewältigbar erscheinen? Gelernt wird im deutschsprachigen Raum nicht vornehmlich in der Schule, sondern beim Hausaufgabenfamilienterror oder im teuer erkauften Nachmittagsunterricht außerhalb der Schulmauern. Auch so wird bei uns gesellschaftlich bedingte Ungleichheit zementiert, Ausgrenzung fortgeschrieben und haben Kindern aus bildungsfernen Schichten bei nachgewiesen gleichen intellektuellen Voraussetzungen nach wie vor eine zweieinhalbfach geringere Chance auf einen Zugang zu Gymnasien als Kinder aus Elternhäusern mit höherer Bildung – und natürlich mehr Geld, zum Beispiel für teure Nachhilfestunden!
- weil wir der Vielfalt von Kindern und Jugendlichen mit einem vielfältigen Angebot an Lern- und Leistungsmöglichkeiten antworten sollten – und mit der Einsicht, dass jedem Kind und jedem Jugendlichen dafür die je eigene Zeit zugestanden werden muss, in der sie zu ihren je höchstmöglichen Leistungen heranwachsen können.
  Sobald wir Kinder und Jugendliche sortieren, sie bereits im frühen Alter und dann immer wieder in Einbahnstraßen schicken, die sie nur selten verlassen können, reduzieren wir genau diese Vielfalt an Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten für alle und verweigern zu vielen die Zeit, die sie gegebenenfalls brauchen, um zu ihren möglichen Höchstleistungen heranzureifen. Aus der Hirnforschung wissen wir, dass zwischen Lern- und Entwicklungsalter bis zu vier Jahren liegen können, ohne dass wir von Behinderung sprechen müssen. Nehmen wir solche Erkenntnisse in der Schule ernst?
- weil Kinder und Jugendliche voneinander eben so viel lernen wie von ihren Lehrerinnen und Lehrern.
  Wer einmal Kindern zugehört hat, wie sie einander etwas erklären, oft in Botschaften, die unserem Denken verschlossen sind und dennoch oder gerade deswegen einander erreichen, will darauf im Unterricht nicht mehr verzichten. Wer erlebt hat, wie sich in den Köpfen jener, die etwas erklären, selbst etwas klärt, will darauf nicht mehr verzichten. Wer die scheinbar beschränkten Fragen ernst nimmt und sieht, an welche eigenen Grenzen wir als Lehrende in der Be-

antwortung kommen, weiß plötzlich, was damit gemeint ist, dass wir aus Fehlern lernen, die in unserer Schule aber geahndet, nicht wertgeschätzt werden.

- weil Kinder stark werden an dem, was sie können und was sie auszeichnet – auch im Vergleich mit anderen – aber schwach werden durch verlorene Konkurrenzsituationen jenseits von Sachinhalten oder Problemlösungen, etwa durch aussageleere Noten.
  Sind Noten wirklich so wichtig? Müssen Kinder als ihr „Recht" (so die nordrhein-westfälische Bildungsministerin) immer wieder hören, „wo sie stehen", das heißt, welchen Rang diese Gesellschaft ihnen zuweist? Richtig, wer einmal mit Noten in Kontakt gekommen ist – möglichst mit guten oder wenigstens mit solchen, die durch ein wenig Mühen erreichbar wären – will sie vermutlich haben. Was aber ist mit den vielen anderen, den Verlierern? Brauchen nicht vielleicht wir Lehrer die Noten, weil wir mit unseren veralteten Methoden und uninteressanten Inhalten sonst jene nicht mehr erreichen, die sich nur für die kleinen Ziffern von 1 bis 6 anzustrengen bereit sind? Sind das nicht leider die meisten, die sich längst von der Sache als in sich aufregend verabschiedet haben? ‚Weil Schule eben so ist wie sie ist und immer so war'?
- weil das gemeinsame Lernen im Zusammenhang der Dinge, in multiperspektivischen und mehrdimensionalen Zugängen zu den Sachen, die Vielfalt von möglichen Lösungen gemeinsam definierter Aufgaben, Problemen, Fragestellungen, unseren Unterricht endlich aufregend macht – übrigens auch für uns Lehrende, die wir selbst zu Lernenden werden, indem wir diese Verschiedenheit zulassen.

Unterrichtsbeispiele dafür gibt es längst, wenn auch nicht genug – und auch in

Kinder betrachten eine Echse

der Laborschule sind wir hier noch am Anfang, ständig auf der Suche. Aber wer einen solchen Unterricht einmal gewagt und die neuen Leistungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen erlebt hat, auch die tiefe eigene Befriedigung und neue Freude am Beruf, wird von da an ständig weitersuchen.

Aus der Hirnforschung wissen wir es doch inzwischen genau: alle Kinder wollen lernen, leidenschaftlich gerne – besonders gut lernt, wer an Vorhandenem anknüpfen kann und „passgenaue", immer wieder neu herausfordernde Aufgaben erhält oder entdecken darf – die Zeit, die es braucht, um notwendige Lernschritte auf dem Weg zum Verstehen zurückzulegen, ist individuell höchst verschieden – wer vor seiner Zeit entmutigt wird, steigt aus – extrinsische Motivationen verhindern Lernen mehr als sie es fördern – intrinsische Motivationen durch die Herausforderung der Sache selbst fördern Verstehen (so etwa die Ergebnisse der Forschungsarbeiten von Gerald Hüther)!

Die fünf historisch-politischen und wirtschaftlichen Gründe:

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule der Demokratie, die diesen Namen wirklich verdient, miteinander leben und lernen,

- weil wir endlich auch in Deutschland im 21. Jahrhundert ankommen müssen, nicht länger zulassen sollten, dass sich die Standesgesellschaft des 19. Jahrhunderts nach wie vor in unserem Schulsystem abbildet.
  Bildung muss ein gesellschaftlich bereitgestelltes und gefördertes Gut werden, auf das alle Kinder ein verbrieftes Recht haben, darf nicht länger ein von Wenigen privat zu kaufendes oder zu ergänzendes Gut bleiben – nicht zuletzt, weil sonst die sprachlos Gebliebenen in dieser Gesellschaft, denen wir die Partizipation verweigern, bestenfalls mit Rückzug und Verweigerung, oft mit Kleinkriminalität und schlimmstenfalls mit roher fundamentalistischer, rechtsgerichteter Gewalt gegen die Demokratie reagieren müssen.
- weil wir nur so soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit eines Schulsystem ausgleichen können, das auf Segmentierung und Selektion gesetzt hat und damit gescheitert ist – weil wir mit der Schmach, Kindern und Jugendlichen aufgrund ihrer sozialen Herkunft Bildung zu ermöglichen oder zu erschweren beziehungsweise zu verweigern, nicht mehr länger leben wollen sollten.
- weil wir nicht weiterhin ein Fall für die UN-Menschenrechtskommission bleiben dürfen.
  Wären unsere PISA-Ergebnisse wenigstens ganz oben bei den 20% Glückseligen an der Weltspitze hervorragend, hätte sich, wenn auch zynischerweise, das Sortieren wenigstens gelohnt. Aber ganz offenbar lernen auch jene Glückseligen in undifferenzierten Systemen anderer Länder deutlich mehr als die unseren unter sich (18% in den oberen Kompetenzstufen gegenüber 8% in Deutschland). Und glaubt noch irgendjemand in diesem Land ernsthaft, dass jene „Rausgelesenen“ ohne die notwendigen Kompetenzstufen in den Restschulen unserer Großstädte, in denen nur noch die Erwachsenen die deutsche Sprache beherrschen, voneinander irgendetwas lernen, außer, wie man sich mit eben jenen Mitteln gegen die Ausgrenzung wehrt, die sie im Nachhinein zu rechtfertigen scheinen?
- weil das mehrgliedrige System unnötig Kinder und Jugendliche schwächt, die wir uns aber doch stark für ihre und unsere Zukunft wünschen – weil wir es uns wirtschaftlich nicht mehr leisten können, durch ein unfähiges Schulsystem auf ihre Potentiale und damit auf unsere Zukunft zu verzichten.
  Geschwächt werden bei uns ja nicht nur jene bereits erwähnten 40 % unserer Fünfzehnjährigen, die in ihrer Zeit schon einmal Einschnitte wie Abweisung an Schulen, Abstufung, Sitzenbleiben … verkraften mussten. Auch jener Schüler, der im Gymnasium mit seinen Fünfen kämpft, an sich zweifelt und an Selbstwert einbüßt, vergisst in der Regel, dass er immer noch zu dem Drittel der Besten seiner Alterskohorte gehört. Unsere Wirtschaft aber braucht selbstbewusste junge Menschen, die gelernt haben, zu lernen – sich selbst anzueignen, was sie brauchen an Wissen und Können – die gelernt haben, im Team ohne falsche Konkurrenz miteinander statt gegeneinander zu arbeiten – die gerne lernen, auch noch nach zehn Jahren Schule, so wie alle Kinder leidenschaftlich gerne

lernen, bis wir es ihnen durch die Ödnis von Rezeption statt Produktion, durch sachfremde Motivierungs- und Belohnungssysteme in der Schule geradezu systematisch abgewöhnt haben

- weil heutige Kinder später nicht von Erwachsenen gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch angeleitet, geführt, belehrt, vertreten und regiert werden sollten, die schulisch isoliert aufgewachsen sind, daher die gesellschaftliche Vielfalt nicht durch eigene Alltagserfahrungen kennen gelernt haben.
  Wollen wir das wirklich weiterhin: Den Richter, der nie mit jenen gespielt hat, die er verurteilen soll? Den Lehrer, der sich mühsam nur jenen nähert, die er aus seiner Kindheit nicht kennt und deren Sprache er nie zu sprechen gelernt hat? Den Manager, der jene nicht versteht, die für ihn arbeiten sollen? Den Politiker, der das Leben jener nicht wenigstens eine Weile lang mit gelebt hat, für die er nun Zukunft entwerfen und für die er stellvertretend handeln soll?
- weil mit den Kosten, die uns das selektive, vielgliedrige und noch dazu halbtägige Schulsystem beschert, die moderne Schule der Zukunft als Lebens- und Erfahrungsraum, als lebendiges Haus des Lernens, gebaut werden könnte – und weil in dieser Schule Individualisierung der Lern- und Lebenszugänge mehr wäre als die politische Poesie unserer Tage.
  Ich zähle nur einige der unnötigen Kosten auf: den nachmittäglichen Leerstand dieser kostbaren Einrichtungen – den privat gezahlten Nachhilfeunterricht, der unser unfähiges Schulsystem nachbessert: für sage und schreibe 1.5 Milliarden Euro jedes Jahr! – den gut bezahlten Musik-, Kunst-, Drama-, Ballett- und Sportunterricht für die Betuchten – die eine Milliarde sinnlos verschleuderten Euros, die uns in Deutschland das Sitzenbleiben Jahr für Jahr kostet, obwohl doch längst wissenschaftlich bewiesen ist, dass Sitzenbleiben nichts bringt – die Fahrtkosten quer durch die Städte zu den Verlierer- und Gewinnerschulen – die gesellschaftlichen Kosten an stressbedingten Krankheiten, psychologischem Betreuungsbedarf, Fürsorge- und Jugendhilfe, Suchtbewältigung statt –prophylaxe und schließlich Jugendstrafgerichtsbarkeit für die ständig ausgegrenzten Verlierer. „Unter einer Verdreifachung der Bildungshaushalte lohnt die ganze Debatte nicht“ (Dieter Lenzen), wollen wir die Schule der Zukunft bauen. Von einer arbeits- und sozial-politischen Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung habe ich heute morgen in meiner Tageszeitung (Neue Westfälische vom 21.01.2008) gelernt, dass die unzureichende Integration von Zuwanderern den Staat jährlich 16 Milliarden Euro kostet. Geld ist also genug da in unserer Gesellschaft, wenn wir umverteilend hinsehen, endlich das Menschenrecht auf Bildung aller ernst nehmen und unsere Zukunft nicht weiter leichtfertig aufs Spiel setzen.

Und schließlich die fünf gesellschaftlich-kulturellen Gründe:

Kinder und Jugendliche müssen in einer Schule miteinander leben und lernen,

- weil Kinder und Jugendliche den ganzen Reichtum der Verschiedenheit von Gleichaltrigen, Jüngeren, Älteren und Erwachsenen für ihre eigene gesellschaftliche und kulturelle Orientierung und Entwicklung brauchen.
  Darf ihnen dieser Reichtum vorenthalten werden, indem sie ohne eine Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität aufwachsen, weil sie nur unter „Ihresglei-

chen“ bleiben, die „Anderen“ allenfalls im Fußball-, schon nicht mehr im Tennisverein und manchmal noch im Kommunions- oder Konfirmationsunterricht wahrnehmen?

•weil Wahrnehmung und auch Aushalten von Verschiedenheit die Voraussetzung für Wertschätzung ist, dies nicht über Rangordnungen gelingen kann, sondern nur darüber, dass man miteinander lebt, den ganzen Tag, Erwachsene mit Kindern, Kinder mit Jugendlichen – und dieses Leben als kulturell, aber auch sinnlich bereichernd erlebt werden darf. Für die kulturelle Identität einer Schule, für ihre großen Rituale im Schuljahr und die vielen kleinen, die den Alltag gestalten, für Feste und Feiern, ist Wahrnehmung und Wertschätzung von Verschiedenheit unverzichtbar, wenn die Rituale nicht leer, die Feste nicht öde, die gemeinsam geteilten Lebenserfahrungen nicht unerträglich werden sollen. Nicht zuletzt brauchen wir die Wertschätzung von Verschiedenheit, wenn wir wirklich jene humane Gesellschaft werden wollen, in der Fremde erst zu Gast bei Freunden sind und eines Tages nicht mehr Fremde.

- weil Kinder und Jugendliche in einer Gemeinschaft aufwachsen sollten, in der das Zusammenleben geübt und politische Kultur gelernt werden kann – etwa durch die tägliche Erfahrung, dass Konflikte wichtig sind, gelöst werden können, Ausgleich denkbar und Gewalt unnötig ist – weil Kinder und Jugendliche auch im gemeinsamen Aufspüren von Möglichkeiten der Darstellung und der Gestaltung, ihrer Beteiligung und ihrer Zugehörigkeit, nicht zuletzt im tätigen Einsatz für ein gelingendes Leben in der Gemeinschaft den Zipfel einer besseren Welt wenigstens in der Schule erlebt haben sollten.

  Kinder und Jugendliche wollen gebraucht werden und wichtig sein – und sie wollen das möglichst täglich erleben, nicht erst in einer Zukunft, für die sie sich heute anstrengen sollen, die ihnen aber unerreichbar fern erscheint und mit ihrem Alltagsleben wenig zu tun hat. In festgelegten Gruppen gesellschaftlich Gleicher kann dieses täglich nötige Lernen von Demokratie nicht ausreichend gut gelingen.
- weil das gemeinsame Lernen und Leben aller Kinder und Jugendlichen in einer Schule, beginnend im Alter von 5 Jahren in jahrgangsgemischten Gruppen und bis zum Ende einer gemeinsamen Pflichtschulzeit zehn Jahre später, nicht nur individuell bereichert, sondern auch gesellschaftlichen Wandel von Schule nach sich ziehen wird:
  - ihre Profilierung, die sich durch die Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler ergibt,
  - ihre Freisetzung, weil sie darauf reagieren muss,
  - ihre Bedeutung im Stadtteil, weil sie für mehr als die ganztägige Betreuung zuständig sein wird,

Gespräch in der Runde

– ihre Wandlung zum kulturellen Lern- und Begegnungszentrum für alle.
- weil das Erleben von Verschiedenheit bereichert und die Mühe, es auch auszuhalten, reich belohnt wird: Wer sich einmal darauf eingelassen hat, will dieses ganze, reiche, bunte, pralle Leben nicht mehr missen.

Die Antwort von Bischof Huber auf die gesellschaftlichen, zutiefst undemokratischen Missstände in unserem Bildungssystem ist hoffentlich die von uns allen: Wir dürfen kein Kind mehr verloren geben – wir müssen Kinder in einer Schule der Demokratie gemeinsam aufwachsen lassen um ihnen endlich gerechte, mehr als nur formal gleiche, Chancen zu geben. Ich freue mich, dass es offenbar immer mehr Menschen und ganze Institutionen gibt, die den Mut aufbringen, sich den notwendigen Veränderungen der Zeit zu stellen. Es bleibt viel zu tun – noch sind die Befürworter von Auslese und Sortierung, jene, die weiterhin das Versprechen der Demokratie, Chancengerechtigkeit für alle herzustellen, nicht einzulösen gedenken, sprachgewaltig und medienwirksam. Ihre Zahl aber sinkt ermutigend beständig angesichts des Zustandes unseres Landes. Wer sich auf den Weg macht, weiß allerdings, dass dieser schwierig, steil und steinig wird, weiß, dass er mit Spott, Häme und wenig vornehmen Angriffen zu rechnen hat, weil offenbar alleine das Ansinnen die Grundfesten unserer Gesellschaft zu erschüttern scheint.

Als die Skandinavier sich auf ihre Wege machten, legten sie als unverzichtbar fest – unverzichtbar übrigens im ethischen, pädagogischen, politischen und kulturellen Sinne – dass von nun an kein Kind mehr verloren gehen darf auf dem Weg zu seinem Bestmöglichen. Dafür haben sie keine Kosten und Mühen gescheut, vor allem aber sind sie sehr pragmatisch vorgegangen: Sie haben einfach von heute auf morgen den Lehrkräften jegliche Möglichkeit genommen, ein Kind oder einen Jugendlichen in der Lerngruppe wieder los zu werden! Von Stund' an musste sich alles ändern: der Unterricht natürlich zu aller erst, der nur über die Nutzung von Verschiedenheit und über Individualisierung sinnvoll konzipiert werden konnte – konsequent das Bewertungssystem: ich kann nicht unterschiedliche Voraussetzungen, Lernwege und Zeiteinheiten vergleichend bewerten – fällt aber Notengebung als vordringliche Motivierung weg, gilt es, die Sache selbst neu als aufregend und lernwichtig zu entdecken – und schließlich änderte sich der Umgang von Erwachsenen mit Kindern und Jugendlichen in der Schule geradezu fundamental. Klingt wie ein Märchen? Ja, unbedingt – aber wenn in anderen Ländern Märchen wahr werden konnten, warum eigentlich nicht bei uns?

„Wer sich als Christ taub stellt, wenn die Ungerechtigkeit zum Himmel schreit, beschädigt sich selbst und verleugnet seinen Glauben im Kern." – so Wolfgang Huber (S. 24) – wir können auch sagen: Wer Demokratie als einen Wert ansieht und diesen bewahren will, aber weiterhin wegsieht, wenn die Ungerechtigkeit in diesem Lande die Demokratie beschädigt, der beschädigt sich selbst und gefährdet den Fortbestand der Demokratie, deren Kern es doch ist, für Chancengerechtigkeit zu kämpfen. Kämpfen wir gemeinsam – jetzt – unsere Kinder haben es um unser aller Zukunft willen verdient, dass wir nicht mehr länger warten.

**Stiftung Demokratie Saarland – Vortrag am 21. Januar 2008*

Susanne Thurn

Susanne Thurn, geboren 1947, aufgewachsen in Siegen, München und Bonn; Studium in Pädagogik, Philosophie, Geschichte, Germanistik und Anglistik in Bonn und Köln;
1. und 2. Staatsexamen (1971 und 1977); Promotion Dr. phil (1993);
Forschungsprojekte in Bonn, Bremen und Amsterdam im Bereich Geschichte und Geschichtsdidaktik;
Auslandsaufenthalte in USA (Schule) und Griechenland (Arbeit) (je ein Jahr) und Niederlande (Forschung) (zwei Jahre);
Lehrerin an der Laborschule seit 1978;
10 Jahre Lehrauftrag für Geschichtsdidaktik an der Universität Bielefeld;
10 Jahre Landesschulbuchkommission Politische Bildung NRW;
2 Jahre Lehrerin im Hochschuldienst an der Universität Bielefeld;
seit 1990 Leitende Direktorin der Laborschule in Bielefeld (Versuchsschule des Landes NRW und Wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bielefeld);
langjährige Mitherausgeberin der Zeitschriften „metis“, „Geschichte lernen“, „PÄD Forum“;
zahlreiche Veröffentlichungen im Bereich Pädagogik, Schulpädagogik, Geschichte und Geschichtsdidaktik – u.a.: „… und was hat das mit mir zu tun? Geschichtsdidaktische Positionen“, Pfaffenweiler 1993;
„Unsere Schule ist ein Haus des Lernens. Das Beispiel Laborschule Bielefeld“, hrsg. mit Klaus-Jürgen Tillmann, Reinbek bei Hamburg (rororo) 1997;
„Lernberichte statt Zensuren. Erfahrungen von Schülern, Lehrern, Eltern, Bad Heilbrunn 2002 (zsm. mit Wiltrud Döpp und Annemarie von der Groeben);
„Laborschule – Modell für die Schule der Zukunft“, hrsg. mit Klaus-Jürgen Tillmann, Bad Heilbrunn 2005;
„Die Laborschule im Spiegel ihrer PISA-Ergebnisse“, hrsg. zsm mit Rainer Watermann, Klaus-Jürgen Tillmann und Petra Stanat, Weinheim und München (Juventa) 2005;
„Englisch jahrgangsübergreifend unterrichten. Evaluation eines Schulversuchs in den Jahrgängen 3/4/5 der Laborschule Bielefeld“, Hrsg., Bielefeld 2006;
„Einblicke in eine Reformwerkstatt“, Videofilm (zsm. mit Biermann, v.d.Groeben, Kopp, Kätsch), Universität Bielefeld 1999;
Heftmoderationen u.a. zur Frauengeschichte (Geschichte lernen 10/89 und 39/94), und Schulentwicklung (PÄD Forum 3/1998);
Seit Oktober 2003 Honorarprofessorin der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Die Laborschule in Bielefeld ist Versuchsschule des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Jahre 1974 wurde sie nach den Ideen des Pädagogen Prof. Dr. Hartmut von Hentig zusammen mit dem benachbarten Oberstufen-Kolleg Bielefeld gegründet. Sie hat sie den Auftrag, „neue Formen des Lehrens und Lernens und Zusammenlebens in der Schule zu entwickeln“.

Die Laborschule ist eine Angebotsschule. Sie nimmt Kinder aus ganz Bielefeld mit fünf Jahren nach einem Aufnahmeschlüssel auf. Dieser gewährleistet eine Schülerpopulation, die der gesellschaftlichen Schichtung entspricht. Weitere Aufnahmekriterien sind: Ausgewogenheit der Geschlechter, Entfernung zwischen Wohnung und Schule, soziale Härtefälle.

Diakonie in der Perspektive „öffentlicher Theologie“*

Von Heinrich Bedford-Strohm

1. Zur Situation – wo liegen die Herausforderungen?

Die Zeiten, in denen Sie sich hier in Münster zur Diakonischen Konferenz treffen, sind Zeiten des Umbruchs. Die Erkenntnis, dass eine sich verändernde Gesellschaft auch neuer Ideen und Strukturen in der Kirche bedarf, beschäftigt die Diakonie nun schon seit einigen Jahren, das Nachdenken darüber hat in der Diakonie begonnen lange bevor der EKD-Reformprozess auf den Weg gebracht wurde. Die Notwendigkeit, sich im wirtschaftlichen Wettbewerb am Markt zu behaupten, führt zu Dilemmasituationen, die zuweilen bis an die Schmerzgrenze gehen. Umso dringlicher stellt sich die Frage. Welchen Weg soll die Diakonie gehen – und auf welcher Grundlage?

In dem EKD-Impulspapier „Kirche der Freiheit“ wird der Diakonie – und man muss sagen „natürlich“! – ein eigener Abschnitt gewidmet. In der Beschreibung des 8. von 12 Leuchtfeuern, die die Evangelische Kirche im 21. Jahrhundert prägen sollen, heißt es:

„Im Jahre 2030 ist die Diakonie ein zentrales Handlungsfeld der sich auf ihre Stärken konzentrierenden evangelischen Kirche. Jede diakonische Aktivität hat ein deutlich wahrnehmbares evangelisches Profil und steht in einer guten Relation zu einem Handlungsfeld der evangelischen Kirche. Die Verbindung zwischen verfasster Kirche und Diakonie ist besser verwirklicht …“ (S.81).

Hier steht nicht „ist verwirklicht“, sondern: „ist besser verwirklicht.“ Offensichtlich war den Autoren des Papiers sehr bewusst, wie schwierig die Umsetzung einer Einsicht ist, an der niemand vorbeikommt, der sich ernsthaft mit den biblischen und theologischen Quellen der Diakonie auseinandersetzt. Kirche und Diakonie gehören zusammen, weil sie sich der gleichen Quelle verdanken. „… ein Herr, ein Glaube, eine Taufe“ (Eph 4,4.5) – dieses Wort aus dem Epheserbrief wird in der Regel als Ruf zur ökumenischen Einheit der Kirche interpretiert. Um wie viel mehr gilt es für diejenigen, die durch keine Bekenntnisaussagen voneinander getrennt sind, sondern nur durch den Ort, an dem sie ihren Glauben zu leben versuchen!

Wenn wir über die Zukunft der Diakonie nachdenken und nach Wegen suchen, wie wir sie stärken können, dann müssen wir zunächst einmal wissen, wo wir überhaupt hinwollen. Das ist auch dann keineswegs klar, wenn wir uns einig darüber sind, dass eine kraftvolle Diakonie zu den wesentlichen Dimensionen christlicher Existenz in der Gegenwart gehört.

Um Orientierung für die Frage zu gewinnen, wohin der Weg der Diakonie eigentlich gehen soll, will ich zunächst drei mögliche Modelle beschreiben und erläutern, warum ich das dritte, das Modell der „öffentlichen Diakonie“, für das angemessenste halte. Dann möchte ich dieses dritte Modell genauer im Hinblick auf seine Konsequenzen für das Verhältnis von Diakonie und Kirche sowie für das Verhältnis der Diakonie zu Staat und Zivilgesellschaft untersuchen.

2. Drei theologische Grundansätze

2.1. Diakonie als „Kontrastgesellschaft“

Dieses Modell sieht das helfende Handeln der Diakonie eingezeichnet in eine Ekklesiologie, die ganz an der Sichtbarkeit der wahren Kirche orientiert ist. Kirche wird in dieser Sicht als Kontrastgesellschaft verstanden, die durch ihre eigene exemplarische Existenz „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ ist und so die Welt verändert. Die Diakonie ist also Ausdrucksform eines entschiedenen und eindeutigen Christentums. Die diakonischen Großinstitutionen geraten von einem solchen Modell her tendenziell unter Verdacht, diese Entschiedenheit des Christentums zu verwischen und sich durch alle möglichen politischen und institutionellen Zwänge in nicht hinnehmbarem Maße an die Gesellschaft anzupassen. Dieses Modell wird aus ganz unterschiedlichen Richtungen vertreten. Es steht sowohl hinter den gegenüber der Amtskirche kritischen Impulsen evangelikaler Frömmigkeit als auch hinter den Stimmen, die die Bindung der Kirche an den Staat in Deutschland kritisieren und von der Kirche gegenüber dem kapitalistischen System und seiner Logik eine klare Abgrenzung verlangen.

Die Stärke dieses Modells ist auch tatsächlich, dass es die Radikalität eines aus biblischen Impulsen sich speisenden christlichen Zeugnisses wirklich ernst nimmt und sich vor einfacher Anpassung hütet. Darin steckt aber auch seine Schwäche. Wo die Angst vor der Anpassung zum leitenden Prinzip wird, entsteht zumindest die Gefahr, dass nicht mehr die Menschen im Zentrum stehen, denen geholfen werden soll, sondern eine zur Selbstzentriertheit neigende Orientierung an der eigenen Glaubensentschiedenheit.

Das genau will das zweite Modell vermeiden.

2.2 Diakonie als Gesellschaftsdienst

Das Modell der „Diakonie als Gesellschaftsdienst“ gibt dem helferischen Handeln der Kirche den radikalen Vorrang gegenüber den eigenen kirchlichen Interessen und der sichtbaren Kirchlichkeit der Diakonie. Christlicher Glaube heißt vor allem Dienst der Nächstenliebe an der Gesellschaft als ganzer. Dass sie religiös motiviert ist, mag für ihre Stärke und Beharrlichkeit eine Rolle spielen. Sichtbar werden muss, ja soll das aber nicht. In einer säkularen Gesellschaft, die christlich-religiöse Sprache immer weniger versteht, kann sich nach diesem Modell Kirche angemessen vor allem als „praktisches Christentum“, also als gelebter Dienst am Nächsten präsentieren.

Die theologische Grundlage für dieses Modell kann von ganz unterschiedlichen Seiten kommen. Die liberale Theologie des 19. Jahrhunderts, die – besonders radikal bei Richard Rothe – das Christentum in einer zunehmend säkularisierten Kultur aufgehen sah, kann genauso dafür in Anspruch genommen werden wie etwa ein ganz bestimmtes Verständnis des berühmten Bonhoefferschen Wortes von der „Kirche für andere“ und seiner Vision des „religionslosen Christentums“. Unabhängig davon, ob diese Inanspruchnahme zu Recht geschieht, ist es unbestreitbar, dass das Modell der Diakonie als Dienst der Nächstenliebe in der säkularen Gesellschaft einen wesentlichen Impuls des christlichen Glaubens aufnimmt, der in dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter, fast so etwas wie das „Hausgleichnis der Diakonie“, seinen Ausdruck findet: in dem Geschehen zwischen Helfer und Hilfsempfänger

steht gerade nicht die Religion oder Konfession im Zentrum, sondern allein die Beseitigung der Not.

Dennoch ist das Modell nicht überzeugend. Zum einen deuten neuere Gesellschaftsdiagnosen darauf hin, dass die Annahme, Menschen ließen sich immer weniger auf die religiöse Dimension des Menschseins ansprechen, falsch ist. Vor allem aber übergeht die einseitige Orientierung am Samaritergleichnis wesentliche Traditionen der Bibel völlig, in denen die "Öffentlichkeit" des Evangeliums, das Zeugnis von der rettenden Botschaft von Gottes Gnade, im Zentrum steht. Dass Jesus der Erzähler des Samariter-Gleichnisses ist, ist von daher gerade keine Nebensache, sondern zum Verständnis unabdingbar.

Deswegen plädiere ich für ein drittes Modell, das die Stärken der beiden anderen Modelle aufzunehmen versucht, ohne ihre Schwächen zu übernehmen. Ich nenne es „öffentliche Diakonie“.

2.3 „Öffentliche Diakonie“ in der pluralistischen Gesellschaft

„Öffentliche Diakonie“ nimmt ernst, dass die Gesellschaft pluralistisch geworden ist. Weder sind religiöse Orientierungen selbstverständlich, noch basieren sie, wo sie da sind, notwendigerweise auf der christlichen Tradition. In der Perspektive öffentlicher Diakonie ist daraus aber nicht die Konsequenz zu ziehen, dass das christliche Zeugnis zugunsten praktischer Nächstenliebe verschwiegen werden darf. Im Gegenteil: Diakonie entfaltet ihre öffentliche Kraft gerade in der Einheit von religiöser Authentizität und praktischer Nächstenliebe. In einer Gesellschaft, in der Christlichkeit nicht mehr als fragloser Autoritätsausweis gelten kann, wird die Ganzheitlichkeit eines in Frömmigkeit oder – moderner gesprochen – „Spiritualität“ gegründeten Dienstes am Nächsten ein umso zentralerer Faktor für die Ausstrahlungskraft von Kirche und Diakonie. Dass es auch gut für die Behauptung am Markt ist, kommt noch dazu, ist aber nicht primär.

Deswegen braucht Diakonie in ihrer öffentlichen Darstellung eine Zweisprachig-

keit. Sie muss zum einen auf der Basis biblischer und theologischer Traditionen zeigen, woher sie kommt und zum anderen deutlich machen, warum die daraus sich ergebenden Orientierungen für alle Menschen guten Willens so plausibel sind, dass es sich lohnt, sich in ihren Dienst zu stellen. Das bedeutet, dass öffentliche Diakonie keine Angst vor der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen, aber auch nicht mit zivilgesellschaftlichen Kräften anderer weltanschaulicher Hintergründe haben muss. Menschenwürde z.B. kann als Leitbegriff der Diakonie verstanden werden, der seine inhaltliche Füllung aus biblischen Traditionen gewinnt, aber auch für Men-

schen mit anderen weltanschaulichen Hintergründen plausibel ist.[1] Von einem so sichtbar werden übergreifenden Konsens aus kann eine Vernetzung mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden, die das ureigene diakonische Anliegen stärkt.

Das Modell der „öffentlichen Diakonie" verbindet also das klare Zeugnis auf der Basis der eigenen Tradition mit der Ausrichtung auf die pluralistische Gesellschaft als ganze und nimmt damit eine Diakonie in den Blick, die gerade darin zum Salz der Erde werden kann, dass sie die primäre Ausrichtung an der eigenen Identitätssuche hinter sich lässt.

3. Perspektiven „öffentlicher Diakonie"

3.1. Theologische Perspektiven

Zur Diakonie in der Perspektive öffentlicher Theologie gehört ein klares Profil. Nur so kann die Kirche der Welt wirklich etwas Neues sagen. Die Antwort auf die Frage, woher dieses Profil eigentlich kommen soll, liegt nahe und das in ganz direktem Sinne. Sie haben diese Antwort in Ihren Einrichtungen jeden Tag sichtbar vor Augen und das ist gut so. Der sichtbare Ausdruck unserer Identität als Kirche und Diakonie ist das Kreuz. Kirche und Diakonie verlieren ihre Basis, mehr noch, würden sich selbst aufgeben, wenn sie sich nicht immer wieder gemeinsam neu unter das Kreuz stellen würden. Das Kreuz begegnet uns ja genau deswegen überall in den Kirchen, in den Heimen der Diakonie, an den Wänden zu Hause oder an den Halsketten am Körper, weil es uns von etwas erzählt, das den Kern unserer Identität als Christinnen und Christen ausmacht: Ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid – sagt Paulus – habt Christus angezogen (Gal 3,27). Die revolutionäre Bedeutung der Taufe und des Kreuzes, das durch sie in unsere Biographie eingezeichnet wird, beschreibt Paulus im Römerbrief: Wir sind „mit Christus begraben durch die Taufe in den Tod, damit, wie Christus auferweckt ist von den Toten durch die Herrlichkeit des Vaters, auch wir in einem neuen Leben wandeln" (Röm 6,4).

Dieser Satz des Paulus macht in aller Klarheit deutlich, dass es sich beim Kreuz nicht, wie manche von wenig theologischen Kenntnissen belastete Christentumskritiker immer wieder behaupten, um ein nekrophiles, ein todesverliebtes Symbol handelt. Ganz im Gegenteil: es geht, wie Paulus sagt, um „ein neues Leben". Das Kreuz hat genau deswegen eine solche Kraft, weil die daraus erwachsende Perspektive die Augen vor dem Leiden nicht verschließt, sondern das Leiden wahrnimmt, denen, die leiden, mit Empathie begegnet, gegen die Zustände, die unnötiges Leiden verursachen, protestiert und sie zu überwinden versucht. Es hat deswegen eine solche Kraft, weil es all dies als zentrale Dimension eines gelingenden Lebens und als Dimension eines Glücks versteht, das diesen Namen wirklich verdient. „Selig sind die hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit, denn sie sollen satt werden. Selig sind die Barmherzigen, denn sie werden Barmherzigkeit erlangen" (Mt 5,6f)!

Weil der Blick auf das Kreuz in die Vision gelingenden Lebens eingezeichnet ist, die die Diakonie ausmacht, deswegen gehört zum Profil der Diakonie eine klare Orientierung an der biblischen Option für die Armen. Die Anstößigkeit und Widerständigkeit dieser Orientierung kann uns niemand ersparen. Diakonische Einrichtungen haben natürlich eine unternehmerische Dimension, die sie auch ernst nehmen müssen. Die Diakonie kann sich aber niemals einfach als Unternehmen definieren, so als ob das ihr Hauptidentitätsmerkmal wäre. Würde sie das tun, mag sie sich am

Markt erfolgreich aufstellen und beeindrukkende Bilanzen vorlegen. Aber sie wäre nicht mehr Ausdrucksform der Kirche Jesu Christi. Management-Akademien sind notwendig, Corporate Design auf den Briefköpfen vermutlich auch. Und auch professionelle Werbung, wenn sie sich nicht an diakoniefremden Jargon anbiedert, kann gute Dienste tun. Aber es sind eben Dienste, die nicht zum Selbstzweck werden dürfen. Wenn Sie als Leitende in der Diakonie sich zunehmend in unternehmerischen Umfeldern bewegen, wo alles vom Feinsten ist, wo die Hotelpreise in den höheren Sphären liegen, wo bestimmte Ausstattungen zum Standard gehören, und wenn Sie dann vielleicht irgendwann erschrecken und sagen: Wo bin ich eigentlich? Dann ist das ein heiliger Schrecken! Egal in welchen Kontexten wir uns bewegen, wir sollen uns immer daran erinnern lassen, dass wir in dem, was wir da tun, im Dienst der Kirche Jesu Christi stehen, also unsere Kraft für die tägliche Arbeit von einem Gott bekommen, der in seiner menschlichen Inkarnation am Kreuz gestorben ist, der ganz unten war.

Als Kirche und Diakonie verweigern wir uns dem Kult der Starken und Erfolgreichen, wir machen die Perspektive der Schwachen und Ausgegrenzten zu unserer eigenen Perspektive. Wir verfallen in dem festen Vertrauen auf die Auferstehung des Gekreuzigten aber nicht in Schwarzmalerei oder gar Depression, sondern bringen uns mit Zuversicht und Gestaltungswillen mit Wort und Tat in die Gesellschaft ein. Von der klaren Leitperspektive der Option für die Armen her wissen wir uns dann auch durchaus in der Welt der Starken und Reichen zu bewegen. Das ist die Identität der Diakonie!

Was bedeutet diese theologische Standortbestimmung nun für das Verhältnis der Diakonie zur Kirche?

3.2. Diakonie und Kirche

Johann Hinrich Wichern hat schon Mitte des 19. Jahrhunderts programmatisch – und deswegen oft zitiert – auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen beiden hingewiesen: „Die innere Mission ist nicht eine Lebensäußerung außer und neben der Kirche, will auch weder jetzt noch einst die Kirche selbst sein, wie man von ihr gefürchtet hat, sondern sie will eine Seite des Lebens der Kirche selbst offenbaren, und zwar das Leben des Geistes der gläubigen Liebe …“

Wicherns Ortsbestimmung diakonischer Arbeit hat nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Kirche hat nicht eine Diakonie, die Kirche ist Diakonie! Und die Diakonie hat nicht eine Kirche, mit der sie sich vielleicht auch allzu oft herumplagen muss, sondern sie ist Kirche!

Der Orthodoxe Theologe und Sozialethiker Alexandros Papaderos hat deswegen jüngst auf die pneumatologische Dimension der Diakonie hingewiesen: Der pneumatische Charakter der Diakonie darf „keiner Rationalität, Struktur oder Zweckmässigkeitserwägung zum Opfer fallen. Wenn eine bestens organisierte und wohlhabende diakonisch-kirchliche Institution nicht mit diesem geistlichen Grunde verwurzelt bleibt, ist höchste Gefahr im Verzug. Denn nur aus der Kraft des heiligen Geistes wird diakonisches Tun und soziales Handeln im Rahmen der Kirche bestehen können“[2]

Ein solcher Hinweis auf den Geist, der eben dann auch tatsächlich weht, wo er will, wäre aber missverstanden, wenn er zur Rechtfertigung von ineffektiven, Inkompetenz hinnehmenden oder lieblosen

Strukturen benutzt würde. Das gilt für die Diakonie genauso wie für die Kirche. In Abwandlung einer gelungenen Formulierung über die Kirche aus dem Impulspapier „Kirche der Freiheit“ (S.34) kann man deswegen sagen: „Die Gegenwart des Evangeliums „ist nicht gebunden an ausstrahlungsstarke und effektive Diakonie-Institutionen oder diakonisch engagierte Christinnen und Christen. Dies aber ist ein Satz über die Freiheit Gottes, nicht über die Entlastung von der Aufgabe, Diakonie nach bestem Wissen und Gewissen einladend zu gestalten.“

Die These, dass die Diakonie Teil der Kirche ist, darf nicht eine wohlfeile und in fast jedem Grundsatzreferat wiederholte Behauptung sein. Sie hat Relevanz für viele Dinge, die den Alltag der Einrichtungen bestimmen. „Qualität“ in der Diakonie bemisst sich auch daran, ob die Ganzheitlichkeit in der Begegnung mit den Menschen, die sich aus dem christlichen Glauben ergibt, wirklich sichtbar wird.

Ich nenne nur einige wenige Beispiele:

Diakonische Einrichtungen müssen sich dadurch auszeichnen, dass sie jedenfalls die Möglichkeit seelsorgerlicher Begleitung mit einschließen, unabhängig davon, ob diese Möglichkeit wahrgenommen wird.

Eng damit verbunden ist die Wahrnehmung des Potentials der Vernetzung zwischen den lokalen diakonischen Einrichtungen und den Gemeinden. Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer müssen sich – etwa in der terminlichen Planung und Prioritätensetzung bei Geburtstagsbesuchen – im Klaren sein, dass sie nicht nur ein Angebot für die Diakonie machen, sondern dass sie selbst Teil der Diakonie sind und etwa auch für deren Standing auf dem Sozialmarkt mit verantwortlich sind.

Die institutionelle Diakonie bedarf der bewussten Begleitung durch die Gemeindeglieder, durch ihr Gebet ebenso wie durch ihr ehrenamtliches Engagement.

Gemeindepfarrerinnen und Gemeindepfarrer bzw. gemeindliche Besuchsdienste können dazu helfen, dass noch besser als bisher die bei Hausbesuchen sichtbar werdenden Notlagen erkannt werden und durch Herstellung der Kontakte die professionelle Kompetenz der diakonischen Einrichtungen zur Hilfe genutzt wird.

Kirchengemeinden dürfen aber diakonische Arbeit nicht einfach an die Institutionen der Diakonie delegieren. Die Wahrnehmung diakonischer Aufgaben gehört zu den Kerndimensionen einer christlichen Existenz in den Gemeinden. Mitte September fand in Wittenberg auf Initiative der EKD als Konsequenz der Armutsdenkschrift eine Tagung statt, in der Kirchengemeinden gelingende Projekte in der Arbeit mit von Armut betroffenen Menschen vorstellten. Die Auswertung dieser Arbeit hat ein interessantes Ergebnis im Hinblick auf das Verhältnis von Kirche und Diakonie erbracht. In diesen Projekten kommt nämlich etwas zum Ausdruck, was Heinrich Grosse in seiner Studie über diese Gemeinden so bilanziert hat: „Alle untersuchten Kirchengemeinden legen Wert auf die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der institutionalisierten Diakonie, des Diakonischen Werkes. In diesen Gemeinden ist die verbreitete Konkurrenz und Abgrenzung zwischen verfasster Kirche und institutionalisierter Diakonie zugunsten gemeinsamer Anstrengungen gegen die Armut überwunden.“[3]

Diese wenigen Beispiele zeigen: Es gibt viele Möglichkeiten, die enge Verzahnung von Kirche und Diakonie im Alltag der Einrichtungen zu leben, anstatt sie nur zu beschwören. Sowohl in den Kirchenge-

meinden als auch in den diakonischen Einrichtungen muss das noch deutlicher werden.

Wenn nun klar ist, dass die Basis für eine „öffentliche Diakonie“ in einer engen Zusammenarbeit zwischen Diakonie und Kirche liegt, was bedeutet ein Modell der Diakonie in der Perspektive öffentlicher Theologie für das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft?

3.3 Diakonie, Staat und Zivilgesellschaft

Das Modell der Diakonie als Kontrastgesellschaft hält bewusste Distanz sowohl zum Staat als auch zur Zivilgesellschaft, um sein eigenes kirchliches Profil so klar wie möglich zu halten. Das Modell der Diakonie als Gesellschaftsdienst ist demgegenüber mit dem Staat so eng verknüpft, dass Diakonie vor allem als Dienstleister für den Staat erscheint. Das Modell der „öffentlichen Diakonie“ arbeitet zwar partnerschaftlich mit dem Staat zusammen, wahrt aber gleichzeitig kritische Distanz. Anwaltschaft, die sich der biblischen Option für die Armen verdankt, bedarf des öffentlichen kritischen Einspruchs, wo der Staat seinen Aufgaben nicht nachkommt.

Die Diakonie hat einen klaren Ort in dem Spannungsfeld zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Das wird schon deutlich, wenn wir näher bestimmen, was Zivilgesellschaft überhaupt bedeutet. Was mit diesem im Deutschen auch als „Bürgergesellschaft“ übersetzten Begriff genau bezeichnet wird, ist nämlich alles andere als eindeutig.[4]

Insbesondere als Folge seiner Funktion als Programmbegriff der osteuropäischen Freiheitsbewegung, die gegen den „Sozialismus“ eines autoritären Staates aufbegehrte, wurde er in den westlichen Gesellschaften von manchen als willkommene Formel für die Kritik am Sozialstaat aufgegriffen. Sozialstaatliche Rahmensetzung – so die damit verbundene These – behindert die Kräfte des freien Marktes und hemmt die Initiative des Einzelnen. Diese Lesart, die ich die wirtschaftsliberale Lesart nenne, besetzt den visionären Reformbegriff der Zivilgesellschaft, um den aus liberaler Sicht notwendigen Sozialabbau programmatisch zu untermauern. Richtig erfasst ist auch in dieser Interpretation, dass Zivilgesellschaft wesentlich aus dem Engagement der Bürger lebt. Falsch wird sie, wenn solches Engagement vor allem dazu dienen soll, den Geldbeutel wohlhabender Steuerzahler zu entlasten und damit die Sozialverpflichtung des Eigentums zu reduzieren.

Deswegen ist eine andere Interpretation von Zivilgesellschaft angemessener, die ich die kommunitär-liberale Interpretation nenne.

Diese kommunitär-liberale Variante der Interpretation von Zivilgesellschaft lebt in ihrem Kern von einem Freiheitsverständnis, das Individuum und Gemeinschaft nicht gegeneinander ausspielt, sondern als wechselseitig aufeinander angewiesene unverzichtbare Dimensionen eines gelingenden Lebens sieht. Zivilgesellschaft ist von daher nach zwei Seiten hin abzugrenzen: auf der einen Seite gegen eine einseitige Ausrichtung auf die Gemeinschaft, insbesondere in ihrer institutionellen Form als Staat, dem sich das Individuum unterzuordnen hat und der es offen oder versteckt entmündigt. Auf der anderen Seite richtet sie sich aber auch gegen eine einseitige Ausrichtung auf das Individuum, nach der soziale Solidaritätspflichten nicht als natürlicher Ausdruck, sondern als unzumutbare Beschränkung persönlicher Freiheit zu sehen sind. In der kommunitär-liberalen Variante der Zivilgesellschaft ist das freiwillige Engagement der Bürger nicht Lückenbüßer für die Haushaltsprobleme des

Staates, sondern kritische Kraft und Nährboden für eine politische und soziale Infrastruktur, die als notwendige Voraussetzung für staatliches Handeln gelten kann. Fehlentwicklungen im staatlichen Handeln, sei es auf ökologischer, friedenspolitischer oder sozialer Ebene, werden aufgedeckt und Prozesse des Umdenkens jedenfalls ansatzweise eingeleitet.

Als Kompensationsgröße für Sozialabbau – wie die wirtschaftsliberale Lesart der Zivilgesellschaft das nahe legen würde – kann die Diakonie sich jedenfalls nicht verstehen! Nur das kommunitär-liberale Verständnis von Zivilgesellschaft vermag die Rolle der Diakonie angemessen zu beschreiben. Aufgrund ihres Öffentlichkeitsauftrages kann sie sich selbst als markanten Akteur der Zivilgesellschaft verstehen, der genau an der Aufgabe mitwirkt, den Staat immer wieder von neuem an seine Verantwortung für soziale Gerechtigkeit zu erinnern und dabei Anwältin für die zu sein, die keine Stimme haben.

Die Armutsdenkschrift der EKD ist genauso zu verstehen. Die enge Verzahnung von Kirche und Diakonie zeigt sich darin, dass bei ihrer Erarbeitung – entgegen manchen Meinungen – der Sachverstand der Diakonie eine zentrale Rolle gespielt hat und dass ihre grundlegende Stoßrichtung mit dem auch inhaltlich übereinstimmt, was die öffentlichen Äußerungen der Diakonie kennzeichnet.

Es gibt wenige gesellschaftliche Großorganisationen, die gesellschaftlichen Einfluss haben und gleichzeitig so nah am Menschen sind wie die Kirchen mit ihren diakonischen Einrichtungen. Wenn die Kirchen auf fragwürdige Konsequenzen von Bestimmungen im Sozialbereich hinweisen, dann hat das Gewicht. Denn in den Beratungsstellen und sonstigen Hilfseinrichtungen der Diakonie werden die Mitarbeiter/innen mit den ganz konkreten Einzelfällen konfrontiert, die bei der Erarbeitung der Gesetze so leicht aus dem Blick geraten. Ob Pflegeversicherung, Arbeitslosigkeit oder Hartz-IV-Gesetze – es gehört zu den wesentlichen Aufgaben der Diakonie, in all diesen Fragen ihre Menschennähe, ihre Kompetenz und ihr moralisches Gewicht in die zivilgesellschaftliche Debatte einzubringen und für die Korrektur von sozialen Ungerechtigkeiten oder kontraproduktiven Gesetzesbestimmungen einzutreten. Die politische Ebene tut gut daran, in Zukunft noch deutlicher auf die Stimme der Kirchen und ihrer diakonischen Institutionen zu hören.

Ganz offensichtlich gilt für die Vernetzung der Diakonie mit der Zivilgesellschaft das Gleiche, was sich schon beim Verhältnis zwischen Diakonie beobachten ließ: Da, wo wirklich engagierte Arbeit für die von Not Betroffenen gemacht wird, da entsteht die Vernetzung mit all den anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die am gleichen Strang ziehen, von ganz allein, jedenfalls wenn keine theologischen oder milieubedingten Berührungsängste bestehen. Die schon erwähnte Grosse-Studie zu den in der Armutsarbeit aktiven Kirchengemeinden hat gezeigt, dass gerade bei der Arbeit mit Armen die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielt: „Die untersuchten Kirchengemeinden haben deutlich mehr Beziehungen zu (kirchlichen oder nicht-kirchlichen) Kooperationspartnern als eine ‚typische' Kirchengemeinde in Deutschland. Das dürfte mit ihrer starken Gemeinwesenorientierung zusammenhängen, die eine Beschränkung und Fixierung auf binnenkirchliche Belange ausschließt."[5]

Aus dem Modell einer „öffentlichen Diakonie" ergibt sich die Vision von einer Diakonie, die auf der Basis eines klaren kirchlichen Profils und einer beherzten Vernet-

zung mit der Zivilgesellschaft „der Stadt Bestes sucht“. Das im Juli diesen Jahres veröffentlichte Papier „Handlungsoption Gemeinwesendiakonie“ ist eine hervorragende Basis, um dieser Vision eine erkennbare Gestalt zu geben. Es trifft genau die Intentionen der EKD-Armutsdenkschrift, indem es einen Prozess in den Blick nimmt, der von der „Kirche für andere“ zu der „Kirche mit anderen“ führt[6] und indem es ein ganzheitliches diakonisches Profil entwickelt, das Modernität und christliche Identität verbindet, Kirchengemeinde und Sozialraum vernetzt und die Kooperationen mit nicht-kirchlichen Institutionen bzw. Gruppen ausbaut. Es realisiert damit ein Konzept, das Theodor Strohm einmal „Wichern III“ genannt hat, nämlich die Modernisierung des von Wichern entwickelten Gedankens, christliche Assoziationen der Hilfsbedürftigen selbst zu veranlassen und ihnen damit Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.[7]

Es gibt gute Gründe für die Vermutung, dass bei einer solchen bewussten und theologisch gewollten Öffnung der Diakonie in Richtung Zivilgesellschaft nicht – wie von den Vertretern des Modells der Kontrastgesellschaft befürchtet – das christliche Profil verschwimmt, sondern im Gegenteil gerade in seiner Authentizität erkennbar wird. Bei der Wittenberger Armutstagung gehörte der Wunsch nach seelsorgerlicher Begleitung zu den Punkten, die in den Berichten über die Bedürfnisse der von Armut Betroffenen am häufigsten genannt wurden. Auch in unserer säkularer gewordenen Gesellschaft wissen die Menschen, woher die Kirche kommt. Wo Kirche und Diakonie als glaubwürdige Akteure in der Zivilgesellschaft sichtbar werden, beginnen sie auch wieder, sich für die Kirche zu interessieren.

Ich schließe mit einer Überlegung zu Diakonie und Eschatologie.

4. „Was ihr getan habt diesem geringsten meiner Brüder …“ – Diakonie und Eschatologie

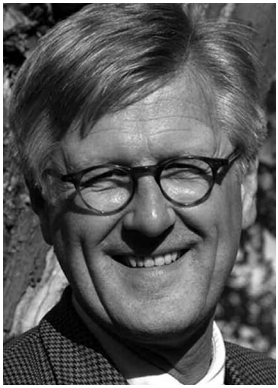
Wie gut oder schlecht auch immer die Bilanzen sein mögen, die Sie in ihren Einrichtungen erwirtschaften, am Ende zählt nur eine Bilanz. Wenn der große „Ökonom“, wie Douglas Meeks in seinem Buch „God the Economist“ Gott bezeichnet hat, unsere Aktiva und Passiva am Ende unseres Lebens zusammenrechnet, dann mag das Ergebnis nicht besonders gut aussehen. Alle Bilanzmanipulationen, zu denen wir in unserem irdischen Leben doch immer wieder mit erstaunlichen Energien fähig sind – die Alten haben das einmal „Sünde“ genannt – all diese Manipulationen werden an ihr Ende kommen und die Wahrheit wird offenbar werden. Und gerade wer die Not jeden Tag sieht, wird sich fragen, ob er wirklich alles für die „geringsten seiner Brüder“ getan hat. Für jeden, der sein Leben so nüchtern ansieht, muss es immer wieder von neuem als ein Wunder erscheinen, wenn er darauf vertrauen darf, dass am Ende trotzdem nicht der Bankrott steht, weil Gott, der Ökonom, so ganz anders rechnet als wir menschlichen Ökonomen. Dieser Ökonom übernimmt einfach selbst unsere Passiva und gibt sie uns als Aktiva zurück. Das, was Luther als den „fröhlichen Wechsel“ bezeichnet hat, ist letztlich die Grundlage für alles, was die Diakonie tut. Ihre Schuldnerberatungsstellen, alle Hilfen für Menschen in Not, sind eben nicht nur ein strategisches Handlungsfeld als Konsequenz diakonischer Bedarfsanalysen, sondern sie sind authentischer Ausdruck der dankbaren Gewissheit, dass uns selbst die Schulden erlassen sind und wir frei werden.

Solchermaßen freie Christenmenschen, die sich aus der Dankbarkeit für das erfah-

rene Gute zusammentun, die aus dieser Dankbarkeit heraus dem Nächsten dienen wollen, die Einrichtungen ins Leben rufen, um das möglichst wirksam zu tun und die durch öffentliche Anwaltschaft und durch unternehmerisches Geschick die Situation der Schwachen verbessern helfen, die Gemeinschaft all dieser Christenmenschen, das ist die Diakonie.

** Vortrag bei der Diakonischen Konferenz am 18.10. 2007 in Münster zu „Vernetzung Kirche – Diakonie – Welt"*

1 Vgl dazu ausführlicher H. Bedford-Strohm, Menschenwürde als Leitbegriff für die Diakonie, in: M. Welker (Hg.): Brennpunkt Diakonie. Rudolf Weth zum 60. Geburtstag, Neukirchen-Vluyn 1997, 49–64
2 Alexandros K. Papaderos, Aspekte orthodoxer Sozialethik, in: I. Gabriel/U. Körtner/ A. Papaderos, Perspektiven ökumenischer Sozialethik. Der Auftrag der Kirchen im größeren Europa, Mainz 2005, 23-12669
3 Heinrich Grosse, „Wenn wir die Armen unser Herz finden lassen …" – Kirchengemeinden aktiv gegen Armut und Ausgrenzung, epd-Dokumentation 34/2007, 19
4 Zum Folgenden genauer: H. Bedford-Strohm, Gemeinschaft aus kommunikativer Freiheit. Sozialer Zusammenhalt in der modernen Gesellschaft. Ein theologischer Beitrag, Gütersloh 1999, 421–434
5 Grosse, 19
6 Diakonisches Werk der EKD (Hg.), Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie, Stuttgart 2007, 26
7 Theodor Strohm, „Wichern drei". Die neue Kultur des Sozialen, in: ZEE 42 (1998), 171–175



Heinrich Bedford-Strohm

Heinrich Bedford-Strohm, geboren 1960 in Memmingen, verheiratet mit der Psychotherapeutin Deborah Bedford-Strohm, drei Kinder, Studium der evangelischen Theologie in Erlangen, Heidelberg und Berkeley/USA
1989–1992 Assistent, Systematische Theologie, Heidelberg
1992 Promotion
1992–94 Vikariat in Heddesheim
1995 Gastprofessur in New York
1998 Habilitation in Heidelberg
1999–2001 Professur, Giessen
November 2001 Verleihung des Wolfgang-Mittermeier-Preises der Universität Gießen für „hervorragende Leistungen in der akademischen Lehre"
1997–99 und 2001–04 Pfarrer an der Stadtkirche St. Moriz in Coburg
seit April 2004 Professor für Systematische Theologie und Theologische Gegenwartsfragen an der Universität Bamberg
seit April 2006 Dekan der Fakultät Humanwissenschaften der Universität Bamberg
Mitarbeit beim ÖRK
Vorlesungen in Südafrika, USA
seit April 2000 Mitglied der Sozialkammer der EKD
seit 1983 Mitglied, seit 2005 Vorsitzender der Gesellschaft für Evangelische Theologie
Mitglied in kirchlichen Kommissionen
Autor zahlreicher Werke

Zum 70. Todestag Hans Franckes am 31. August 2008

„Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit“[1]

Von Ulrich Peter

Der Name Hans Francke ist heute selbst vielen religiösen Sozialistinnen und Sozialisten unbekannt, völlig zu Unrecht, denn er war im deutschen religiösen Sozialismus und Pazifismus der Weimarer Zeit eine der herausragendsten und interessantesten Persönlichkeiten. Ich habe mich näher mit Francke und seinem Wirken im Kontext einer Kirchengeschichts-Arbeitsgruppe in der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Gemeinde beschäftigt und diese Ergebnisse danach im Zusammenhang mit meiner 1995 publizierten Dissertation vertieft und erweitert. Die damalige Regionalgruppe Berlin des BRSD hatte in den 80er Jahren einen Verein mit dem Namen „Hans-Francke-Initiative“ gegründet, um Francke dem Vergessen zu entreißen. Leider gelang dies nur zum Teil, die gesellschaftlichen und kirchlichen Rahmenbedingungen waren nicht günstig. Umso wichtiger ist heute erneut an Francke zu erinnern.

Hans Karl August F. wurde am 19. Januar 1864 in Breslau als Sohn des Zivilingenieurs Friedrich F. und dessen Ehefrau Cäcilie geboren. Er legte das Abitur in Breslau ab und studierte anschließend an den Universitäten Breslau und Berlin evangelische Theologie. Sein Examen bestand er am 29.10. 1890. Danach tat er Dienst als Pfarrvikar und wurde 1892 Diakonus in Bernstadt und 1897 in Görlitz. 1904 übernahm er die zweite Pfarrstelle an der Berliner Zions-Gemeinde und wurde 1909 dritter Pfarrer an der Kreuzberger Heilig-Kreuz-Kirche. Dieses Pfarramt hatte F., der am 18.5. 1892 in Stettin Ella Pauline Charlotte Francke, Tochter des dort lebenden Zimmerermeisters August F. geheiratet hatte, bis zu seiner Emeritierung am 1. April 1929 inne. Danach verzog er nach Berlin-Lichterfelde. Dort ist er am 31. August 1938 gestorben. Der liberale Theologe war im protestantischen Liberalismus so bekannt, dass sogar die führende Wochenzeitschrift dieser Richtung, die von Martin Rade geleitete „Christliche Welt“, seinen Tod meldete.

Der Pazifist Hans F.:

Schon um die Jahrhundertwende schloss sich F. der organisierten Friedensbewegung an, die er als Redner und Publizist wirksam unterstützte. Pazifist wurde er während seines Wehrdienstes. Am 1.10.1889 trat er eine einjährige Militärzeit an, die er als Unteroffizier beendet. Da ein „Einjährig-Freiwilliger“, zumal mit Abitur im Regelfall als Leutnant der Reserve entlassen wurde, lässt der niedrige Rang auf kein besonderes Engagement in militärischer Hinsicht schließen. Er berichtet selbst kaum von dieser Zeit. Die genannten Daten stammen aus einem Schriftwechsel, in dem er sie zwangsläufig erwähnen musste, da er sie auf seine Pensionsansprüche angerechnet bekommen wollte. Die einzige darüber hinaus bekannte Erwähnung seiner Erfahrungen mit Militärs ist äußerst negativ.

„Ich amtierte damals in einer Kleinstadt, … die eine Garnison von Dragonern beherbergte. … Das Schmählichste waren die

offiziellen Festessen. Abgesehen von der Schlemmerei, mit der man sich dabei gütlich tat, endeten sie regelmäßig in einer wüsten Sauferei und zuletzt in einem johlenden Vergnügen an Schweinereien und Vortrag schmutzigster Zoten, an denen man sich nicht genug tun konnte. Ich habe diese Freude anderer am Unsittlichen sonst nur noch während meines Militärdienstjahres erlebt, das mir als eine ‚Schule der Unzucht' in deutlicher Erinnerung geblieben ist, nachdem man mir' s als ein Stahlbad der Willenskräftigung und Körperstärkung in Aussicht gestellt hatte. Ja, es sind herrliche Zeiten gewesen, die Zeiten des verflossenen imperialistischen Regimes. Und es ist wirklich beglückend, zu sehen, wie sich die nationalistischen kirchlichen Kreise nach jenen Zeiten zurücksehnen. Sie wollen ‚ihren Kaiser wieder haben', von dem sie endlich wissen müssten, dass ihn sein Scheinchristentum nicht gehindert hat, sich vor Gott und den Menschen in unerträglicher Eitelkeit aufzublähen und Menschenleben mit derselben Brutalität und Gewissenlosigkeit seinem Machtwahn für verfallen zu erklären, wie es heute der ‚christliche' Herr Hitler tut."[2]

Bereits vor dem 1. Weltkrieg übernahm er die Leitung der Berliner Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft (DFG)". Im Rahmen des „V. Weltkongresses für freies Christentum", der im August 1910 in Berlin stattfand, organisierte er eine Sonderzusammenkunft zum Thema „Die Religion und der Friede", die erste „Christliche Friedenskonferenz" in Deutschland, an der er als Redner der Deutschen Friedensgesellschaft teilnahm.

1913 gehörte er zu den Initiatoren einer protestantischen Friedenserklärung, die anlässlich des 100. Jahrestages der „Völkerschlacht von Leipzig" in der viel gelesenen Zeitschrift „Christliche Welt"[3] veröffentlicht wurde. Francke und die übrigen Initiatoren forderten die „Geistlichen und theologischen Hochschullehrer der evangelischen deutschen Landeskirchen" auf, für Völkerfrieden und gegen das Wettrüsten einzutreten. Charakteristisch für Franckes Denken ist die folgende Passage:

„Mit diesen Forderungen, die den Urgedanken des Evangeliums entsprechen, sollten diejenigen voranstehen, die auf Katheder und Kanzel die Religion des Gekreuzigten verkünden. Es ist schmerzlich zu bedauern, dass bisher nur ein verschwindender Teil der deutschen evangelischen Theologen den Völkerfrieden öffentlich vertritt, dass wir diese praktische Gefolgschaft Jesu Christi der kirchenfremden[4] Sozialdemokratie überlassen."

Während des 1. Weltkrieges war er u.a. zusammen mit Rudolf Breitscheid, Kurt Eisner und Gustav Landauer beteiligt an der Gründung des „Bundes Neues Vaterland", der wohl wichtigsten pazifistischen Gruppe in Berlin während des 1. Weltkrieges. 1917 unterzeichnete F. das „Friedenswort deutscher Protestanten", mit der eine Gruppe protestantischer Theologen einen Verständigungsfrieden erreichen wollte. F. wurde von der politischen Polizei überwacht und 1918 in einer „Liste der im Landespolizeibezirk Berlin und Umgebung wohnhaften namhaften Pazifisten" geführt. Nach dem Krieg leitete er zeitweise die Berliner DFG-Ortsgruppe und gehörte lange dem Reichsvorstand der DFG an. Am 10.2. 1929 trat er aus dem Präsidium der DFG zurück, da er den radikalpazifistischen Kurs der neuen DFG-Mehrheit nicht unterstützen wollte.

Francke kritisierte bereits die Militärseelsorge mehrere Jahrzehnte vor den kirchlichen Bruderschaften, wobei er viele Argumente der 50er Jahre vorwegnahm.

Konstitutiv für ihn war das Verständnis des Evangeliums als einer Friedensbotschaft, als Aufforderung zum Pazifismus. Davon ausgehend wurde alles abgelehnt, was dieser Friedensbotschaft widersprach. Gegen das „Christusbild der Nationalisten“[5] setzte er den „Welt-Heiland des Evangeliums.“ Exemplarisch hierfür stand die Ablehnung der Militärseelsorge. Hans Francke erinnerte im SDAV daran, dass in der urchristlichen Kirche die Soldaten sogar von den christlichen Gemeinden ausgeschlossen waren. Demgegenüber gäbe es in der evangelischen Kirche des 20. Jahrhunderts sogar eine eigene kirchliche Versorgung für die Armee.

„Hat ein Soldat wirklich einmal ‚religiöses Verlangen’, warum sucht er sich seinen Platz nicht in den vielen, zivilen, ‚gewöhnlichen’ Gottesdiensten, die jedermann offen stehen? … Mit demselben Recht, mit dem das Militär Extrageistliche für sich beansprucht, besondere Seelsorge und Gottesdienste, könnten dies andere Berufsstände doch auch tun. Manche vielleicht mit sehr viel größerem Recht. Man denke an den Stand der Bergarbeiter, Krankenpfleger, Lehrer usw. … Unser Heer ist doch eine Staatsinstitution. Haben wir nicht die Trennung von Kirche und Staat? … Darum fort mit dem Luxus einer unmotivierten Kirchlichkeit an einer Stelle, wo sie am allerwenigsten hingehört. Es ist eine Willkürlichkeit ersten Ranges, dass man im republikanischen Staat den Posten ‚Heeresseelsorge’ hat weiter bestehen lassen.“[6]

F. war einer der bekanntesten Pazifisten Berlins und übte in der Weimarer Friedensbewegung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss aus. Dies schlug sich auch in den Nachrufen nach seinem Tod nieder. So erschienen 1938 ein von Hans Wehberg verfasster Nachruf in der im Schweizer Exil erscheinenden „Friedenswarte“[7] und ein weiterer aus der Feder von Leonhard Ragaz im Novemberheft der Zeitschrift „Neue Wege“.[8]

„Der jüngst verstorbene Pfarrer Hans Franke in Berlin war ein charaktervoller, tapferer und volkstümlicher Vertreter des religiösen Sozialismus und der Friedensbewegung, die er beide auf seine besondere Art verstand. Das Hitlertum hat ihm in einer seiner Kasernen ein Martyrium bereitet, dessen Darstellung durch ihn selbst zu den klassischen Dokumenten dieser Art gehört“.

Der Sozialist Hans F.:

Bereits vor dem 1. Weltkrieg war F. Sympathisant der SPD. Als ihm 1906 eine Werbeschrift des „Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie“ zugestellt wurde, antwortete er:

„Als Geistlicher habe ich den Anhängern aller Parteien ohne Unterschied zu dienen, auch den Sozialdemokraten, zumal deren Parteigrundsätze mindestens so christlich sind wie beispielsweise die der Konservativen“.

In einer Kontroverse mit General Litzmann, der später Reichstagsabgeordneter der NSDAP wurde, erklärte F. zur Arbeiterbewegung und zur SPD:

„Für uns Pfarrer hat diese Berührung nichts Bedenkliches. … Wir haben ihr Verdienst anzuerkennen, wo sie solches haben, und haben uns selbst und unseren Freunden Buße zu predigen, wo wir uns von jenen beschämen ließen“.

Bereits vor dem 1. Weltkrieg war er ein bekannter Debattenredner in der Auseinandersetzung mit den Freidenkern und dem sozialdemokratisch ausgerichteten „Komitee Konfessionslos“. F. war schon zu einer Zeit von seinem Denken her „religiöser Sozialist“, als es den Begriff noch nicht einmal gab. Ein Auszug aus einer Debat-

tenrede F.'s beim Berliner Religionsgespräch 1910 dokumentiert dies besonders eindrücklich:

„… hat den zum Licht emporverlangenden Menschheitsmassen der Nazarener nichts zu sagen? Ich dächte, sein Evangelium gibt ihnen so wuchtige Argumente gegen Mammonismus und Kapitalismus in die Hände, dass sie sich ein willkommeneres Arsenal, eine bessere Bundesgenossenschaft kaum wünschen können. Weshalb hängt denn auch ein Christusbild im Gewerkschaftshause zu Amsterdam zwischen den Bildern von Marx und Engels? Weil man sich dort bewusst ist, an ihm einen idealen Verbündeten zu haben im Kampf gegen seelenverderbende, geisterknechtende Not! So möchte ich den heut hier anwesenden Sozialisten geradezu zurufen: lasst Euch diesen Verbündeten nicht nehmen! Lasst Euch durch eine theologisch-philosophische Hypothese dieses Vorkämpfers nicht berauben, der für Eure Bewegung ein ideales Moment bedeutet! (Stürmischer Beifall)."

1918 war er Mitglied der USPD, trat aber bald nach Ende des Krieges wieder der (Mehrheits-) SPD bei. Er war als Funktionär und als gesuchter Referent in vielen Parteiversammlungen tätig. F. war in der SPD derart verankert, dass er bei den Wahlen zum preußischen Landtag, die am 20. 2. 1921 stattfanden, auf Platz 10 der Berliner SPD-Liste kandidierte. Während der gesamten Weimarer Republik war F. Redner bei Wahlveranstaltungen und Mai-Kundgebungen. Hans Francke wollte am 1. Mai 1919 einen besonderen Festgottesdienst in seiner Kreuzberger Heilig-Kreuz-Gemeinde durchführen, die erforderliche Genehmigung wurde ihm vom GKR allerdings versagt. 1920 trat er erstmals als Prediger in einem 1.Mai-Gottesdienst auf.[9] Ab 1921 führte er in der Heilig-Kreuz-Kirche religiös-sozialistische Maifeiern und –Gottesdienste durch, die 1921 sogar in der SPD-Tageszeitung VORWÄRTS v. 30.April annonciert werden.

„Der Bund religiöser Sozialisten veranstaltet in diesem Jahr zum 1.Mai mehrere religiöse Maifeiern in Berliner Kirchen. Es spricht Pastor Genosse Francke vormittags in der Heiligkreuz-Kirche … Die Arbeiterschaft wird dringend zur Teilnahme aufgefordert."

Zudem publizierte er ständig in der SPD-Presse. In der Endphase der Weimarer Republik hat er sich stark im Kampf gegen die aufkommende NSDAP exponiert. Er konnte hier seine Aktivitäten zur Abwehr des Antisemitismus fortsetzen, die bereits seit Beginn der Weimarer Republik ein wichtiges Arbeitsfeld F.'s darstellten. Nachdem am 5. und 6. November 1923 die Berliner Faschisten im vor allem von den sog. Ost-Juden bewohnten Berliner Scheunenviertel randaliert hatten (das erste Berliner Pogrom in der Weimarer Republik!), führten am 20.11. 1923 mehrere Berliner Organisationen im Scheunenviertel eine Protestkundgebung durch, die von einigen Tausend Menschen besucht wurde. Hauptredner waren Otto Nuschke, nach 1945 Vorsitzender der Ost-CDU, und Hans Francke.

Der religiöse Sozialist Hans F.:

Hans Francke hat als Vorstandsmitglied des „Bundes Neue Kirche" die Fusion mit dem „Bund der sozialistischen Kirchenfreunde" zum Berliner „Bund religiöser Sozialisten" (BRS) 1919 mitorganisiert. Von 1919 bis 1933 hat er kontinuierlich zum Führungskader des Berliner BRSD gehört. Er organisierte in seiner Kirche eine starke Gemeindegruppe des BRSD, die 1925 auf der liberalen Liste und 1932 mit einer separaten BRSD-Wahlliste an der Kirchenwahl

teilnahm. Diese Gemeindegruppe war der Kern des BRSD-Bezirks Berlin-Südwest, der sich wesentlich um Francke gruppierte. Er war ein gefragter Redner in BRSD-Veranstaltungen und ein beliebter Prediger. In der Presse des BRSD ist eine Vielzahl von Predigten und Artikeln von ihm erschienen. Nach seinem Umzug nach Berlin-Lichterfelde 1930 bemühte er sich dort um die Bildung einer BRSD-Ortsgruppe. Als 1931 der neue Berliner BRSD-Westbezirk seine Arbeit aufnimmt, ist es wesentlich Francke, der die Arbeit stimuliert und stabilisiert. 1932 ist Hans Francke als stellvertretender Landesvorsitzender des BRSD in Preußen verantwortlich für den Kirchenwahlkampf.

Die religiösen Sozialisten, deren Hauptziele die Erringung des Heimatrechts der Arbeiterschaft in der Kirche, die Überwindung der Trennung der Arbeiterschaft von der Kirche und die Reform der Kirche an Haupt und Gliedern waren, blieben in der Gemeinde Hl. Kreuz ein Fremdkörper, genauso wie die bürgerliche Kirchengemeinde ein Fremdkörper im proletarischen Kreuzberg blieb. In praktisch allen Fragen standen die rel. Sozialisten gegen die Mehrheit der Gemeindekörperschaften.

– Im Schulbereich traten sie für die weltliche Schule ein, während die Kirche Massenkundgebungen für die Beibehaltung der Konfessionsschule organisierte,
– während des Volksbegehrens für die Fürstenenteignung unterstützten die Rel. Sozialisten das Volksbegehren, während sich die Gemeindemehrheit unter Bezug auf das 7.Gebot auf die Seite der Fürsten stellten.
– Gegen die Dolchstoßlegende der Reaktionäre stellten sie den deutschen Militarismus als Kriegsverursacher.
– Gegen die Allianz der Kirche mit den Mächtigen forderten sie die Parteinahme für die Mühseligen und Beladenen, für die Frauen und Kinder in den Mietskasernen, für die Arbeitslosen und Ausgesteuerten Kreuzbergs.
– Gegen militaristische Stahlhelm-Feiern in der Kirche setzten sie Friedensgottesdienste, die in Hl. Kreuz nicht genehmigt wurden und deshalb in der benachbarten St. Thomas-Gemeinde stattfanden, in der der sozialistische Pfarrer Karl Schmidt wirkte und die eine starke religiös-sozialistische Gruppe im GKR hatte.

Solche Positionen waren und blieben in der damaligen Kirche krasse Außenseiterpositionen.

Hans Francke 1933 und danach:

Hans Francke war ein Mensch mit einem großen persönlichen Mut. Er wurde am 6.3. 1933 als einer der ersten Pfarrer im Reich von den Nazis verhaftet und im „wilden KZ“ in der Kreuzberger Hedemannstraße 31, dem Sitz der Berliner SA-Führung, inhaftiert. Nach seiner Freilassung verfasste er über seine Erlebnisse einen Bericht mit dem Titel „Meine Verhaftung durch SA- oder SS-Leute“. Dieser Bericht zirkulierte unter den BRSD-Genossen und wurde von F. dem Konsistorium zugeleitet, damit die Kirche erführe, was die Nazis mit Pfarrern machten. Als Berliner BRSD-Pfarrer die Verhaftung F.s publik machten und aus seinem Bericht zitierten, wurde F. erneut verhaftet. Auch die erneute Haft brach nicht den Willen des 69-jährigen. Zusammen mit dem Neuköllner BRSD-Pfarrer Rackwitz führte er die Arbeit der „Bruderschaft sozialistischer Theologen“ weiter, deren Schatzmeister er seit 1931 war.

Der bekannte Pazifist Hans Wehberg, der lange mit F. zusammengearbeitet hatte und

offensichtlich auch nach seiner Emigration in die Schweiz den Kontakt weiter aufrechthalten konnte, zog 1938 in seinem Nachruf in der „Friedenswarte“ das Resümee des Lebens von Hans F..

„Am 31. August 1938 starb in Berlin nach langem Leiden der Pastor i.R. Hans Francke im 75. Lebensjahre. In den ersten zehn Jahren nach dem Weltkriege hat Francke als Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft, gleichzeitig aber auch ihrer Berliner Ortsgruppe, eine höchst ehrenvolle Rolle gespielt. Dieser evangelische Pfarrer hatte einen hohen Begriff von der Idee des Rechts und der Gerechtigkeit. … Die gerade und mannhafte Persönlichkeit Hans Franckes wird allen in lebendiger Erinnerung bleiben, die den Vorzug hatten, Seite an Seite mit ihm für hohe Ideale einzutreten.“

Literatur zu Francke:
Lütgemeier-Davin, Reinhold, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation. Das Deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik. Köln 1982
Dieterich, Alfred (Hrsg.), Berliner Religionsgespräch 1910, „Hat Jesus gelebt?“, Berlin 1910
Ulrich Peter, „Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933. Geschichte, Struktur, Theologie und Politik“, Bern 1995 (Einige Exemplare sind noch für 20,– € bei mir erhältlich.)
derselbe, „Trachtet am Ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit“, Hans Francke und die Gruppe der religiösen Sozialisten in Hl. Kreuz, in: Georg Uehlein (Hrsg.), Die Pickelhaube über der Stadt, Studien zum Verhältnis einer Berliner Kirchengemeinde zur großstädtischen Gesellschaft und Politik zwischen 1850 und 1945 am Beispiel der Heilig-Kreuz-Gemeinde, Berlin 1995
Artikel „Hans Francke“ im BAUTZ-Kirchenlexikon Band XVIII (2001), Spalten 453–456, Autor: Matthias Wolfes. Im Internet unter: http://www.bautz.de/bbkl/f/francke_h_k_a.shtml
Norbert Andrae, Hans Francke – Wurzeln eines kirchlichen Antifaschismus, in: Hans-Francke-Initiative Berlin (Hrsg.), Deutschnationales Christentum am Beispiel Otto Dibelius, Berlin 1989
(Einige Exemplare sind noch zum Preis von 3,– € plus Porto bei mir zu beziehen.)

1 Diese Stelle aus der Bergpredigt Jesu (Matthäusevangelium, Kap.6, Vers 33) fehlte in kaum einem religiös-sozialistischem Gottesdienst und stellt den Kernsatz religiöss-sozialistischer Befreiungstheologie dar.
2 Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SdAV – die Wochenzeitung des Bundes der rel. Sozialisten) Nr.4/1931, Artikel „Kaisergeburtstagsfeiern“
3 In: „Christliche Welt (CW)“, Beiblatt zu Nr. 30 des Jahrgangs 1913
4 Dies ist eine wichtige Unterscheidung zur kaisertreuen Amtskirche, die immer von der „kirchenfeindlichen Sozialdemokratie“ sprach. Demgegenüber vertraten die religiösen Sozialisten die Position, die Kirche habe sich durch ihre Parteinahme für die herrschende Obrigkeit und gegen die Arbeiterbewegung selbst von den Arbeitern entfremdet. Wenn hier von Schuld zu reden sei, dann liege sie auf Seiten der Kirche!
5 So der Titel eines Artikels von Francke im SDAV, Nr. 44/1932
6 „Zum Wehretat – Militärseelsorge“, in: SDAV, Nr. 33/1930
7 Jg. 1938, S. 249
8 Neue Wege. Heft 11 (November) 1938, S. 520
9 Seine erste Maifeier-Predigt aus dem Jahr 1920 ist abgedruckt in „Die soziale Botschaft des Christentums“, Hg. von Friedrich Siegmund-Schulze, Berlin 1921.

Zum 50.Todestag August Bleiers am 12. Januar 2008

„Ein Christ soll Sozialist sein!“[1]

Von Ulrich Peter

August Bleier ist heute selbst vielen religiösen Sozialistinnen und Sozialisten unbekannt, völlig zu Unrecht, denn er war im deutschen religiösen Sozialismus und Pazifismus der Weimarer Zeit eine der herausragendsten und interessantesten Persönlichkeiten. Ich habe mich mit Bleier und seinem Wirken im Zusammenhang mit meiner 1994 publizierten Dissertation intensiv befasst.

Persönliche Biographie:

Er wurde am 2. August 1882 in Erkrath/ b. Düsseldorf geboren und starb am 12. Januar 1958 in Berlin. August Hermann Johannes Bleier war der Sohn des Pfarrers Friedrich Wilhelm Bleier und seiner Ehefrau Julie Creutzburg. Friedrich Wilhelm Bleier war Pfarrer im Düsseldorfer Vorort Erkrath und Superintendent der Diözese Düsseldorf und in Theologenkreisen immerhin so bekannt, dass sein Tod am 31. März 1920 vom „Kirchlichen Jahrbuch“ vermerkt wurde.[2] August Bleier absolvierte das Gymnasium in Düsseldorf und studierte anschließend an den Universitäten Halle, Tübingen und Bonn Theologie. Er wurde am 8.11. 1908 ordiniert. 1908 war er als Hilfsprediger in Gummersbach tätig, wo er 1909 eine Pfarrstelle übernahm. 1912 wurde er Pfarrer in Grevenbroich/ Rheinland und 1915 übernahm er die 3. Pfarrstelle an der Trinitatiskirche in Berlin-Charlottenburg, die er bis 1953 innehatte.

Verheiratet war er seit dem 1.12. 1908 mit Maria Hertzer, Tochter des Pfarrers Otto Hertzer aus Heudeber/ Harz. Die Ehe, aus der ein Sohn und eine Tochter hervorgingen, wurde 1946 geschieden.[3]

Theologische Biographie:

Bleier hielt am 4. Oktober 1914 eine Gastpredigt in der Charlottenburger Trinitatis-Gemeinde, die seine Berufung nach sich zog. In der Weimarer Republik war Bleier einer der bekanntesten Prediger in Berlin, in dessen Gottesdienste auch viele sozialistische Arbeiter aus ganz Berlin strömten.[4] Er sprach häufig in den Morgenfeiern des Berliner Rundfunks.[5] Bleier war ein radikaler Vertreter der liberalen Theologie und wurde wiederholt vor das Konsistorium geladen, „um sich wegen seiner Lehre und des in seinen Vorträgen vertretenen Standpunktes zu rechtfertigen“.

Bleier hat wesentlich die „sozialistische Feierstunde“ als Form des religiös-sozialistischen Gottesdienstes entwickelt und in vielfältigen Formen angewandt. Allein in Trinitatis fanden zwischen 1922 und 1933 über 100 dieser „Feierstunden“ statt. Zu seinen Hörern gehörten in großer Zahl Arbeiter und Kirchenferne. Viele seiner Predigten, von ihm oft als „Ansprachen“ bezeichnet, wurden hektographiert oder in Periodika der religiösen Sozialisten publiziert. Weitere erschienen in Broschürenform.[6] Von Seiten seiner Gegner in Gemeinde und Landeskirche wurde ihm vorgeworfen, „Weihestunden“ abzuhalten und keine christlichen Gottesdienste.

Politische Biographie:

August Bleier war in drei Bereichen gleichzeitig exponiert tätig: a.) in der Parteipolitik, b.) in Organisationen der religiösen

Sozialisten und c.) im Gesamtbereich des Weltkriegs- und Weimarer Pazifismus.

a.) Parteipolitik: Bleier ist praktisch direkt nach der Gründung der links-liberalen „Deutschen Demokratischen Partei“ Ende 1918 Mitglied dieser Partei geworden und hat sich auch hierfür engagiert, tritt aber bereits im Sommer 1920 als Autor im sozialdemokratischen VORWÄRTS auf. Seit 1920 ist er Mitglied der SPD, der er bis zum Ende der Weimarer Republik und wieder nach 1945 angehört hat. Bleier hat sich als Sozialdemokrat sehr exponiert und war als Redner bei verschiedensten Anlässen in SPD-Gruppen, bei Maikundgebungen, in Wahlkämpfen und anderen Parteiveranstaltungen sehr gefragt. Aus seiner Feder stammen viele Artikel in SPD- bzw. dieser nahe stehenden Presseorganen. Ebenfalls war er Mitglied des „Reichsbanners“, der republikanischen Wehrorganisation.

b.) Religiöse Sozialisten: Bleier war als Mitglied der „losen Vereinigung evangelischer Friedensfreunde“ und des „Bundes Neue Kirche“ ab 1917 am Herausbildungsprozeß der Berliner religiösen Sozialisten (BRS) mitbeteiligt. Nachweisbar seit 1921 gehört er zur Führungsgruppe des BRS in Berlin. Als sich 1924 in Meersburg die verschiedenen regionalen Organisationen der religiösen Sozialisten zu einer „Arbeitsgemeinschaft“ zusammenschließen, aus der dann zwei Jahre später der Reichs-BRSD entsteht, wird Bleier Mitglied des „Arbeitsausschusses“, d.h. der provisorischen Leitung. Bis 1933 ist er eine der wichtigsten Persönlichkeiten des BRSD geblieben.

1921 gründet er eine eigene Organisation, die „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden (VDF)“, die er leitet und die den Charakter einer Personalgemeinde hat. Sie hat in diesen Jahren zwischen dreihundert und sechshundert Mitglieder, verfügt über Jugendgruppen und einen Chor und ist seit 1925 in der Trinitatis-Gemeinde mit einer starken Fraktion im Gemeindekirchenrat vertreten.

Die Zielsetzung der VDF illustriert ein Flugblatt zur Kirchenwahl 1928.

„Vergesst nicht –
die Kirchenwahl in der Trinitatis-Gemeinde
Sonntag von 11–18 (6) Uhr ! …
Die Wahl ist geheim.
Wer dafür ist:
dass die Kirchensteuer nicht erhöht wird,
dass die Besitzenden die Hauptlast tragen,
dass die Armen in der Kirche dasselbe Recht haben wie die Reichen,
die Republikaner ebenso geachtet werden wie die Monarchisten,
dass auf der Küsterei alle gleich behandelt werden,
dass Gerechtigkeit, Freiheit für alle Richtungen herrsche,
dass keine Kriegshetze von der Kanzel getrieben wird,
wählt nur den Wahlvorschlag der Freunde von Pfarrer Bleier!
Spitzenkandidat für den Kirchenrat:
Fritz Brichmann
Spitzenkandidat für die Gemeindevertretung:
Frau Emma Hippel.“

Mit dem BRSD ist sie durch Satzungen, Kartellverträge und Doppelmitgliedschaften eng verbunden, hat mehrere Gruppen in Berlin und einige in der Provinz. Die VDF übernahm in den eher bürgerlichen Berliner Bezirken Charlottenburg und Steglitz die Funktion einer BRSD-Ortsgruppe. Als ständiges Organ der VDF gründete er im Januar 1923 das „Mitteilungs-Blatt der Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden“. Seit Jahresbeginn 1926 gab er die Zeitschrift „Der Weltfriede“ heraus, die bis April 1933 erschien.

Früh bekämpfte er den Antisemitismus in Kirche und Gesellschaft. In einem Arti-

kel für die Zeitschrift „Das Neue Werk“[7], das vor allem von Christen aus dem Umfeld der DDP gelesen wurde, nahm er entschieden Stellung gegen die „verwüstende Propaganda des Rassenhasses“. Bleier konnte hier seine Position in einem Satz zusammenfassen: „Wer Antisemit ist, kann kein Christ sein.“

Nach 1945 hat sich Bleier zeitweise an der Reorganisierung der Berliner religiösen Sozialisten beteiligt, hat sich aber nicht mehr exponiert. In seiner Gemeinde gab es keinen organisierten Kern religiöser Sozialisten mehr. Der Zusammenbruch der VDF 1933 war so vollständig, dass nach 1945 in Trinitatis keine Grundlage für einen Neuanfang religiös-sozialistischer Gruppen mehr bestand.

Nach 1947 sind Aktivitäten Bleiers im Bereich des religiösen Sozialismus nicht mehr feststellbar. Vermutlich war Bleiers Ablehnung der SED-Orientierung der Berliner religiösen Sozialisten hierfür ursächlich. Sein Arbeitsgebiet blieb die SPD. Für seine religiös-sozialistische Überzeugung trat er bis zu seinem Tode engagiert ein. Sowohl publizistisch[8] wie durch Veranstaltungen war er für die SPD tätig. Seine letzte nachgewiesene Veranstaltung fand während des Berliner Wahlkampfes 1954 statt.

„Öffentliche Versammlung! Mittwoch 26. Mai 1954 um 19.30 Uhr spricht in der Oberschule Barbarastr. Herr Pfarrer August Bleier über das Thema: Ein Christ soll Sozialist sein!“[9]

c.) Pazifismus: Bleier war von 1920 bis 1923 Vorsitzender der Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG) und bis 1927 Beisitzer im Zentralvorstand der DFG, für die er im gesamten Reichsgebiet Agitationsreisen unternahm und Ortsgruppen gründete. In Berlin war er im „Deutschen Friedenskartell“ engagiert, dem sowohl der BRSD wie auch die VDF angehörten. Daneben war er Mitglied:

- in der von dem Schriftsteller Kurt Hiller geleiteten „Gruppe revolutionärer Pazifisten.“ Bleier war zusammen mit Walter Mehring, Ernst Toller, Kurt Tucholsky und Erich Weinert sogar Gründungsmitglied.
- im „Bund für radikale Ethik“, einer pazifistischen Organisation, die 1907 bis 1918 unter dem Namen „Gesellschaft zur Förderung des Tierschutzes und verwandter Bestrebungen“ bestanden hatte und unter dem neuen Namen bis 1933 existierte.
- im Kuratorium des von dem Maler Heinrich Vogeler im Rahmen der KPD-nahen „Roten Hilfe“ geschaffenen Kinderheimes „Barkenhoff“ in Worpswede. Dem Kuratorium gehörten weiterhin an: Prof. Albert Einstein, Magnus Hirschfeld, Gustav Kiepenheuer, Käthe Kollwitz, Max Reinhard und andere Vertreter der geistigen Welt.[10]

Während die protestantische Amtskirche unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „Schmutz und Schund“ kritische Künstler mit Strafverfahren überzog (meist wegen angeblicher Gotteslästerung und ähnlichen Gründen im Rahmen des Kampfes gegen „Schmutz und Schund“), erschienen in der Presse Petitionen „Für die Freiheit der Kunst“, die auch Bleiers Unterschrift trugen.[11] Im wohl bekanntesten „Gotteslästerungsprozeß“ der Weimarer Zeit war Bleier Gutachter des Angeklagten George Grosz, der wegen seiner Zeichnung „Christus mit der Gasmaske“ vor dem Landgericht Moabit angeklagt war.[12]

Ebenso ungewöhnlich für einen evangelischen Pfarrer war Bleiers Eintreten für die Abschaffung des § 175 und für die verfolgten Homosexuellen.

August Bleier und die VDF 1933 und danach :

1933 sollten auch in der Charlottenburger Trinitatis-Gemeinde die „alten Rechnungen“ beglichen werden. Die VDF brach innerhalb kürzester Zeit organisatorisch und moralisch zusammen, und es kam hier, im Gegensatz etwa zum BRSD in Berlin- Neukölln, nicht zu illegalen Aktivitäten und zur Weiterarbeit. Die Gründe hierfür sind in den Gründungsbedingungen und der organisatorischen Verfasstheit der VDF zu suchen. August Bleier war unangefochtener und ausschließlicher Führer der VDF. Zu keiner Zeit bildete sich in der VDF eine autonome und tragfähige Laien-Struktur heraus, die auch ohne Bleier hätte existieren können.

Die VDF war von ihrer sozialen Zusammensetzung her eine Organisation der lohnabhängigen Zwischenschichten, oder im damaligen Sprachgebrauch der „Stehkragenproletarier“. Angestellte und Beamte prägten die Mitgliedschaft. Besonders auffällig ist der mit 46,7% sehr hohe Frauenanteil. Arbeiter waren in der VDF eher die Ausnahme.

Als die VDF-Mitglieder und die VDF-Funktionärinnen und -funktionäre 1933 gezwungen waren, sich eigenständig zu verhalten und die VDF-Politik gegen den erfolgreichen NS-Staat fortzuführen, scheiterten die wesentlichen Exponenten an dieser Anforderung. Einige gingen zur Sicherung ihrer materiellen Existenz direkt zur siegreichen NSDAP über.

Schon vor den Kirchenwahlen, die den Deutschen Christen (DC) im Juli 1933 eine 2/3 Mehrheit in der Gemeindevertretung brachten, hatte der Gemeindekirchenrat (GKR)[13] von Trinitatis auf Antrag eines DC-Vertreters Disziplinarmaßnahmen gegen Bleier beim Konsistorium gefordert. Publizistisch unterstützte die Berliner DC-Zeitschrift „Evangelium im 3. Reich“ dieses Vorgehen:

„Fort mit Bleier!

Pfarrer Bleier steht noch immer auf der Kanzel! Er ist der Vorsitzende des Vereins für Völkerversöhnung und Weltfriede. Einem seiner vielen Vorträge entnehmen wir folgende Betrachtung: ‚Und sehen Sie, das tut uns not, dass wir in all den Wirren der Zeit, in all der Gewaltanbetung die Vision des Friedens schauen, dann mögen wir einen gewaltsamen Tod sterben oder noch manches Jahr hinbringen: Wir wollen zeigen, dass wir Pazifisten sind, keine schlappen Menschen, sondern Kämpfer, Kämpfer für die Idee der Völkerversöhnung und der Gewaltlosigkeit, Gegner des Krieges, des Nationalismus und des Militarismus und deshalb für die Menschheit, für den Frieden, für die Internationale des Geistes, der Freiheit, des Lebens, für die Religion‘.“[14]

Obwohl sich die Gestapo in diese Angelegenheit einschaltete[15], blieb Bleier im Amt. Auch ein weiterer Versuch des Evangelischen Konsistoriums der Mark Brandenburg, ihn durch den Reichsbischof absetzen zu lassen, verlief erfolglos.[16]

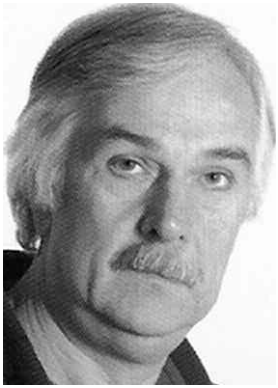
In den Jahren nach Bleiers Tod ging der Trinitatis-Gemeinde die Erinnerung an Bleier und die Zeit der VDF völlig verloren.[17] Erst dreißig Jahre später wurde die Vergangenheit wieder lebendig.[18]

Literatur zu Bleier:
Ulrich Peter, „Der Bund der religiösen Sozialisten in Berlin von 1919 bis 1933. Geschichte, Struktur, Theologie und Politik“ (Europäische Hochschulschriften. Reihe XXIII. Band 532), Bern 1995 (Einige Exemplare sind noch für 20,– € bei mir erhältlich.)
Matthias Manrique, Trinitatis im Wandel der Zeit 1896–1961. Studie und Dokumentation. Im Spiegel der Konsistorialakten und des Nachlasses Bleier. Herausgegeben im Auftrag

der Evangelischen Trinitatisgemeinde Berlin-Charlottenburg, Berlin (Alektor-Verlag) 1992 BAUTZ-Kirchenlexikon Band XVIII (2001) Spalten 180–190 Autor: Matthias Wolfes Im Internet unter: http://www.bautz.de/bbkl/b/bleier_a_h_j.shtml

1 Ich habe die Zahl der Fußnoten auf ein Mindestmaß reduziert, um ein Maximum an Lesefreundlichkeit zu ermöglichen. Wer die Belege braucht, möge mich kontaktieren.
2 Als August Bleier 1958 in Berlin beerdigt wurde, hatte er testamentarisch verfügt, dass ein Tonbandmitschnitt einer Predigt von ihm über Jesaja 46, 4 anstatt der Trauerpredigt abgespielt werden sollte. In dieser Predigt nimmt er positiv Bezug auf seinen Vater: „Durch meinen Vater habe ich gelernt, was es heißt Pastor, was es heißt Hirte zu sein!“ (Tonband in meiner Sammlung. Im Folgenden als SP zitiert.)
3 Wie aus seinen Personalakten hervorgeht, war ein Grund, dass seine Ehefrau „rein weltlich“ eingestellt und überzeugte Nationalsozialistin war. Sie war selbst nicht NSDAP-Mitglied geworden, hatte aber ihren Sohn zum Parteieintritt gedrängt, den dieser schließlich 1937 vollzog.
4 Der Neuköllner Pfarrer und religiöse Sozialist Paul Piechowski hat 1927 das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage unter 5.000 Arbeitern über ihre Glaubensvorstellungen unter dem Titel „Proletarischer Glaube“ veröffentlicht. Daraus ein Auszug von S.85 und eine erklärende Anmerkung dazu von Piechowski von derselben Seite:
„Ein anderer (42 J.) teilt mit, dass er seit der Einsegnung nie mehr zur Kirche gegangen, aber seit drei Jahren sehr oft die Gottesdienste von Pfarrer Bl. in der Charlottenburger Trinitatiskirche mit innerem Gewinn besucht: ‚Leider wird einem auch dies vergällt, weil man sich bei der Kälte, die darinnen ist, den Tod holen kann.‘ (Anmerkung Piechowski:) Es handelt sich um Pfarrer Bleier, auf den oftmals in den Bogen rühmend hingewiesen wird.“ (Mit „Bogen“ sind die von Piechowski ausgewerteten Fragebogen gemeint, U.P.)
5 Z.B. „Frühlingsglaube, Morgenansprache im Berliner Rundfunk,“ abgedruckt im Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes (SDAV, Nr. 18 vom 3. Mai 1925, S. 21/22)
6 Z.B. Die neue Gesellschaft. Reden von Pfarrer August Bleier
7 Später in „Neuwerk“ umbenannt. Der Bleiertext „Zum 9. November“ erschien in: Das Neue Werk. Heft Nr. 34 vom 23. November 1919
8 Etwa durch den Artikel „Der Weg zur Volkskirche“, im Tagesspiegel, Nr. 163 v. 16. Juli 1946
9 Originalplakat in: SP
10 Die Mitgliederliste des Kuratoriums ist als Faksimile abgedruckt im Heft 2 des 1. Jahrgangs 1926, November, von Fanal auf S. 33. Der Herausgeber von Fanal war Erich Mühsam
11 VORWÄRTS v. 2. Oktober 1925, Bleier unterschrieb für die VDF!
12 Das Gutachten ist auszugsweise abgedruckt in: Zeitschrift für Religion und Sozialismus (ZRS,) 1931, S. 148-149
13 Synonym für Presbyterium
14 Evangelium im 3. Reich, Nr. 18/1933 vom 30. April, S.71
15 „Geheimes Staatspolizeiamt III C. 373/20. Bleier
Berlin, den 7. August 1933
An das Konsistorium der Mark Brandenburg
Wie hier bekannt geworden ist, hat der Gemeindekirchenrat der Trinitatis-Gemeinde unter dem 23.4. ds. Js. eine Anzeige gegen den Pfarrer Bleier erstattet. Es wird um baldgefl. Mitteilung über den Stand der Angelegenheit gebeten.“ In: EZA, 14/22460
16 „Berlin, den 22. März 1934. … Im Bereich des kirchlichen Groß-Berlin befinden sich folgende Herren Geistliche seit längerer

Zeit in einem so starken Gegensatz zum nationalsozialistischen Gemeindeteil, dass kein Friede herrscht und die Nationalsozialisten die Gottesdienste meiden. Es sind dies die Herren Pfarrer … 12. Bleier, Charlottenburg. Ich beantrage die genannten Herren Geistlichen … in den einstweiligen Ruhestand … im Interesse des Dienstes zu beurlauben." In: Evangelisches Zentralarchiv Berlin, Akte 14/22453
17 Eine Gemeindegeschichte aus dem Jahr 1988 sparte Bleier und die VDF aus
18 Ich habe im Juli 1989 erstmals in der Trinitatis-Gemeinde über Bleier und die VDF referiert und meine Ergebnisse vorgestellt. Ein Ergebnis des Vortrages war, dass die Gemeinde eine Stelle einrichtete, um ihre Gemeindegeschichte zu erstellen. Das Ergebnis war eine ausgezeichnete Studie von Dr. Matthias Manrique.



Ulrich Peter

Dr. Ulrich Peter wurde 1952 in Bergkamen/ Kreis Unna geboren. Studium der Psychologie, Sozial-, Rechts- und Erziehungswissenschaften in Münster und der Evangelischen Theologie in Berlin. Er arbeitet als Berufsschulpädagoge in Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Kirchengeschichte der Neuzeit, zur Geschichte des religiösen Sozialismus und der sozialen Bewegungen. Er war Schriftleiter von CuS und Vorstandsmitglied des BRSD.

Besondere

Religiöse Feierstunde

in der

Trinitatiskirche

Charlottenburg, Karl-August-Platz

Sonntag, den 8. März, 20 Uhr

ohne die üblichen kirchlichen Formen

Mitwirkende:

Ferdinand Billeb (Orgel)
Richard Klemm, Staatsoper (Cello)
Toni Johner-Rößler (Gesang)

Pfarrer Bleier spricht über das Thema:

„Stellvertretendes Leiden"

Programme, die zum Eintritt berechtigen, kosten 50 Pfg.
Werbt für guten Besuch!
Es ist die letzte Feierstunde dieser Art in diesem Winter.

Unsere **jährliche**

Hauptversammlung

findet statt

Mittwoch, den 18. März, 19½ Uhr

in der

Aula der 13. Gemeindeschule, Charlottenburg, Pestalozzistraße 40 (nahe Kaiser-Friedrich-Straße).

Tagesordnung:

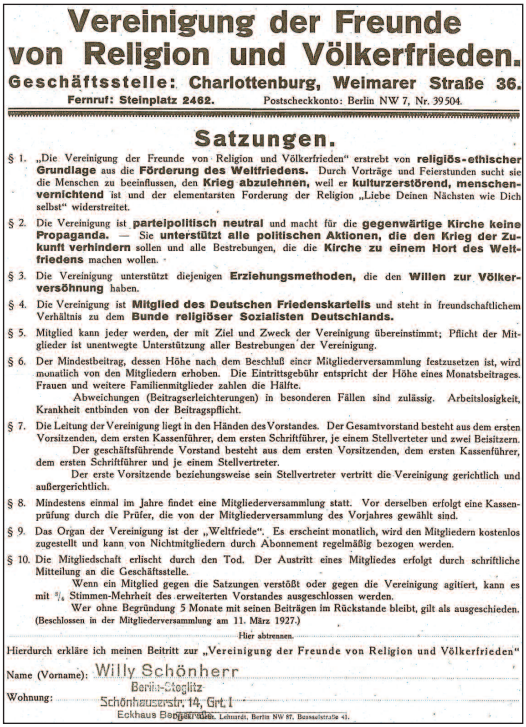
1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der kirchlichen Fraktion. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Anträge.

Anträge sind schriftlich bis zum **10. März** bei dem Vorsitzenden: Willy Schönherr, Bln.-Steglitz, Schönhauser Str. 14, einzureichen.
Eintritt in die Versammlung nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte.

Der Vorstand.

Religiöse Feierstunden in der Trinitatiskirche:

8. März,	20 Uhr:		Siehe Anzeige.
12. „	10 „		Einsegnung.
13. „	20 „		Wochenschlußandacht.
15. „	10 „		Die Predigt gegen die Gewalt.
27. „	20 „		Wochenschlußandacht.
3. April	18 „		Karfreitagandacht.



Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden.

Geschäftsstelle: Charlottenburg, Weimarer Straße 36.

Fernruf: Steinplatz 2462. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 39504.

Satzungen.

§ 1. „Die Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden" erstrebt von **religiös-ethischer Grundlage** aus die **Förderung des Weltfriedens.** Durch Vorträge und Feierstunden sucht sie die Menschen zu beeinflussen, den **Krieg abzulehnen,** weil er **kulturzerstörend, menschenvernichtend** ist und der elementarsten Forderung der Religion „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst" widerstreitet.

§ 2. Die Vereinigung ist **parteipolitisch neutral** und macht für die **gegenwärtige Kirche keine Propaganda.** — Sie **unterstützt alle politischen Aktionen, die den Krieg der Zukunft verhindern** sollen und alle Bestrebungen, die die **Kirche zu einem Hort des Weltfriedens** machen wollen.

§ 3. Die Vereinigung unterstützt diejenigen **Erziehungsmethoden,** die den **Willen zur Völkerversöhnung** haben.

§ 4. Die Vereinigung ist **Mitglied des Deutschen Friedenskartells** und steht in freundschaftlichem Verhältnis zu dem **Bunde religiöser Sozialisten Deutschlands.**

§ 5. Mitglied kann jeder werden, der mit Ziel und Zweck der Vereinigung übereinstimmt; Pflicht der Mitglieder ist unentwegte Unterstützung aller Bestrebungen der Vereinigung.

§ 6. Der Mindestbeitrag, dessen Höhe nach dem Beschluß einer Mitgliederversammlung festzusetzen ist, wird monatlich von den Mitgliedern erhoben. Die Eintrittsgebühr entspricht der Höhe eines Monatsbeitrages. Frauen und weitere Familienmitglieder zahlen die Hälfte.
Abweichungen (Beitragserleichterungen) in besonderen Fällen sind zulässig. Arbeitslosigkeit, Krankheit entbinden von der Beitragspflicht.

§ 7. Die Leitung der Vereinigung liegt in den Händen des Vorstandes. Der Gesamtvorstand besteht aus dem ersten Vorsitzenden, dem ersten Kassenführer, dem ersten Schriftführer, je einem Stellverteter und zwei Beisitzern.
Der geschäftsführende Vorstand besteht aus dem ersten Vorsitzenden, dem ersten Kassenführer, dem ersten Schriftführer und je einem Stellvertreter.
Der erste Vorsitzende beziehungsweise sein Stellvertreter vertritt die Vereinigung gerichtlich und außergerichtlich.

§ 8. Mindestens einmal im Jahre findet eine Mitgliederversammlung statt. Vor derselben erfolgt eine Kassenprüfung durch die Prüfer, die von der Mitgliederversammlung des Vorjahres gewählt sind.

§ 9. Das Organ der Vereinigung ist der „Weltfriede". Es erscheint monatlich, wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt und kann von Nichtmitgliedern durch Abonnement regelmäßig bezogen werden.

§ 10. Die Mitgliedschaft erlischt durch den Tod. Der Austritt eines Mitgliedes erfolgt durch schriftliche Mitteilung an die Geschäftsstelle.
Wenn ein Mitglied gegen die Satzungen verstößt oder gegen die Vereinigung agitiert, kann es mit ¾ Stimmen-Mehrheit des erweiterten Vorstandes ausgeschlossen werden.
Wer ohne Begründung 5 Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande bleibt, gilt als ausgeschieden.
(Beschlossen in der Mitgliederversammlung am 11. März 1927.)

Hier abtrennen.

Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zur „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden"

Name (Vorname): Willy Schönherr

Wohnung: Berlin-Steglitz Schönhauserstr. 14, Grt. I

Eckhaus Bergstraße. Lehnardt, Berlin NW 87, Bremerstraße 43.

REZENSIONEN

Jahrbuch Mission 2006

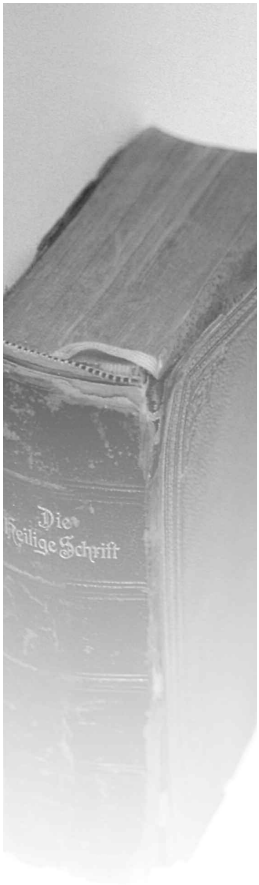
Evangelisches Missionswerk in Deutschland (Hrsg.), Jahrbuch Mission 2006, Hamburg 2007

Von Jürgen Schübelin

Das Thema und die mit ihm verbundenen Herausforderungen sind so alt wie die Kirche selbst: Christliche Kommunitäten bilden seit fast 2000 Jahren Experimentierstätten für gemeinschaftliche Lebensformen und Kondensationskerne für interreligiöse und interkulturelle Begegnungen. Ihre Geschichte als besondere Orte von Spiritualität, verbunden mit einem auf Konsequenz und Verbindlichkeit beruhenden christlichen Lebensstil, war in allen Epochen allerdings niemals frei von Konflikten.

Das neue EMW-Jahrbuch Mission spürt in 24 Einzelbeiträgen der faszinierenden Anziehungskraft von Kommunitäten – gerade in Zeiten wachsender Individualisierung, Konkurrenz, Konsum, Anonymität und Vereinsamung nach. Deutlich wird dabei unter ganz unterschiedlichen geografischen, sozialen, ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, dass – obwohl es zu allen Zeiten nur eine Minderheit sein wird und kann, die sich auf dem Fundament der benediktinischen Regel, Beten und Arbeiten miteinander zu verbinden, für das Experiment, als Christen gemeinschaftlich zu leben, entscheidet -, immer um Menschen handelt, die dabei mitten im Leben stehen. Kommunitäten sind entsprechend dieses Verständnisses keine romantischen Nischen für Aussteiger, sie haben, so zeigt dieses Buch, nichts mit nur auf sich selbst fixierten Sekten und ihren kruden Heilsversprechen zu tun. Vielmehr zeichnen sie sich ganz oft durch ein wirkungsvolles sozial-diakonisches – und damit immer auch politisches – Engagement und eine aus Konsequenz und Glaubwürdigkeit gespeiste Ausstrahlung auf die sie umgebende Gesellschaft aus.

Gerdi Nützel beleuchtet in ihrem theologisch-kirchengeschichtlichen Abriss aus protestantischer Perspektive die dialektische Beziehung zwischen kommunitären christlichen Lebensformen und der jeweiligen Gemeinde- oder Mehrheitskirche. Dabei wird deutlich, dass diese alternativen Lebensentwürfe zu allen Zeiten immer auch Stachel im Fleisch verfasster kirchlicher Strukturen waren und sein wollten, sich die beteiligten Menschen als Erneuerer und kreative Experimentierer verstanden und sich durchaus der Herausforderung, die sie für andere darstellten, bewußt waren. Die Sehnsucht nach ökumenischer Gemein-



schaft ist dabei für viele Kommunitäten gerade in Europa – stark beeinflusst durch die Taizé-Bewegung – ein zentrales Anliegen. Die EKD schätzt, dass es allein in Deutschland im protestantischen Bereich 120 solcher Gemeinschaften gibt.

Zahlreiche der EMW-Jahrbuchartikel beschäftigen sich mit dem Thema aus afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Perspektive: Vorgestellt wird unter anderem die Arbeit und das ökumenische Wirken der Taizé-Brüder in Brasilien, das Engagement der Kenosis-Gemeinschaft mit Aids-Waisen in Südafrika oder die ungewöhnliche Erfahrung der Saint Thérèse-Schwestern vom Kinde Jesu in der bürgerkriegsgeschundenen Republik Kongo mit ihrem erfolgreichen Versuch, afrikanische Kultur und Tradition in die Friedens- und Versöhnungsanstrengungen einer katholischen Ordensgemeinschaft zu integrieren. Besonders eindrucksvoll ist der Bericht von Luis Gutheinz über die Erfahrung der christlichen Ashrams in Tamil Nadu, Südindien, die durch ihr konsequentes Projekt einer von Askese und Meditation geprägten Tischgemeinschaft und der Politik von für Hindus, Muslime und Christen allzeit offenen Türen, gesellschaftliche Grenzen sprengen und so einen wichtigen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Religionen leisten. Im entwicklungspolitischen Kontext erinnert dieser EMW-Band daran, wie entscheidend bei ganz vielen nachhaltigen Veränderungsprozessen eben immer wieder auch Menschen sind, die durch ihre Option für kommunitäre Lebens- und Engagementformen glaubwürdig solidarische Alternativen aufzeigen und dadurch scheinbar unverrückbare (Macht)-Strukturen korrodieren lassen.

Eine Frage der Rasse?

Axel Töllner, Eine Frage der Rasse? Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern, der Arierparagraf und die bayerischen Pfarrfamilien mit jüdischen Vorfahren im „Dritten Reich", Stuttgart 2007

Von Wieland Zademach

Was für ein Buch! Welch' mühsam gründliche Recherchen verbergen sich hinter diesem Werk mit seinem wohlabgewogenen und doch sehr klaren Urteil. Und welch' tiefe Scham erfaßt einen auch als Nachgeborenen immer wieder, wenn man konfrontiert wird mit der damaligen Haltung des weitaus größten Teils der Kirchenleitung ebenso wie der Pfarrerschaft und Theologenzunft seiner Kirche.

Diese überarbeitete Fassung einer Dissertation versteht sich als ein Mosaikstein in der nachhaltigen „Erforschung der Geschichte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im ‚Dritten Reich'", wie sie in der im Herbst 1998 von der Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern in Nürnberg verabschiedeten Erklärung zum Thema „Christen und Juden" intendiert war; sie füllt damit in erhellender Weise eine Forschungslücke.

Knapp, klar und sehr hilfreich wird zu Beginn eine der Antisemitismusforschung verpflichtete begriffliche Differenzierung unterschiedlicher Formen von Judenfeindschaft vorgenommen. Indem damals durch Theologen wie Althaus, Elert, Hirsch, Stapel oder Gogarten Kategorien wie Rasse, Volkstum und Blut als „göttliche Schöpfungsordnungen religiös überhöht" (S. 28) und im Hinblick auf Staat und Volk auch noch politisiert und naturalisiert wurden, bauten diese Theologen „trotz kritischer Distanz im Einzelnen schon vor 1933 die Hemmungen gegenüber dem nationalsozialistischen Volkstums- und Rassedenken ab" (ebd.). Wenn dann zusätzlich auch bei Bischof Meiser – wie ganz allgemein im antimodernen konservativen Bürgertum – „der Antisemitismus als Ersatz für Gesellschaftskritik" fungierte (S. 31) und Walter Künneths „Vermischung weltanschaulich-politischer und schöpfungstheologischer Kategorien … die rassenpolitische Forderung nach der Reinhaltung der Rasse theologisch als gottgegebene Pflicht für das deutsche Volk und seine Kirche legitimierte" (S. 39), dann war damit „eine Art mentales Fundament gelegt, auf dem in der Folgezeit die theoretischen Überlegungen und die praktischen Konsequenzen basierten" (S. 18f). Im weiteren Verlauf seiner Studie zeichnet Töllner nach, bis zu welchen Grenzen aus der Perspektive des bayerischen evangelisch-kirchlichen Milieus eine Übereinstimmung mit oder Toleranz gegenüber nationalsozialistischen Vorstellungen für möglich gehalten und an welchen inhaltlichen Punkten diese Grenze als gravierende Differenz oder unüberbrückbarer Gegensatz wahrgenommen wurde. Anhand umfangreicher Schriftwechsel belegt er dabei das häufig wiederkehrende Motiv, bei dem sich ein Bekenntnis zum nationalsozialistischen Staat und seiner rassistischen Politik verknüpfte mit einer dezidiert antijüdischen Polemik. Sogar die Verteidigung des Alten Testaments diente der Abgrenzung gegen das Judentum (christliches Deutschsein als authentisches Erbe des wahren Israel) einerseits wie gegenüber völkisch-neuheidnischen Gruppierungen andererseits. Deutlich wird dabei die Absicht, dem NS-Staat die kirchliche Unter-

stützung zu seiner Rassenpolitik zu versichern, wenn dieser dabei auf antikirchliche ideologische Spitzen verzichtet, „ohne dass sich mit solchen eingeschränkten Loyalitätserklärungen auch eine deutliche Grenzziehung für die Wahl der Mittel der Rassenpolitik verbunden hätte“ (S. 178). Die Einschätzung, dass teilweise „die um staatliche Anerkennung ringenden judenfeindlichen Äußerungen sogar gewollte oder ungewollte Legitimationsgrundlagen für die Judenpolitik des NS-Staates einschließlich ihrer gewaltsamen Konsequenz (Putz, Meiser)“ (ebd.) boten, wird man als wohlbegründet stehen lassen müssen – auch wenn einen dabei das eiskalte Schaudern überfällt …

Anhand von sechs ausführlich dokumentierten Fallstudien und mehreren Einzelfällen belegt Töllner, wie sich die weithin theoretischen Weichenstellungen, Grenzziehungen und Zielsetzungen in einer konkreten Situation auswirkten und in welchem Maß antisemitische Vorstellungen taktische und pragmatische Entscheidungen konkret beeinflussten. Generell stellte dabei „der Landeskirchenrat von vornherein klar, dass er die jüdische Herkunft von Pfarrer oder Pfarrfrau in erster Linie als Problem des jeweiligen Geistlichen betrachtete, nicht aber als Problem der Kirche insgesamt“ (S. 285). Besonders aufschlußreich sind dabei die Reaktionen und Strategien, nachdem der bayerische Staat im Schulaufsichtsgesetz den evangelischen bayerischen Geistlichen zum 1. Januar 1939 einen Ariernachweis auferlegt hatte; auch seinerzeit hatten bayerische Geistliche Religionsunterricht an öffentlichen Schulen als ordentliches Lehrfach zu erteilen. Die allermeisten Pfarrer empfanden die im Schulaufsichtsgesetz enthaltene Forderung, den Ariernachweis zu erbringen, um weiterhin Religionsunterricht erteilen zu können, als weithin unproblematisch; ja „gelegentlich drängt sich der Eindruck auf, dass das Erbringen des Ariernachweises als Möglichkeit genutzt wurde, nach dem Führereid erneut die eigene Loyalität gegenüber der politischen Führung (und ihrer antijüdischen Politik) zu bekunden“ (S. 325).

Interessant, bezeichnend – und vielleicht auch ekklesiologisch weiterführend – ist die Erkenntnis, dass die betroffenen Gemeinden offenbar ein ausgeprägtes Gespür dafür hatten, wie der schmale Grat zwischen Anpassung und Widerstand im Interesse von Person und Sache glaubwürdiger hätte ausbalanciert werden können. So wandten sich etwa in einem Fall nach der angeordneten Versetzung des Pfarrers elf Gemeindeglieder mit einer Petition an die Kirchenleitung, die aufhorchen läßt wegen ihrer

theologischen Argumentation: „In weiten Kreisen der Gemeinde wird ihr Scheiden aufrichtig bedauert, ganz besonders, weil es wegen seines mannhaften Eintretens für das unverfälschte Evangelium Jesu Christi und der Angriffe auf seine Frau ihrer nichtarischen Abstammung halber erfolgt" (S. 214). Allen Beteuerungen von Dekan und Kreisdekan zum Trotz hatte sich unter den Gemeindegliedern der Eindruck gehalten, dass die Kirche in eigener Sache und ohne wirkliche Not aus taktischen Erwägungen dem politischen Druck nachgegeben hatte. Sie sahen sich daher verpflichtet, „mit allem Emst darauf hinzuweisen, dass die evangelische Gemeinde und darüber hinaus weite Bevölkerungskreise dieses kampflose Zurückweichen vor niedrigen Angriffen als bedauerliche Schwäche empfinden, die der evangelischen Sache schaden … und Zweifel an der Festigkeit der immer erneut von der evangelischen Kirche verkündeten Grundsätze wachrufen muss" (ebd.). Dem ist nichts hinzuzufügen – außer der Hoffnung, dass dieser „sensus fidelium", das achtsame Gespür des „Volkes Gottes" auch in der Gegenwart das nötige Gewicht bekommt und entfaltet als orientierende Leitlinie im Verhältnis zu den „Mächten und Gewalten", die heutzutage dem Evangelium entgegenstehen.

Kritik des Neoliberalismus

Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007

Von Lothar Bratfisch

In seinem Beitrag „Grundlagen des Neoliberalismus" (S. 13– 86) referiert Ralf Ptak im Wesentlichen das, was man die Weltanschauung des Neoliberalismus nennen kann. Besonders ausführlich werden die Lehren und Ansichten des neoliberalen Vordenkers Friedrich August von Hayek beschrieben. Was besonders berührt, ist die Tatsache, dass für Menschen – z. B. Politiker –, die diese Lehre verinnerlicht haben, der Sozialstaat ein zu überwindendes Relikt aus der Vergangenheit darstellt. Der Mensch wird im Wesentlichen als Individuum – und zwar als homo oeconomicus – gesehen, der solidarische Hilfsbereitschaft höchstens noch innerhalb der Familie ausübt, darüber hinaus aber nicht. Die Weltanschauung gebietet nämlich grundsätzlich Konkurrenzverhalten. Der Autor beschreibt dann einige Stadien der Umsetzung der neoliberalen Lehre und nennt einige Betreiber der

neoliberalen Ideen wie Stiftungen und sog. think tanks.

In der Abhandlung „Privatisierung und Liberalisierung – Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors" (S. 87–133) befaßt Tim Engartner sich mit den verschiedenen Formen und den verschiedenen Feldern der Privatisierung von vorher öffentlichem Eigentum bzw. öffentlicher Daseinsvorsorge. In den Blick kommt, dass Privatisierung u. U. betriebswirtschaftlich effektiv sein kann, aber oft volkswirtschaftlich kostspieliger wird, weil sie z. B. neuen Zuschussbedarf für ärmere Bevölkerungsteile hervorruft. Engartner stellt zum Schluss die staatstheoretische Frage, ob wir eigentlich eine emanzipatorische Demokratie wollen oder eine Ownership Society.

In der Mitte des Buches schreibt Christoph Butterwegge unter der Überschrift „Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik" (S. 135–219). Er bescheibt zunächst die verschiedenen gedanklichen Ansätze (wie Standortfrage, Demographieproblem) der neoliberalen Kritik am Sozialstaat. Danach geht er auf die geschehenen Veränderungen beim Abbau des Sozialstaats ein und zitiert und nennt dabei einige Akteure mit Namen. Man wird bei der Schilderung in der Sache an die Nachrichtensendungen und Zeitungsberichte der letzten Jahre erinnert. Schließlich geht er auf die negativen Folgen der neuen Regelungen und Gesetze ein. Die negativen Folgen sind eventuell das Hauptgegenargument in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus.

Schließlich kann kaum noch verwundern, wenn Bettina Lösch „Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie" (S. 221 -S. 283) beschreibt. Sie stellt fest, dass weder die Marktwirtschaft auf politischer Ebene eine Demokratie erfordert noch die (kapitalistische) Marktwirtschaft das einzig passende Gegenstück zur Organisationsform der Demokratie ist. Demokratie wird nach bestimmten Überzeugungen als Markt konzipiert, auf dem die Wähler/innen die Politikprodukte nachfragen. Bei aller Achtung vor dem gewählten Parlament ist es allerdings Tatsache, dass dieses von Interessengruppen bedrängt wird und für die Öffentlichkeit kaum noch klar wird, wer welche Entscheidungen zu wessen Gunsten trifft. Darüber hinaus sind inzwischen ganz viele Entscheidungen auf die supra- oder transnationale Ebene angehoben, wo demokratische Partizipation weitgehend ausfällt. Vielleicht leben wir eigentlich bereits in einer postdemokratischen Phase. Die Autorin nennt und beschreibt dann noch einige Akteure, die die Umsetzung neoliberaler Politik betreiben.

Aufschrei der Utopie

Marcus Hawel/Gregor Kritidis (Hrsg.), Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt, Hannover 2006

Von Helmut Pfaff

Neomarxismus wird dann lebenspraktisch, wenn er, pragmatisch vermittelt, über die jeweiligen Wissenschaften, in die gesellschaftlichen Lebensbereiche der Menschen einfließt. Das Buch „Aufschrei der Utopie" versucht über die inhaltliche Wiedergabe eines Kongresses von 2005 genau dies. Mittels der Erkenntnismethoden der Kritischen Theorie wird so das gesellschaftliche Lebensumfeld der Menschen beleuchtet.

Karl Marx schrieb, dass die Klassenstruktur der Gesellschaft alle Lebensbereiche durchzieht. Leider hatten aber vulgärmaterialistische Einflüsse in den Mainstream der politischen Linken zu einem Vulgärmarxismus geführt, welcher durch reduzierte Wahrnehmung der menschlichen Lebenswelt Tabuzonen und Selbstzensur in die Alltagswelt einführten. Der herrschenden Klasse war dies sehr angenehm, da diese so ihre Hegemonie über bestimmte Themen viel einfacher verteidigen konnte, nämlich ohne öffentlich-rechtlichen Diskurs – ohne Klassenkampf.

Das Buch „Aufschrei der Utopie" handelt zwar von den üblichen Themen der politischen Linken, legt aber, und dies macht es besonders wertvoll, durch den Aufschrei der Utopie den vielgesichtigen humanen Kern frei. Neomarxismus darf sich nicht in rein gesellschaftlich-technologischen Gegenentwürfen erschöpfen, denn es geht auch um die Auferstehung der unterdrückten Natur im Menschen. Christoph Görg, Gesellschaftswissenschaftler, verweist so in diesem Sinne auf ein theologisches Motiv bei Karl Marx, welches auch bei T. W. Adorno eine wichtige Rolle spielt. Auch der Mitautor Tobias ten Brink, Politikwissenschaftler aus Frankfurt am Main, schreibt: „Individuelle wie kollektive schöpferische Potentiale, sofern sie nicht für die Kapitalverwertung nutzbar gemacht werden können, werden unterdrückt und die daraus erwachsenden Bedürfnisse in destruktive Bahnen kanalisiert." (S. 193) Genau dies ist der Fall auf dem Gebiet außergewöhnlicher Erfahrungen der Menschen (Telepathie, Hellsehen, Spuk), daher wird die Wissenschaft Parapsychologie von der herrschenden Klasse im öffentlich-rechtlichen Bildungswe-

sen diskriminiert und unterdrückt. Die Folge ist eine wild wuchernde Esoterikszene, welche von vielen Menschen als Religionsersatz gewählt wird, da auch die großen Volkskirchen in der kirchlichen Erwachsenenbildung und im Gemeindeleben wie in der Seelsorge Erkenntnisse der Parapsychologie ausblenden. Jean Ziegler, der UNO-Kommissar für Welternährungsfragen, Soziologieprofessor und Neomarxist, schreibt in seinem Buch „Die Lebenden und der Tod", dass in einer Gesellschaft Subkulturen entstehen, wenn bestimmte Themen aus der Lebenswelt der Menschen ausgegrenzt und tabuisiert werden. Aber entstehende Räume ohne demokratische Kontrolle können von Geschäftemachern, dubiosen Sekten und Geheimdiensten umso besser für ihre Zwecke genutzt werden. Stattdessen müsste Aufklärung im öffentlich-rechtlichen und kirchlichen Raum betrieben werden. Außerdem verstößt diese Unterlassung nicht nur gegen die Wissenschaftsfreiheit, sondern auch gegen das Menschenrecht auf Bildung. Die politische Linke müsste auferstehen und ihren über siebzigjährigen Schlaf auf diesem Gebiet beenden.

Hoffentlich rüttelt der „Aufschrei der Utopie" wenigstens einige Linke wach, wie dies um 1930 in Paris die Surrealisten versuchten, deren bekanntester belgischer Vertreter René Magritte das Bild „Die unendliche Begegnung" malte, welches die Herausgeber als Titelbild für den „Aufschrei der Utopie" wählten – passend. Man/frau lese das völlig zu Unrecht vergessene Buch „Die kommunizierenden Röhren" von André Breton. Im „Aufschrei der Utopie" ist das Themenspektrum sehr vielfältig, schließlich will man/frau keinen eindimensionalen Menschen (Herbert Marcuse): von Ernst Bloch bis Hugo Chavez, von der Informatik und Gentechnologie bis zum Feminismus. Wissenschaft muss sich gegenüber der Gesellschaft ethisch verantwortungsvoll verhalten. Wir müssen uns gegen den Wahnsinn der hart(herzig)en Technologen wenden. Was gestern wie Science-Fiction klang ist heute bereits Realität. Sven Oliveira Cavalcanti, Sozialwissenschaftler aus Hannover, schreibt: „Bereits 1986 gelang es, das fluoreszierende Gen der Glühwürmchen zu isolieren und in Tabakpflanzen einzusetzen. Wer heute das Genforschungsinstitut der Universität München besucht, kann eine solche Kombination von einem in Schweine eingesetzten Gen eines phosphoreszierenden Fisches betrachten. Sobald das Licht im Stall ausgeht, beginnen die Schweine zu fluoreszieren." (S. 230)

BUNDESNACHRICHTEN

Konsulation 10 Jahre Sozialwort

Presseerklärung zur Konsultation auf dem 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln 2007, Zehn Jahre Sozialwort der Kirchen, v.i.S.d.P. Dr. Reinhard Gaede

Der Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD), gegründet 1926, hatte am 17./18. November 2006 im ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst in Lage-Hörste nicht nur seine Mitglieder, sondern auch Vertreter christlicher Partei-Organisationen eingeladen. Für die Arbeitsgemeinschaft Kirche und SPD sprach Eckhard Minthe aus Lauenau am Deister, für Bündnis 90/ Die Grünen war Rainer Schäfermeier, Kreissprecher, MdR aus Oerlinghausen gekommen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Christen und Christinen bei der Linkspartei/PDS vertraten Jens-Eberhard Jahn aus Freiberg/Sachsen und Dieter Kimhofer aus Voerde. Das Thema der Tagung lautete: So nah und doch so fern! Haben linke Christinnen und Christen eine gemeinsame Basis? Die Teilnehmenden führten Gespräche über ihr Selbstverständnis und ihre Wirkungs-Möglichkeiten. Die Moderation hatte Dr. Wieland Zademach, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern. Die Teilnehmenden verabredeten trotz der Verschiedenheit der Parteien ein Aktionsbündnis für Zeit-Ansagen im Sinne des prophetischen Wächter-Amts der Christinnen und Christen mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft als Subjekt des Handelns wieder zu stärken und soziale und rechtliche Aufgaben des Staates anzumahnen. Sodann erinnerten sie an das Sozialwort beider Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“. Fast 10 Jahre nach dieser Denkschrift sahen die Teilnehmenden die Aufgabe einer Bilanz: Haben die Kirchen sich ihrem Anspruch und ihrer Sendung gemäß weiter entwickelt? Wie müsste heute Gerechtigkeit und Solidarität gestaltet werden? Wie müsste die Kirche in ihren eigenen Strukturen Vorbild sein? Die Teilnehmenden empfahlen dem BRSD und den christlichen Arbeitsgemeinschaften der drei Parteien, diesen Fragen nachzugehen und während des Kirchentags 6.-10.6.2007 diese Fragen mit den Teilnehmenden zu erörtern. Auch Gutachten von Fachkundigen sollen eingeholt werden. Der BRSD ist bereit, das Forum für diese Diskussionen zu eröffnen.

Zum Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln 2007 kann der BRSD erste Ergebnisse seiner Konsultation vorlegen,

die in seiner Zeitschrift CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose 1/07, 2-3/07 veröffentlicht wurden.

Dr. Franz Segbers, Pfarrer der altkatholischen Kirche, Prof. für Sozialethik in Marburg, Referent für Ethik und Sozialpolitik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau, unterscheidet zwischen dem europäischen Sozialmodell und dem amerikanischen Staatsverständnis: „Es ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit, wenn ein Staat für menschenwürdige Lebensbedingungen eintritt und sich zu einem Ausgleich der sozialen Gegensätze verpflichtet weiß. Diese Verpflichtung des Staates prägt das europäische Sozialmodell und grenzt es aber auch vom amerikanischen Staatsverständnis ab. Seit den 90er Jahren ist eine schleichende Angleichung der europäischen Politik an Leitbilder des us-amerikanischen Wohlfahrtsstaates zu beobachten. Das neue Motto des Sozialstaats lautet: Der Sozialstaat sei nur mehr für die wirklich Bedürftigen verantwortlich und könne allenfalls eine Grundsicherung gewährleisten. Wer mehr will, der möge sich durch Eigenvorsorge privat absichern… Das europäische Sozialmodell will eine sozial gerechte Ordnung, dem amerikanischen reicht die Barmherzigkeit.“ Die Gefahr besteht, dass die Kirchen mit ihrer Betonung der Eigenverantwortung sich dem amerikanischen Modell eines Mini-Wohlfahrtsstaats annähern und es legitimieren.

Dr. Ernst- Ulrich Huster, Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Gießen und der Ev. Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum, sieht dementsprechend Caritas und Diakonie mit den Folgen der sozialen Ausgrenzung beschäftigt: „ Sog. Tafeln sprießen wie Pilze im Sommerregen aus dem Boden, die Schuldnerberatungsstellen kommen kaum noch nach, der Bedarf an stationären Hilfen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe ist immens.“ Anzuerkennen ist, dass beide Kirchen sich „in exponierter Weise zum Problem Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung am Ende des 20. Jahrhunderts zu Wort gemeldet haben“. Zu kritisieren ist aber: „Es wird nicht das strukturelle asymetrische Verteilungs-Geschehen in Deutschland, in Europa … weltweit benannt und analysiert und als Ursache auch für soziale Polarisierung und Ausgrenzung kenntlich gemacht.“ Um „der Stadt Bestes“ zu suchen (Jeremia 29, 7), ist mehr nötig als nur Einzelaktionen.

Dr. Friedhelm Hengsbach, (em.) Professor für christliche Gesellschaftsethik, Frankfurt, sieht Wirkungen des Sozialwortes auf die Sozialpolitik damals, kritisiert jedoch den „Seiten-Wechsel“ jüngerer Erklä-

rungen beider Kirchen durch Abkehr von der Verteilungs-Gerechtigkeit und durch eine Rhetorik der Eigenverantwortung. Mehr als vor zehn Jahren ist das Sozialwort aktuell: Das Armutsrisiko ist gestiegen, die Arbeitsverhältnisse sind unsicherer: Hohes Arbeitstempo, Zeitnot, psychische Schäden. Es fehlt die solidarische Sicherung vor gesellschaftlichen Risiken, die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zu Lasten der Frauen entschieden. Eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft mit alternativen Verkehrs- und Energie-Systemen ist nicht klar erkennbar. Vielmehr zeigt sich „die Irrationalität des Finanzkapitalismus" so: „Der Börsenwert steigt, während der Wert der Arbeit fällt."

Paul Schobel, Leiter des Fachbereichs „Betriebsseelsorge" in der Diözese Rottenburg-Stuttgart, konstatiert: Zehn Jahre nach dem Sozialwort hat sich nichts zum Besseren gewandelt. Die Wirtschaft produziert jährlich mehr, aber mit weniger Menschen. 4 Mill. Arbeitslose sind Opfer der Ausgrenzung auf dem Markt. Soziale Dienstleitungen werden „gnadenlos heruntergefahren oder rücksichtslos privatisiert … Millionenfach liegt Arbeit verborgen … Dieser Schatz wird aber nicht gehoben. Lieber finanziert man Arbeitslosigkeit statt Arbeit. Zehntausende Jugendlicher bleiben ohne Ausbildung … Während die einen ohne Arbeit darben, schuften sich die anderen zu Tode."

Arbeitszeitverlängerung statt -verkürzung ist die Regel. „Arbeit ist keine Ware", müsste ein neues Sozialwort sagen. Gegenwärtig wird Arbeit „schamlos" ihrer Rechte und Würde beraubt. „Armut trotz Arbeit – das ist ein Skandal. " Ein Mindestlohngesetz muss das verhindern, Mitbestimmung, Kündigungsschutz und Tarifhoheit müssen gesichert werden. „Prekäre Arbeit", Befristung von Arbeitsverhältnissen schaffen ein „Industrie-Nomadentum", behindern die Lebens-Planung und die Familiengründung. Während die Einkommen und Vermögen der Reichen und die Gewinne der Konzerne geschont werden, werden die persönlichen Risiken wie Krankheit, Pflege, Alter, aber auch die gesellschaftlichen wie Arbeitslosigkeit aus der sozialstaatlichen Solidarität „outgesourct" und privater Vorsorge überlassen. Die Kirchen müssen „jenen roten Faden der Kapitalismuskritik, wie er sich in der katholischen Soziallehre findet, aufgreifen und weiterspinnen." Sie müssen den „Primat der Politik „ gegenüber dem Markt einfordern. Steuergerechtigkeit und Solidarität sind „als politische Sofortmaßnahmen" zu definieren. „Ein neues Sozialwort muss unverblümt vorgehen gegen Korruption und Selbstberei-

cherung. Die Kirchen müssen klipp und klar bekennen: Kapitalismus ist Sünde … Die Wirtschaft ist kein Bereicherungsinstitut für wenige. Wir sind immer noch eine Werte und keine Wertpapier-Gesellschaft!" „Anwaltschaft und Prophetie" ist nötig. Als Anwalt der Armen kann die Kirche „die Güte und Menschenfreundlichkeit Gottes" sichtbar machen.

Besuchende des Kirchentags sind herzlich eingeladen, sich an der Konsultation zu beteiligen.

Presseerklärung (Auszug)

Zum Scheitern einer Koalition

Zum bisherigen Scheitern einer Koalition aus den Parteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei in Hessen, v.i.S.d.P. Dr. Reinhard Gaede

In der spät-kapitalistischen Gesellschaft muss die diakonisch aktive Kirche den Staat ständig an seine sozialen Aufgaben erinnern. Leider sind die Parteien, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennen – die SPD wieder im Hamburger Programm vom 28.10.2007, vgl. vorwärts, Nov. 2007 oder www.spd.de – und sie dabei unterstützen könnten, in der sozialen Frage sich keineswegs einig. Nachdem die Linkspartei, aus der Vereinigung von WASG und PdS hervorgegangen, in den westdeutschen Landesverbänden angekommen ist, wird sie dennoch nicht als mögliche Koalitionspartnerin angenommen. Das ist nicht nur eine Nachwirkung des früheren „Kalten Kriegs" zwischen Ost – West und der Erinnerungen an die Menschenrechts-Verletzungen aus der Zeit von Stasi und SED. Vielmehr werden hier Menschen bewusst ausgegrenzt und der Kontakt mit ihnen zum Tabu erklärt. Es werden nicht nur geschichtliche Wandlungs-Prozesse von SED zu PdS und die Lernbereitschaft von Menschen ignoriert. Auch Gewerkschaftsmitglieder und ehemalige SPD – Mitglieder werden somit in ihren Motiven verkannt und diskriminiert. Religiöse Sozialisten und Sozialistinnen appellieren deshalb an das Gewissen der Christinnen und Christen, von Verleumdungen Abstand zu halten und über Parteigrenzen hinweg das Gespräch zum Wohl unseres Landes zu suchen. Die Jahrestagung der Religiösen Sozialisten 17./18. Nov. 2006, die Mitglieder von SPD, Grünen und Linkspartei gemeinsam eingeladen hatte, „ein Aktionsbündnis für Zeit-Ansagen im Sinne des prophetischen Wächter-Amts der Christinnen und Christen zu suchen mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft als Subjekt des Handelns wieder zu stärken und so-

ziale und rechtliche Aufgaben des Staates anzumahnen“, hat deshalb zeichenhaften Charakter.

Pressenachricht

Stoppt die Enteignung

Stoppt die Enteignung von Geschenken zu Konfirmation, Kommunion und Jugendweihe!

Das Frühjahr ist traditionell die Zeit der der Kommunionsfeiern in der katholischen Kirche und der Konfirmationsfeiern in der evangelischen Kirche. Eigentlich sind das kirchlich-familiäre Feiern ohne politischen Bezug. Dass Kommunion und Konfirmation nun doch eine Politisierung erfahren, ist den so genannten Hartz Reformen zu verdanken.

Dazu erklärt das Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE. Jürgen Klute:

Konfirmation und Kommunion sind ebenso wie eine Jugendweihe einmalige Feiern

im Leben eines Menschen. Geschenke, die zu diesem Anlass gemacht werden, auf ALG-II-Leistungen anzurechnen, ist deshalb ein Skandal. Anschaulicher kann die Spaltung unserer Gesellschaft kaum noch werden: Die Kinder der Familien, die ihre Einkommen selbst erwirtschaften, können Geschenke in einem beliebigen Wert bekommen, ohne dass sie ihnen wieder abgenommen werden. Ihre Geschenke stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes, mit dem Privateigentum gesichert wird. Niemand darf sie ihnen nehmen. Für Kinder, deren Eltern auf ALG II angewiesen sind, gilt dieser grundgesetzliche Schutz nicht mehr. Die Hartz-Gesetze verpflichten die Agentur für Arbeit, Geschenke im Wert von über 50 Euro faktisch zu enteignen, indem sie auf die Leistungen zum Lebensunterhalt angerechnet werden. Letztendlich obliegt die Entscheidung darüber zu einem gewissen Grad dem Ermessen des zuständigen Mitarbeiters.

Damit sind Willkür Tür und Tor geöffnet. Das ist eine radikale Abkehr von der ebenfalls im Grundgesetz verankerten Sozialpflichtigkeit von Eigentum, zu der die Enteignung der Armen, wie sie durch Hartz IV festgeschrieben ist, im krassen Gegensatz steht.

Die Kirchen verstehen sich als Glaubensgemeinschaften, deren Lebenspraxis auf dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen, der Nächstenliebe und einer gerechten und solidarischen Güterverteilung basieren. In ihrem Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 haben die evangelische und die katholische Kirche sehr konkret beschrieben, was diese Prinzi-

pien aus ihrer Sicht für das praktische Leben und Wirtschaften heute bedeuten. Die in unserer Gesellschaft existierende Armut mit dem gleichzeitig bestehenden Reichtum dieser Gesellschaft zu bekämpfen, war eine der konkreten Forderungen des Sozialwortes.

Wo aber bleibt heute der Protest der Kirchen gegen die drohende Enteignung der Konfirmations- und Kommunionsgeschenke der Kinder von ALG-II-Beziehenden? Die christliche Nächstenliebe macht diesen Protest zur Pflicht einer jeden Kirchengemeinde, eines jeden Pfarrers und einer jeden Pfarrerin!

Möglichkeiten, dem Protest Ausdruck zu verleihen, gibt es genug: Von der Predigt über Resolutionen der Kirchengemeinde, Anfragen, Protestbriefen und Anträgen an Kommunalparlamente, Kreistage, Landesparlamente und Bundestag.

Jetzt zum Jahresbeginn ist noch ausreichend Zeit, den nötigen politischen Druck aufzubauen, damit den Kindern der ALG-II-Beziehenden in diesem Jahr nicht die Konfirmations- und Kommunionsgeschenke weggenommen werden. Die Kirchen sind an dieser Stelle gefordert, aktiv zu werden!

In der „Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim Arbeitslosengeld II/Sozialgeld“ heißt es in § 1 „Nicht als Einkommen zu berücksichtigende Einnahmen“: Als Einkommen sind nicht zu berücksichtigen: „1. einmalige Einnahmen und Einnahmen, die in größeren als monatlichen Zeitabständen anfallen, wenn sie 50 Euro jährlich nicht übersteigen“.

Nach dem Hartz-IV-Gesetz ist bei Einnahmen immer zu prüfen, ob die Bedürftigkeit der Bedarfsgemeinschaft gegeben sei, erläuterte die Sprecherin der NRW-Regionalagentur für Arbeit, Diana Appelhoff, bereits im April letzten Jahres gegenüber dem WDR. Das gelte auch für Konfirmations- und Kommunionsgeschenke. Geschenke bis zu einem Wert von 50 Euro, so Appelhoff seinerzeit, seien kein Problem. Aber alles, was über 50 Euro hinausgehe, gelte grundsätzlich als Einnahme. Und Einnahmen sind grundsätzlich auf die ALG-II-Leistung anzurechnen. Anderseits, so Appelhoff weiter, hätten die Arbeitsagenturen vor Ort Ermessensspielräume, müssten also nicht automatisch alle Geschenke im Wert von über 50 Euro auf die ALG-II-Leistungen anrechnen. Diese Regelung gilt im Übrigen auch für Geschenke anlässlich einer Jugendweihe.

Jürgen Klute war von 1989 bis 2006 Sozialpfarrer im Kirchenkreis Herne, ist seit 2007 Referent an der Evangelischen Stadtakademie Bochum und ist Mitglied im Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.

Bild- und Fotonachweis

S. 3 Reinhard Gaede
S. 14 Von Bodelschwighsche Anstalten Bethel, Bielefeld
S. 18 Neue Westfälische, 17. Oktober 2006, Nr. 241
S. 23 Foto Röttgers
S. 25–27 Dietrich von Bodelschwingh
S. 33 Laborschule Bielefeld, Versuchsschule des Landes NRW an der Universität Bielefeld
S. 36 Susanne Thurn, Laborschule Bielefeld
S. 38 privat
S. 41 Diakonisches Werk der EKD
S. 48 privat
S. 60 privat, Archiv Ulrich Peter

Autorinnen und Autoren

Dietrich von Bodelschwingh
Horstfelder Str. 12, 32289 Rödinghausen-Ostkilver

Lothar Bratfisch
Lockhauser Str. 11, 32052 Herford

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Hainspitze 4, 96482 Ahorn

Dr. Ulrich Peter
Trautenaustr. 12/I, 10717 Berlin

Helmut Pfaff
Saalburger Str. 53, 60385 Frankfurt

Paul Schobel
Fachbereich Betriebsseelsorge, Jahnstr. 30, 70597 Stuttgart

Jürgen Schübelin
Hansegracht 11, 47051 Duisburg

Prof. Dr. Suanne Thurn
Voltmannstr. 123 e, 33619 Bielefeld

Dr. Wieland Zademach
Fritz-Henkel-Str. 38, 53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD, Diskette oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine (!) Internetbilder, da sie nicht den Anforderungen des Offsetdruckes entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
  Adresse: cus@brsd.de oder reinhardgaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS Christ und Sozialismus

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

CuS ist die Vierteljahres-Zeitschrift der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten, ist damit die einzige Zeitschrift in Deutschland, die die „edlen Worte“ (H. Gollwitzer) Christentum und Sozialismus gemeinsam im Titel führt und Symbole des Christentums und Sozialismus zugleich zeigt.

Zu aktuellen Fragen unserer Gesellschaft sucht sie Antworten aus christlicher Sicht und ist zugleich bereit für den interreligiösen Dialog, besonders mit Judentum und Islam.

In der Vergangenheit hat sich Theologie und politisches Handeln der religiösen Sozialisten bewährt im Widerstand gegen Nationalismus, Militarismus und Faschismus und im Streit für mehr Gerechtigkeit und Frieden in der Welt. Viele Anregungen der religiösen Sozialisten und Sozialistinnen sind in der Ökumene und in gesellschaftlichen Initiativen aufgenommen worden, dennoch müssen sie fortgeschrieben werden.

CuS wird getragen von einer kleinen, aber lebendigen Schar von Christinnen und Christen, die darauf achten, dass biblische, theologische Impulse sich durchsetzen: Parteinahme für die Armen, Unterdrückten und an den Rand Gedrängten, Bewahrung der bedrohten Schöpfung, Veränderung der Gesellschaft. Dem christlichen Gebot der Nächstenliebe folgend, in der Hoffnung auf Gottes kommendes Reich, in dem „Gerechtigkeit wohnt“ (2.Petr. 3, 13), suchen wir nach sozialistischen Konzeptionen, in denen gegenseitige geschwisterliche Hilfe und Möglichkeiten der Selbstentfaltung des Einzelnen – als Bedingung der Selbstentfaltung aller – Leitlinien sind. Der Weiterentwicklung des Modells der Genossenschaften gehört unsere Aufmerksamkeit. Unser Ziel ist die solidarische Gesellschaft, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur unserer gesellschaftlichen Praxis ist das Evangelium und das verheißene Reich Gottes.

Abonnements:

Per Post:
BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:
Fax 05202/884 884

Per E-Mail:
mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland 20 € pro Jahr · Ausland 23 € pro Jahr
Förderabo 25 € oder mehr
Bitte überweisen Sie den Betrag jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.
KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt-Nr. 2119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD
Kündigungen werden zum Jahresende wirksam